

Forschungsgruppe
›Staatsprojekt Europa‹
(Hrsg.)
Die EU in der Krise

Zwischen
autoritärem Etatismus
und europäischem
Frühling

AKG



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Forschungsgruppe 'Staatsprojekt Europa' (Hrsg.)
Die EU in der Krise

AkG

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.

Schwerpunkte bildeten bisher halbjährige Tagungen, bei denen folgende theoretische und politische Fragen behandelt wurden: „Kritische Gesellschaftstheorie heute“, „Feministische Perspektiven“, „Organisation, Bewegung und Hegemonie“, „Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – feministische Kritik, Internationalisierung und Migration“, „Internationale Politische Ökonomie“, „Subjektivität“, „Umkämpfte Arbeit“ und „alternative Krisendiagnosen und -politiken“. Dieser sechste Band der Publikationsreihe dokumentiert die Themen und Diskussionen einer Tagungen der AkG zur Krise der EU, die im Oktober in Frankfurt am Main stattfand.

Die HerausgeberInnen arbeiten seit 2009 in einem DFG-geförderten Forschungsprojekt zur „Transnationalisierung des Staates im Prozess der Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Migrationskontrollpolitik“ am Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die Mitglieder sind Sonja Buckel, Fabian Georgi, Nikolai Huke, John Kannankulam, Dana Lüddemann, Maximilian Pichl, Saida Ressel, Jens Wissel und Sebastian Wolff (www.staatsprojekt-europa.eu).

Forschungsgruppe
'Staatsprojekt Europa' (Hrsg.)

Die EU in der Krise

Zwischen autoritärem Etatismus und
europäischem Frühling

im Auftrag der
Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2012
© 2012 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem Papier
ISBN 978-3-89691-898-7

Inhalt

<i>Forschungsgruppe 'Staatsprojekt-Europa'</i> Einleitung	7
<i>Sonja Buckel / Fabian Georgi / John Kannankulam / Jens Wissel</i> „... wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“ Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise	12
<i>Lukas Oberndorfer</i> Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?	50
<i>Bernd Kasperek / Vassilis S. Tsianos</i> „This is not Europe!“ Reconstructing Schengen	73
<i>José Manuel Romero Cuevas</i> Fortbestand der Kritik: Krise und Protestbewegung in Spanien	95
<i>Pia Eberhardt</i> Lobbyismus und europäische Postdemokratie Einblick in den EU-Staats-Zivilgesellschafts-Komplex im Kontext der Krise	105
<i>Anna Krämer</i> Europa postkolonial Oder warum <i>Weißsein</i> konstitutiv für Europa ist	123
<i>Sebastian Wolff</i> Erkundung des Terrains Zur räumlichen Dimension der Krise Europas	141
Autor_innenverzeichnis	163

Forschungsgruppe 'Staatsprojekt-Europa'

Einleitung

Forschungsgruppe 'Staatsprojekt Europa'

Viele Jahrzehnte galt 'Europa' linksliberalen und sozialdemokratischen Proeuropäer_innen als Erfolgsgeschichte: Sie sahen die EU als Wegbereiterin des Friedens. Unionsbürgerschaft, Währungsunion und Europäischer Gerichtshof galten ihnen als Beginn einer postnationalen Konstellation: Die Europäische Union – nicht nur Voraussetzung für ein 'soziales Europa' im Zeitalter der Globalisierung, sondern Vorbild und Vehikel zur Lösung universeller Menschheitsprobleme (etwa Habermas 2011: 40).

Im Jahr 2011 wurden diese Träume auf bittere Weise widerlegt. Es sind die Institutionen und Gremien der EU, mit deren Hilfe die alten neoliberalen Politiken in radikalierter Form autoritär gegen die Bevölkerungen der Krisenstaaten durchgesetzt werden. Dass die EU und ihre Institutionen im Zentrum dieser Prozesse stehen, ist kein Zufall. Die Dominanz des Neoliberalismus ist in den Institutionen der EU tief verankert. Sie ist zu finden in einer schwachen europäischen Bürokratie, ihrer Offenheit und Abhängigkeit gegenüber Lobbygruppen und der Abschottung europäischer Politik von liberaldemokratischen Verfahren. Die gegenwärtig dominierenden Vorschläge zur Lösung der Wirtschafts- und Eurokrise wollen die EU weiter stärken – als Vehikel zur autoritären, zwangsbewehrten Durchsetzung technokratisch-neoliberaler Politiken gegen die Lebenshoffnungen der europäischen Bevölkerungen. Der geplante autoritär-neoliberale Umbau der EU droht die Überreste liberaler und sozialer Demokratie in Europa abzuschaffen. An den europäischen Außengrenzen, und jenseits davon, funktioniert die EU als Katalysator eines tödlichen Grenzregimes, das während der Rebellionen des arabischen Frühlings immerhin kurzzeitig und räumlich begrenzt außer Funktion gesetzt werden konnte. Doch die EU reagierte auf die Aufstände in Nordafrika und die Rufe nach Freiheit mit dem Ausbau von Frontex, der EU-Grenzabschottungsagentur. Jürgen Habermas (2011: 47) wies jüngst darauf hin, dass die Evo-

lution des Rechts weder geradlinig noch friedlich verlaufen ist. Sie stand vielmehr in engem Zusammenhang mit „Klassenkämpfen, imperialen Eroberungen und kolonialen Gräueln, von Weltkriegen und Menschheitsverbrechen, postkolonialen Zerstörungen und kulturellen Entwurzelungen“. Die aktuelle Entwicklung rückt ein handlungsfähiges, demokratisch legitimes Europa, wie es Habermas vorschwebt, in weite Ferne.

Die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) analysierte die Dynamiken dieser multiplen Krise auf einer Tagung vom 29. September bis 2. Oktober 2011 in Frankfurt am Main. Die Tagung untersuchte die europäische Krise – für die Europaforschung ungewöhnlich – aus der Perspektive einer intersektionalen Kapitalismusanalyse. Die Tagungsbeiträge führten entlang der Achsen Klasse/Geschlecht/Race unterschiedliche Perspektiven auf den Krisenverlauf zusammen. Die Frage nach emanzipatorischen Strategien der Subalternen gegen autoritäre Krisenbewältigungsversuche stand im Mittelpunkt vieler Diskussionen. Der vorliegende Band versammelt einige Beiträge der Tagung und erhellt so schlaglichtartig zentrale Dynamiken der Rekonfiguration des europäischen Staatsapparate-Ensembles:

Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam und Jens Wis-sel stellen in ihrem Beitrag die These auf, dass die ökonomische Krise zu einer Krise des im Entstehen begriffenen europäischen 'Staatsprojektes' geführt hat. Ein 'Staatsprojekt Europa' wäre Voraussetzung dafür, dem fragmentierten, multiskalaren europäischen Staatsapparate-Ensemble überhaupt Kohärenz zu verleihen. Die Autor_innen schlagen vor, die Kämpfe um dieses Staatsprojekt als einen Konflikt zwischen verschiedenen 'Hegemonieprojekten' zu fassen. Auf der Basis einer Diskursanalyse unterschiedlicher europäischer Zeitungen gelangen sie zu dem Schluss, dass sich der Neoliberalismus in der Krise radikalisiert – und zunehmend autoritär gegen die jeweiligen Bevölkerungen durchgesetzt wird. Zugleich gerate er in dieser Konstellation selbst in die Krise und drohe, in unterschiedliche Strömungen zu zerfallen. In dieser Situation müsse die demokratische Frage von neuem gestellt werden.

Lukas Oberndorfer untersucht ausgehend von dem Konzept des 'autoritären Etatismus' – zuerst entwickelt durch Nicos Poulantzas – die Strategien der europäischen Staatsapparate in der Krise. Im Mittelpunkt seiner Analyse steht eine Politik, die von der Europäischen Kommission vorangetrieben wird: Mit 'Economic

Governance' sollen Austeritätspolitiken sanktionsbewehrt gegen den Widerstand von Bevölkerungen, Parlamenten und Regierungen von Krisenstaaten durchgesetzt werden. Oberndorfer sieht darin den Beginn eines 'autoritären Wettbewerbsetatismus'. Dieser entdemokratisiere die EU-Staaten, stärke ihre Exekutiven und untergrabe die Rechtsform. Das europäische Projekt basiere nicht länger auf Konsens mit einem Teil der Subalternen, sondern fast ausschließlich auf Zwang.

Die europäische Krise wirkt sich nicht nur innereuropäisch aus. Sie hat auch Konsequenzen für die abgestufte Grenzpolitik der EU. *Bernd Kasparek und Vassilis Tsianos* diagnostizieren vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise eine tiefe Krise des Schengen-Systems und beschreiben eine vorläufige Phase der Restabilisierung Ende des Jahres 2011. Sie wagen einen Zukunftsausblick auf die kommende Architektur der europäischen Migrationskontrolle. Kasparek und Tsianos analysieren die Kämpfe der Migration im Zusammenhang mit den demokratischen Aufständen in der (süd-)europäischen Peripherie.

Von diesen Aufständen handelt der Beitrag *Josè Manuel Romero Cuevas*. Im Fokus steht die spanische Protestbewegung der Indignados und von ¡Democracia Real Ya!, die im Laufe des Jahres 2011 hunderte Plätze in spanischen Städten besetzte und Massendemonstrationen organisierte. Zum ersten Mal sei in Spanien eine ernstzunehmende außerparlamentarische Opposition entstanden. Der Kontext der Proteste ist eine demokratische Krise, die eng mit dem Verfall der spanischen Parteien zusammenhängt. Der Autor beleuchtet die Auswirkungen der Proteste auf die spanische Politik. Es spreche vieles dafür, dass die gesellschaftlichen Konflikte mit der neuen konservativ-postfranchistischen Regierung noch zunehmen werden.

Dem 'Lobbydschungel Brüssel' widmet sich *Pia Eberhardt*. Der postdemokratische Charakter der EU verschärfe die bereits zuvor massiven Einflussmöglichkeiten von Lobbyist_innen in Brüssel. Elite-Netzwerke könnten durch großangelegte Kampagnen und professionelle Lobby-Strategien die europäische Gesetzgebung entscheidend beeinflussen. Vor diesem Hintergrund schlägt Eberhardt eine Abkehr von der pro-europäischen Haltung weiter Teile der Linken vor. Stattdessen müsse eine grundsätzliche Kritik der EU formuliert und eine linke, demokratische Alternative zu ihr entwickelt werden.

Anna Krämer bezeichnet Europa in ihrem Beitrag als koloniales Konstrukt. Die Genese des europäischen Selbstverständnisses, welches sich aus der Aufklärung und der Konstitutionalisierung der Menschenrechte speise, könne nicht ohne die gleichzeitige koloniale Politik der europäischen Mächte verstanden werden. Krämer liest die europäische Gegenwart mit der kolonialen Vergangenheit und deren aktuellen Kontinuitäten gegen den Strich. Sie zeigt, wie das Weißsein konstitutiv für Europa geworden ist.

Schließlich analysiert *Sebastian Wolff* die EU aus raumtheoretischer Perspektive. Im Anschluss an die scale-Debatten aus der 'radical geography' beschreibt er die skalaren Strategien der Akteur_innen in der EU als soziale Konflikte. Die politische Krise der EU sei auch Ausdruck des prekären Charakters der multiskalaren Raumstruktur Europa, führe aber zu einer ambivalenten Entwicklung: sie öffne das räumliche Kampffeld für linke Gegenprojekte, marginalisiere aber emanzipatorische Politiken im Kontext des fragilen Krisensettings.

Gemeinsam ist allen Beiträgen ein intersektionales Verständnis der europäischen Krise. Eine solche Analyse ist unabdingbar in einer historischen Situation, die das Zusammenführen der verschiedenen Kämpfe gegen autoritär-neoliberale Politiken nötiger macht denn je.

Für die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Tagung bedanken wir uns bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem AStA der Universität Frankfurt, dem Fachschaftenplenum der Universität Frankfurt, dem Institut für Sozialforschung in Frankfurt sowie der Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI) an der Universität Marburg.

Sonja Buckel, Fabian Georgi, Nikolai Huke, John Kannankulam, Dana Lüddemann, Maximilian Pichl, Saida Ressel, Jens Wissel und Sebastian Wolff

*im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung
im Januar 2012*

Literatur

Habermas, Jürgen (2011): Zur Verfassung Europas. ein Essay, Frankfurt am Main

Sonja Buckel/Fabian Georgi/John Kannankulam/Jens Wissel

„... wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“¹

Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise

„Wie der englische Stürmer von Barcelona, Lineker, schon mehr oder weniger gesagt hat:
Der Euro ist ein Spiel 17 gegen 17
und am Ende gewinnt immer Deutschland.“
El País v. 27.10.2011, Übers. d. Verf.

Die Geschichte der Europäischen Integration ist auch eine Geschichte der Krisen. Die Krise des Fordismus etwa mündete nach langwierigen Suchprozessen in eine neue europäische Integrationsweise. Rückblickend können viele Krisen der EU als *Durchsetzungskrisen* erkannt werden (siehe Bieling 2009: 45). Auch in der aktuellen Situation deutet vieles darauf hin, dass die Europäische Union nur überleben kann, wenn es zu einem neuen Integrations-schub kommt. Ob das gelingt, ist ungewiss. Wir erleben zur Zeit, wie die „wettbewerbsstaatliche Integrationsweise“ (Ziltener 1999: 135) an ihren eigenen Widersprüchen zu scheitern droht, ohne dass aus ihr selbst heraus Alternativen produziert würden. Gleichzeitig radikalisieren sich die neoliberalen Krisenlösungsstrategien: Griechenland, Spanien, Italien und Portugal werden durch eine verstärkte Austeritätspolitik in die Rezession getrieben und politisch unter Kuratel gestellt. Sie werden einer technokratischen Herrschaft unterworfen, die in der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF nur ihre offensichtlichsten Vertreter hat. Diese Politik ist gesamtgesellschaftlich betrachtet nicht nur deshalb ökonomisch irrational, weil sie die sozialen und ökonomischen Ungleichgewichte in der EU und die Schuldenproblematik verschärft. Sie wird auch die gesellschaftlichen Konflikte zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten verstärken und die Brüche in

1 Gramscis (1991 ff., Bd. 2, H. 3, § 34, 354) Definition der Krise.

der Union vergrößern. Längst wird in Griechenland und Spanien die Sparpolitik als Diktat von Deutschland und Frankreich empfunden, während insbesondere in der BRD die Stimmen lauter werden, wonach 'wir' nicht für die Fehler der anderen EU-Staaten aufkommen könnten. Nicht selten werden diese Äußerungen mit populistischen Anmerkungen zur mangelnden Arbeitsmoral in den betroffenen Staaten verbunden.

Eine europäische gesellschaftliche Debatte über Ursachen und Auswege aus der Krise findet kaum statt, denn die EU zeichnet sich gerade durch das weitgehende Fehlen einer gefestigten europäischen Zivilgesellschaft aus. Nachdem der Elitenkonsens, der die europäische Integration in den letzten Jahrzehnten vorangetrieben hat, zu zerbrechen droht, treten die Hegemoniekämpfe um Europa immer deutlicher zu Tage. Wird es zu einer Renationalisierung Europas kommen, oder wird die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise in einer radikalisierten Weise fortgeführt? Wird also die Krise zur weiteren neoliberalen Disziplinierung ganzer Gesellschaften beziehungsweise Staaten genutzt, unabhängig von der sich polarisierenden Konstellation? Oder wird es zu einer alternativen Integrationsweise kommen? Können die sozialen Bewegungen in Europas Süden zu einer europäischen Bewegung werden, die die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschieben? Kommt es also zu einem 'europäischen Frühling', der auch institutionell das Ende des Neoliberalismus einleitet?

Die von uns im Folgenden dargestellte Analyse dieser Konstellation basiert auf der Annahme, dass der Europäisierungsprozess sich weder aus seiner institutionellen Eigenlogik noch der europäischen Multiskalarität hinreichend erklären lässt. Vielmehr sind unserem Verständnis nach die gesellschaftlichen Konflikte und Antagonismen, die diese Institutionalisierungsprozesse prägen, in den Blick zu nehmen. Jene stellen das Ferment dar, aus dem heraus sich – in Krisenprozessen mit einer besonderen Dynamik – die spezifische apparative Struktur des postfordistischen Staatsapparate-Ensembles in Europa als „materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen“ (Poulantzas 2002: 154 ff.) herausbildet. Wir schlagen vor, diese Konstellation mit einem Konzept zu analysieren, das wir dem neogramscianischen Ansatz der Internationalen Politischen Ökonomie entlehnt und weiter entwickelt haben. Dabei gehen wir davon aus, dass sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Hegemonie strukturieren lassen, indem unterschiedliche *Hegemo-*

nieprojekte identifiziert werden. Wie wir im nächsten Abschnitt ausführen werden, verstehen wir darunter strategische, sozialstrukturell gerahmte Akteurskonstellationen, die um gesellschaftliche Deutungshoheit ringen. Im Anschluss daran werden wir die Hegemonieprojekte darstellen, die nach unserer Analyse versuchen, in der aktuellen Krisensituation die politische und ökonomische Entwicklung der EU zu bestimmen und dabei ein Staatsprojekt hervorbringen, in dem sich all jene Strategien bündeln, die sich auf die institutionelle Entwicklung Europas beziehen.

Die Zukunft dieses europäischen Staatsprojektes entscheidet sich daran, welche Strategien sich in Europa durchsetzen, welchen Bezug diese zur EU und welche Effekte die entsprechenden Krisenlösungsversuche haben. Das Ergebnis dieser Kämpfe ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersehbar. Worüber sich jedoch Aussagen treffen lassen, sind die konkurrierenden strategischen Projekte. Mit Gramsci geht es uns darum, die handelnden Kräfte einer bestimmten historischen Epoche zu analysieren und ihr Verhältnis untereinander zu bestimmen (Gramsci 1991 ff.: Bd. 3, H. 4, § 38). Dabei lässt sich zeigen, dass die Krise des Neoliberalismus maßgeblich in dem Auseinanderfallen der neoliberalen Akteurskonstellation zum Ausdruck kommt, deren bisherige Strategien angesichts der Krise des postfordistischen Akkumulationsregimes dysfunktional werden. Aufgrund der allerdings nach wie vor ungebrochenen gesellschaftlichen Macht der neoliberalen Kräfte sowie der in den letzten Jahrzehnten produzierten 'Sachzwänge' scheint es gegenwärtig am wahrscheinlichsten, dass sich ein 'neoliberal-autoritäres' Staatsprojekt durchsetzen wird. Der Krise zum Trotz ist der Wille dieser Akteure ungebrochen, den Pfad der jahrzehntelang betriebenen Politiken weiterzuverfolgen. Doch der historische Ausgang dieses Konflikts ist nicht entschieden. Wenn es emanzipatorischen Gegenkräften gelingt, die bislang fragmentierten Bewegungen gegen eine neoliberal-autoritäre Krisenlösung zusammenzuführen, könnte daraus ein schlagkräftiges gegenhegemoniales Projekt mit gesellschaftstransformierendem Potential entstehen. Wir werden für diese Analyse zunächst die aus unserem empirischen Forschungsprozess² heraus entwickelten Begriffe des „europäischen Staatsprojekts“ (2.1.) sowie der „Hegemonieprojekte“ (2.2.) darstellen, um auf dieser

2 Aus dem DFG-geförderten Forschungsprojekt „Die Transnationalisierung des Staates im Prozess der Herausbildung einer gemeinsa-

Grundlage die aktuellen Auseinandersetzungen (3.) und die daraus folgenden politisch-strategischen Überlegungen (4.) zu präsentieren.

2. Theoretische Prämissen

2.1. Staatsprojekt Europa

Die EU kann als neues Staatsprojekt, genauer als ein „state spatial project“ (Brenner 2004: 84; siehe auch Wissen 2008; Jessop 2008: 198 ff., Wolff 2010), verstanden werden, in dessen Rahmen sich neue Hierarchien zwischen den unterschiedlichen Staatsapparaten und Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene und eine neue skalare Struktur herausbilden. Wir verstehen den Staat und seine Apparate nicht als in sich geschlossene einheitlich handelnde Akteure, sondern als soziale Felder. Das heißt, im Staat verdichten und materialisieren sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse.³ Die einzelnen Staatsapparate werden zu Stützpunkten unterschiedlicher sozialer Kräfte, so dass ein heterogenes Ensemble von Staatsapparaten entsteht. Der Zusammenhalt eines solchen heterogenen Ensembles muss von einem hegemonialen Staatsprojekt organisiert werden. Die innere Kohärenz der europäischen Konstellation ist dabei nicht mit der eines Nationalstaates vergleichbar, weil es noch keinen hegemonialen Konsens über die Terrains der Auseinandersetzungen gibt. Dies ist in der gegenwärtigen Krise deutlich zu beobachten. Das europäische Staatsprojekt, das sich im Rahmen der „Internationalisierung des Staates“ (Hirsch 1995; siehe auch Brand 2009) herausbildete, konkurriert mit den unterschiedlichen nationalen Staatsprojekten. Verhältnis und Stellung der einzelnen europäischen und nationalen Apparate zueinander sind relativ flexibel und das Ergebnis eines permanenten Aushandlungsprozesses. So sind die Europäische Union und die jeweiligen nationalen und europäischen Apparate von den gesellschaftlichen Widersprüchen durchzogen, die sich auch in den Konkurrenzen der unterschiedlichen räumlichen Bezugsebenen

men europäischen Migrationskontrollpolitik“, www.staatsprojekt-europa.eu.

3 Zum Begriff der Kräfteverhältnisse siehe Wissel 2010.

untereinander ausdrücken (vgl. Wolff in diesem Band).⁴ Auf diese Weise ist ein heterogenes Ensemble von nationalen und europäischen Staatsapparaten beziehungsweise Quasi-Staatsapparaten und Institutionen entstanden, dessen Kohärenz bisher durch das sich mit der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise seit Mitte der 1980er Jahre entwickelnde, europäische Staatsprojekt hergestellt wurde. Bereits seit den 1990er Jahren, vor allem im Kontext der großen Vertragsänderungen, geriet diese Konstellation in die Krise. In der gegenwärtigen Situation spitzt sich diese grundsätzliche Instabilität zu. Das Staatsprojekt und damit die Kohärenz und der Fortbestand des europäischen Staatsapparate-Ensembles stehen zur Disposition. Eine Renationalisierung Europas ist nicht auszuschließen.

In der EU sind die Ebenen, auf denen politische Projekte durchgesetzt werden, flexibler als im Nationalstaat. Dadurch wird in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen je nach Kalkül häufiger zwischen den unterschiedlichen Foren (*forum-shifting*) und Bezugsebenen (*scale-jumping*) gewechselt, es werden unterschiedliche skalare Strategien verfolgt. Dies hat mindestens zwei Effekte: Zum einen entstehen in dieser flexiblen Rekonfiguration von nationalen und europäischen Staatsapparaten spezifische Machttechnologien, die zu einer Erweiterung informeller Politikformen und damit zur Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungszentren führen (Poulantzas 2002: 87; Kannankulam 2008; für Europa siehe Schwenken 2006: 137; Sauer 2001; Neyer 2005, 381; siehe auch Héritier 1999). Diese Konstellation verstärkte die strukturelle Selektivität im europäischen Staatsapparate-Ensemble zuungunsten der Subalternen. Dies ist auch ein Grund für die fragile Legitimität der EU. Ein zweiter Effekt besteht darin, dass politische Konjunkturen und taktisches Kalkül darüber entscheiden, auf welcher Ebene und in welchem institutionellen Kontext Entscheidungen forciert

4 Der Europäische Ministerrat, der für das intergouvernementale Element der EU steht, wacht beispielsweise darüber, dass die Kommission als supranationales Element nicht zu mächtig wird. Ein Ergebnis dieser Konstellation sind die europäischen Agenturen, die formal nicht klar in die institutionelle Struktur der EU eingeordnet sind, weil der Rat nicht will, dass mit der Kommission eine Superbehörde entsteht. Effekt ist, dass die Agenturen keine formal übergeordnete Institution haben, die sie kontrollieren könnte (vgl. Tömmel 2008: 159).

werden. Dies führt dazu, dass in Europa kein klarer Konsens über die Terrains der Auseinandersetzung erzielt werden kann (vgl. Wissel 2011). Die Krise hat zudem offengelegt, wie schwach die Autonomie der Europäischen Union gegenüber den großen Nationalstaaten ist. Die Institutionen der EU sind auf deren Kooperation unbedingt angewiesen.⁵

Der europäische Integrationsprozess setzte sich von Beginn an als Projekt unterschiedlicher europäischer Eliten durch (Ziltener 1999: 84 ff.). Mit der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise seit Mitte der 1980er Jahre wurde die EG (EU) zu einem wichtigen Stützpunkt einer europäisierten und in Ansätzen transnationalisierten Klassenfraktion (hierzu Wissel 2007: 119 ff.) im Rahmen eines globalen neoliberalen Konstitutionalismus (Gill 1998). Dies äußert sich in der Organisierung des europäischen neoliberalen Hegemonieprojekts, für das europäische und transnationale Institutionen und Organisationen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dazu zählen weitverzweigte Institutionen auf europäischer (EuGH, Europäische Kommission, unzählige europäische Agenturen) und auf globaler Ebene (WTO, IWF, UNO, NATO), aber auch ein dichtes Netz zur transnationalen Interessensorganisation in Form von Think Tanks, Verlagen, Lobbyfirmen etc. (vgl. Bieling 2003: 48 ff.; Walpen 2004; van Apeldoorn 2000; Jessop 2008: 216 f.).

Trotz Bemühungen insbesondere der Europäischen Kommission, ist jedoch keine ausgeprägte europäische Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis entstanden. Damit fehlt der EU ein entscheidendes Terrain, auf dem (asymmetrische) Kompromisse mit den Subalternen erzielt werden könnten. Subalterne Interessen kommen in der EU oft nur vermittelt über die nationalen Staatsapparate zum Tragen. Zwar können die dominanten gesellschaftlichen Kräfte, wenn sich die großen Nationalstaaten einig sind, leichter Entscheidungen herbeiführen, die im nationalen Rahmen auf Widerstand stießen, gleichzeitig kommt es aber auf der europäischen Ebene nicht zu einer auf zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen gestützten, hegemonialen Verankerung von Macht. Daher fehlen der EU die

5 Viele Beispiele belegen, dass gegen die großen Nationalstaaten keine Entscheidungen getroffen werden können. Deutlich zeigte sich dies z. B. als Frankreich und Deutschland, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen, die Defizitkriterien der Währungsunion nicht erfüllten.

Strukturen, die vor den katastrophischen Einbrüchen der Ökonomie Schutz bieten könnten (Gramsci 1991 ff., Band 7, §24: 1589). Ökonomische Krisen werden damit unmittelbar zu politischen Krisen. Zudem ist die EU nicht nur anfällig für das Lobbying mächtiger privater Akteure, sondern weitgehend abhängig von diesen. So versucht die Europäische Kommission aktiv, Lobby-Akteure zu organisieren, um ihre Projekte durchzusetzen. Dies zeigt etwa die Geschichte des *European Round Table of Industrialists* (vgl. van Apeldoorn 2000; Altvater 2007: 125 f.). Das heißt, die EU hat auch gegenüber mächtigen gesellschaftlichen Akteuren eine nur schwach ausgeprägte Autonomie.

Das methodisch-analytische Problem für eine gesellschaftstheoretisch begründete, kritische Analyse des europäischen Integrationsprozesses besteht darin, zu klären, welche Akteurs- und Kräftekonstellationen in der gegenwärtigen Krisenphase miteinander ringen. Um uns einer solchen Klärung anzunähern, entwickeln wir im nächsten Abschnitt den Begriff der 'Hegemonieprojekte' als ein zentrales Moment unseres Ansatzes einer historisch-materialistischen Politikanalyse (Begriff in Anlehnung an Brand 2011).

2.2. Analyse gesellschaftlicher Kräfte im europäischen Integrationsprozess

Im Mittelpunkt unseres Ansatzes steht der Vorschlag, die tendenziell unendlichen Strategien und Taktiken von miteinander konfligierenden Akteur_innen und Interessen heuristisch entlang breiter gesellschaftlicher Projekte zu bündeln, die wir mit dem Begriff der 'Hegemonieprojekte' bezeichnen. Mit dieser Argumentation bauen wir auf Arbeiten der neogramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie auf, die Antonio Gramscis staatstheoretische Argumentation für eine kritische Analyse gegenwärtiger Transnationalisierungsprozesse weiterentwickelt haben (Ausführlicher hierzu: Kannankulam/Georgi 2011; grundlegend: Cox 1981; Bieling/Deppe 1996; Opratko/Prausmüller 2011).

Die ersten marxistischen Analysen des europäischen Integrationsprozesses argumentierten Mitte der 1960er Jahre, die europäische Integration sei eine Reaktion auf die Internationalisierung des Kapitals nach 1945. So verstand etwa Ernest Mandel den europäischen Integrationsprozess als „ein Ergebnis der ihm vorangegangenen Konzentration des Kapitals in Westeuropa“ (1968: 27) und als

einen „Versuch des Kapitalismus, das Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte und den Grad der monopolistischen Konzentration mit dem Überleben des Nationalstaates zu versöhnen“ (Mandel 1967: 27, Übers. d. Verf.). Der Marburger Politikwissenschaftler Albert Statz kritisierte diese Position. Man könne nicht aus der „*Notwendigkeit* internationaler staatsmonopolistischer Regulierung“ auf „die Möglichkeit ihrer Realisierung“ schließen (Statz 1979: 21, Hervorh. i.O.). Der Prozess der Europäischen Integration sei kein bloßer Reflex auf die Internationalisierung des Kapitals, sondern die „*relative Lösungsform des säkularen Widerspruchs zwischen Internationalisierung und Nationalstaat*“ (ebd.: 224, Hervorh. i.O.). Politische Prozesse seien zwar strukturell durch spezifische Formen kapitalistischer Widerspruchsbearbeitung gerahmt, das konkrete Handeln widerstreitender Akteur_innen mit ihren unterschiedlichen Interessen und Strategien müsse jedoch in kontingenten Prozessen zu einem „Gemeinschaftsinteresse“ zusammengefasst werden, das „nicht das *‘Interesse der Gemeinschaft’* ist, sondern das, was eine Gruppe von Mitgliedsstaaten aus ihren konkreten Bedürfnissen als ein Interesse definier[t]“ (Ziebura zit. ebd.: 246, Hervor. i.O.). Die widerstreitenden Interessen müssen mithin zusammengefasst werden zu einem „*allgemeinen Klasseninteresse*“ (ebd.: 67, Hervorh. i.O.).

Solche kontingenten Prozesse strategischen Handelns von (Klassen-)Akteur_innen hat Bastiaan van Apeldoorn in den Konflikten über die europäische Wirtschafts- und Währungsunion in den 1990er Jahren untersucht. Apeldoorn unterschied drei in diesen Konflikten miteinander ringende „Integrationsprojekte“, die mit unterschiedlichen Strategien auf die ökonomische Krise in Europa reagierten: Das *neoliberale Projekt* zielte darauf, durch Weltmarktöffnung, Deregulierung und Privatisierung die „nutzenbringenden“ Marktkräfte von den Fesseln der Regierungsintervention [...] zu befreien“ (van Apeldoorn 2000: 200). Das *neo-merkantilistische Projekt* zielte auf einen großen europäischen Binnenmarkt, die Etablierung von Schlüsselkonzernen als „Euro-Champions“ und größere „economies of scale“, um so der Triadenkonkurrenz zu begegnen (ebd.: 200 f.). Das *sozialdemokratische Projekt* schließlich wollte einen „supranationalen Rahmen der sozialen Regulation“ durchsetzen, um so das „europäische Sozialmodell“ zu verteidigen (ebd.: 201).

Sowohl die Ansätze von Mandel und Statz als auch van Apeldoorns Konzeption der Integrationsprojekte sind klassentheoretisch verengt. Bei van Apeldoorn ist dies zwar durch seinen empirischen

Fokus auf den männerbündischen *European Round Table of Industrialists* (ERT)⁶ begründet – dies bedeutet aber keineswegs, dass geschlechtsspezifische und rassistische Implikationen der Projekte nicht ebenso in den Blick genommen werden können. Zudem leitet van Apeldoorn die Projekte des Euro-Merkantilismus/Neoliberalismus im Kern aus ihrer Stellung entlang der Achse regionalisierter/globalisierter Kapitalakkumulation ab (2002: 118 ff.). Dennoch halten wir seinen Vorschlag, miteinander ringende gesellschaftliche Kräfte und Akteur_innen entlang unterschiedlicher 'Projekte' analytisch zu unterscheiden, für äußerst produktiv.

Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (2000) entwickelten den Projektbegriff weiter. Im Gegensatz zu van Apeldoorn verstehen sie darunter nicht nur breitere Akteurs- und Kräftekonstellationen, sondern vor allem konkrete politische Vorhaben. Sie gehen davon aus, „dass es sich bei hegemonialen Projekten zumeist um besondere, konkrete politische Initiativen handelt, die sich selbst als Lösungen von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen“ (Bieling/Steinhilber 2000: 106). Beispiele dafür seien Binnenmarkt, Europäisches Währungssystem und Währungsunion. Hegemoniale Projekte sind für Bieling/Steinhilber politische Projekte „die als Moment der institutionalisierten (Klassen-)Kompromisse den 'historischen' und 'hegemonialen Block' dynamisch stabilisieren bzw. transformieren“ (ebd.). Sie betonen, dass solche hegemonial gewordenen politischen Projekte verschiedene Dimensionen des sozialen und politischen Handelns verbinden, etwa „materielle Interessen, strategische Orientierungen, diskursive und kulturelle Bedeutungen, ideologische Überzeugungen, Gefühle etc.“ (ebd.). Erst wenn es den Träger_innen von politischen Projekten gelingt, diese verschiedenen Dimensionen zu kombinieren und einen „motivierenden sozialen Mythos“ zu erzeugen, „der im Bann einer politischen Vision große Bevölkerungsgruppen elektrisiert und begeistert“ (ebd.: 107), erst dann können begrenzte politische Projekte zu hegemonialen Projekten werden.

Wir halten Bielings und Steinhilbers Begriff der 'politischen Projekte' für wichtig, weil er es ermöglicht, die Auseinandersetzungen um konkrete politische Vorhaben als Terrain und Durchsetzungsvehikel für eine umfassendere Hegemonie beziehungsweise für Staats-

6 Unter den 44 Mitgliedern des ERT im Oktober 2011 ist lediglich eine Frau (http://www.ert.be/members_a_to_z.aspx).

projekte zu verstehen. Problematisch ist, dass Bieling/Steinhilber politische Projekte mit 'hegemonialen Projekten' gleichsetzen und deshalb politische Projekte, die (noch) nicht durchgesetzt sind, um die also noch gerungen wird, analytisch nicht fassen können. Unklar bleibt auch, welche Akteurs- und Kräftekonstellationen sich hinter welchen Projekten verbergen.

Schließlich hat Bob Jessop (1990) den Projektbegriff für eine Analyse gesellschaftlicher Kämpfe und Kräfteverhältnisse weiterentwickelt. Jessop unterscheidet zwischen erstens ökonomiebezogenen *Akkumulationsstrategien*, die darauf zielen, die in Konkurrenz miteinander liegenden (Kapital-)Interessen zumindest temporär unter der Führung einer spezifischen Fraktion in einem spezifischen Wachstumsmodell zu einen (ebd.: 197 ff.); zweitens unterscheidet er auf die *gesamtgesellschaftliche Reproduktion* bezogene *hegemoniale Projekte*, die darauf zielen, unterschiedliche, 'klassenrelevante' Kräfte unter die Führung einer bestimmten Klassenfraktion und deren politischen, intellektuellen und moralischen Sprecher_innen zu bringen (ebd.: 207 f.). Drittens schließlich grenzt er davon *Staatsprojekte* ab, die darauf zielen, die immer kontingente und nie sichergestellte Kohärenz und Stabilität innerhalb des staatsapparativen Gefüges zu reproduzieren (ebd.: 219). Insbesondere Jessops differenzierte Fassung des Zusammenhangs von Akkumulationsstrategien und hegemonialen Projekten ist ein Gewinn. Wie Bieling/Steinhilber unterscheidet Jessop jedoch nicht zwischen tatsächlich hegemonialen Projekten und solchen, die eine hegemoniale Stellung nur anstreben und mit anderen Projekten darum ringen.

2.3. Der Begriff der 'Hegemonieprojekte'

Vor dem Hintergrund der bisherigen Diskussion schlagen wir vor, gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse mit dem Begriff der 'Hegemonieprojekte' zu analysieren. Dieser hat folgende Elemente:

1. Tatsächlich hegemoniale Projekte sind von jenen gesellschaftlichen Projekten zu unterscheiden, welche zwar eine Hegemonie anstreben, diese jedoch (noch) nicht erreicht haben. Nicht jedes Projekt, das versucht, die Partikularinteressen seiner führenden Fraktionen zu verallgemeinern, wird tatsächlich hegemonial. Unserem Verständnis nach ringen im integralen Staat verschiedene Hegemonieprojekte darum, tatsächlich

zu hegemonialen Projekten zu werden. Hegemonieprojekte sind zu verstehen als zumeist unbewusste und indirekte Verknüpfungen beziehungsweise Verdichtungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien, die sich auf konkrete politische Projekte (im Sinne Bielings/Steinhilbers) oder breitere 'gesellschaftliche Problemlagen' richten. Die darin beteiligten Akteur_innen versuchen, ihre partikularen Interessen zum Allgemeininteresse zu machen und so hegemonial zu werden. Im Unterschied zu einem hegemonialen Projekt haben Hegemonieprojekte diesen Status der Verallgemeinerung noch nicht erreicht, streben ihn aber im Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an. Ohne dass es eine zentrale Koordination gäbe, gehen in die Hegemonieprojekte sowohl die Strategien und Taktiken (zivil-)gesellschaftlicher Akteur_innen im weiteren Sinne ein, als auch die Strategien politisch-institutioneller Akteur_innen innerhalb der Staatsapparate im engeren Sinne.

2. Hegemonieprojekte sind analytisch entwickelte Abstraktionen und gerade keine bewussten, zentral organisierten Bündnisse. Der Begriff der Hegemonieprojekte zielt mithin darauf, vor dem Hintergrund einer historisch-materialistischen Kontextualisierung die durch grundlegende „soziale Formen“ (Hirsch 1994) bestimmte und durch die rekursive Handlungsmacht der Akteur_innen hervorgebrachte Aggregation von sehr unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien in einer analytischen Kategorie fassbar zu machen.
3. Eine besondere Rolle bei dieser Aggregation spielen organische Intellektuelle. Diskursiv verknüpfen sie Teilelemente eines Projekts und rationalisieren seine Ziele, Interessen und Kompromisse in 'politischen Erzählungen'. Erst wenn es einem Hegemonieprojekt durch Verknüpfungen und Kompromisse gelingt, ihm nicht zugehörige gesellschaftliche Kräfte in einen kohärenten Zusammenhang zu bringen, der bezogen sein muss auf zentrale Akkumulationsstrategien (im Sinne Jessops) und das herrschende Akkumulationsregime – als historisch spezifische Verbindung von Produktions- und Reproduktionsweisen (Kohlmorgen 2004: 39) – erst dann kann es zu einem hegemonialen Projekt werden. Um diesen Status zu erreichen, muss es einem Hegemonieprojekt gelingen, eine Reihe von konkre-

ten und begrenzten politischen Projekten derart in Stellung zu bringen, dass diese zum politisch-strategischen 'Terrain' werden, auf dem sich erst ein hegemoniales Projekt verdichten kann.

4. Wir arbeiten mit einem erweiterten Kräfteverhältnisbegriff. Kapitalistische Gesellschaften sind nicht lediglich durch Warenproduktion, Mehrwertaneignung und Klassenkämpfe gekennzeichnet, sondern immer schon grundlegend mit anderen Herrschaftsverhältnissen verwoben. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist eine zwischen Klassen, dem globalen Süden und Norden, sowie zwischen vergeschlechtlichten und rassialisierten Subjekten (Pieper/Panagiotidis/Tsianos 2011: 196). Indem wir einer intersektionalen Kapitalismusanalyse Rechnung tragen wollen, begreifen wir auch die Hegemonieprojekte als intersektionale Projekte, in denen sich multidimensionale Strategien entlang vielfältiger Herrschaftsverhältnisse verdichten.⁷
5. Entscheidend ist, dass Hegemonieprojekte und die von ihnen verfolgten konkreteren politischen Projekte nie statisch zu konzeptionalisieren sind. Sie sind immer Aggregationen von historischen Taktiken und Strategien, mit denen bestimmte gesellschaftliche Kräfte und politische Akteur_innen auf spezifische historische Situationen rekursiv (also erfahrung induziert) reagieren. Die Konstellationen von Hegemonieprojekten, die miteinander im Konflikt liegen, transformieren sich also im historischen Prozess. Sie verändern sich dadurch, dass gesellschaftliche Auseinandersetzungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranschreiten und sich materiell in Politiken und Institutionen verdichten, sowie in dem Maße, in dem gesellschaftliche Widersprüche partiell und temporär prozessiert und auf höherer Ebene fortgeführt werden. Zudem sind die Konstellationen konfligierender Hegemonieprojekte auch räumlich unterschiedlich, von Politikfeld zu Politikfeld und von Land zu Land.
6. Im Rahmen eines historisch-materialistischen Forschungsprogramms, das darauf zielt, die Einsichten neuerer Debatten materialistischer Staatstheorie für empirische Analysen nutzbar

7 Auch wenn die Überkomplexität einer solchen Analyse dazu führt, dass diese Forschungsabsicht nicht immer durchgehalten werden kann.

zu machen, erscheint es uns zunächst produktiv, den Begriff der Hegemonieprojekte dafür zu nutzen, gesellschaftliche Konfliktkonstellationen in Bezug auf konkrete Konflikte zu analysieren. Solche konkreten Untersuchungen wären zu bezeichnen als historisch-materialistische Politikanalysen (vgl. Brand 2011). Es ist zu erwarten, dass sich als Ergebnis einer gewissen Anzahl solcher Analysen über die Konstellationen, Charakteristika und Dynamiken von Hegemonieprojekten in der gegenwärtigen historischen Phase verallgemeinerte Schlussfolgerungen ziehen ließen.

Die von uns vorgeschlagene Operationalisierung einer historisch-materialistischen Politikanalyse umfasst vier Schritte (vgl. Kanankulam/Georgi 2012: 40ff.). Erstens eine *Kontextanalyse*, die sowohl zentrale geschichtliche und materielle Bedingungen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hinter der untersuchten Politik herausarbeitet als auch den formbestimmten und spezifisch historischen Gehalt von Akteursstrategien kenntlich macht; zweitens eine *Akteursanalyse*, deren Ziel es ist, die spezifischen Konstellationen von gesellschaftlichen Kräften und Akteur_innen, sprich Hegemonieprojekte, zu identifizieren, die im untersuchten Konflikt aufeinandertreffen. Im dritten Schritt, der *Prozessanalyse*, wird der untersuchte Konflikt, grob chronologisch, in seiner mehrere Phasen durchlaufenden historischen Dynamik rekonstruiert. In einem vierten Schritt schließlich muss die *materielle Verdichtung* der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den politischen und rechtlichen Institutionen und Apparaten (Buckel 2011) und die damit einsetzende Transformation der gesellschaftlichen Konflikte in den formbestimmten Rahmen der gesellschaftlichen Institutionalisierungsprozesse mit ihren jeweiligen strukturellen Selektivitäten untersucht werden (vgl. Hirsch 1994: 172 ff.). Dabei muss das rekursiv-strategische Handeln der Akteur_innen ebenso einbezogen werden wie die Wirkung von Struktur- und Formzwängen sowie kontingenter historischer 'Ereignisse'.

Eine solche historisch-materialistische Politikanalyse ist aufwendig. Um das Potenzial vor allem des zweiten Schrittes und des zentralen Begriffs der Hegemonieprojekte für ein Verständnis der gegenwärtigen Krise der EU anzudeuten, fasst der folgende Abschnitt die Ergebnisse einer vorläufigen Akteursanalyse zum Konflikt über die Euro-Rettung zusammen.

3. Hegemonieprojekte in der Krise

3.1. Methodisches Vorgehen

Im Folgenden werden zunächst grundsätzlich die fünf Hegemonieprojekte vorgestellt, die wir im Rahmen unserer Forschung über den europäischen Integrationsprozess identifiziert haben. Im Anschluss daran präsentieren wir die Ergebnisse unserer Kurzrecherche zu den aktuellen Veränderungen in den Strategien angesichts der Krise. Während die grundlegende Konzeption der europäischen Hegemonieprojekte (3.2.) auf einer Sekundäranalyse neogramscianischer Untersuchungen Europas sowie auf einer eigenen exemplarischen Sozialstrukturanalyse der BRD, Großbritanniens und Spaniens beruht, haben wir für die daran anschließende Skizzierung der aktuellen strategischen Neuorientierungen (3.3.) eine Inhaltsanalyse europäischer Zeitungen zwischen dem 01.05. und 30.10.2011 gewählt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, die tageszeitung, Financial Times, El País).⁸ Die Interpretationen der Ergebnisse durch die verschiedenen Autor_innen aufgrund gemeinsamer Kategorien wurden miteinander verglichen und gegenseitig kontrolliert.

3.2. Hegemonieprojekte im Konflikt um die Europäische Integration

3.2.1. Neoliberales Hegemonieprojekt

Es ist oft beklagt worden, dass der Begriff des Neoliberalismus ungenau sei und der Komplexität der darunter gefassten Strömungen nicht gerecht werde. Zweifellos ist es schwierig dem 'Neoliberalismus' ein einheitliches Denkgebäude zu unterstellen. Das liegt auch daran, dass es in den letzten Jahrzehnten gelang, die zentralen Parameter des Neoliberalismus zu verallgemeinern, so dass verschiedene

8 Die Auswertung von mehrheitlich deutschen Zeitungen (deren gesamtes politisches Spektrum erfasst werden soll), erklärt sich aus der Vormachtstellung der BRD in der Eurozone. Eine im Prinzip notwendige Ergänzung durch französische Medien ist unterblieben, da keine umfangreichen Sozialstrukturanalysen für Frankreich vorgenommen wurden. Hinzu kommt, dass eine umfassende Hegemonieanalyse alle Formen diskursiver Auseinandersetzungen berücksichtigen müsste. Diese Einschränkungen sind zu bedenken.

gesellschaftliche Strömungen in das Projekt integriert wurden. Wir gehen davon aus, dass es dennoch möglich ist, ein über längere Zeit relativ stabiles neoliberales Projekt zu identifizieren. Die grundlegende *Strategie*, die sich im neoliberalen Hegemonieprojekt herausbildete und bis zum Ausbruch der Krise 2008 zentral blieb, ist der wettbewerbsstaatliche Umbau nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und aller staatlichen Aufgaben, zentral vermittelt über die Europäische Union, konzentriert im politischen Projekt des Binnenmarktes. Politische Leitlinien sind die Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen, die Finanzialisierung der Ökonomie sowie der Abbau staatlicher Regulierungen. Im Kern geht es um die Internationalisierung von Kapital, Handel, Produktions- und Versorgungsketten und schließlich die Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit im Kontext einer neokolonialen internationalen Arbeitsteilung, die auf der Ausnutzung von Niedriglohnsektoren in der Peripherie basiert.

Die *soziale Basis* dieses Projekts sind die Schlüsselsektoren des globalisierten, postfordistischen Akkumulationsregimes: die „exklusiven Männerclubs“ (Young/Schuberth 2010: III) der Finanzwirtschaft und der großen transnationalen Konzerne und deren Netzwerke (vgl. van Apeldoorn 2009). Hinzu kommen aber auch privilegierte und hochqualifizierte Arbeiter_innen des globalen Nordens, Selbständige sowie Teile der Staatsbürokratie und Vermögensbesitzer_innen (Gill 1998: 12 f.). Das neoliberale Hegemonieprojekt wird getragen von den Schlüsselbranchen des gegenwärtigen Akkumulationsregimes, den transnationalen Industriekonzernen und der Finanzindustrie. Diese haben gleichzeitig auch auf einer ideologisch-diskursiven Ebene eine Führungsrolle inne. Dabei spielen Think Tanks eine große Rolle. Auch die neoklassisch dominierten Wirtschaftswissenschaften sind als Teil des Projekts zu bewerten. Die *Ressourcen* des neoliberalen Hegemonieprojekts zur Durchsetzung seiner Ziele sind außerordentlich hoch. Aufgrund ihrer Stellung sind die Akteure dieses Projekts in der Lage, „eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen“ (Offe 1969: 146), das heißt, Entscheidungen über Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Investitionen von der Annahme ihrer Forderungen abhängig zu machen. Daneben verfügen sie auch über die größten materiellen Ressourcen. Der Umsatz transnationaler Konzerne entspricht dem Bruttosozialprodukt mittlerer Volkswirtschaften (Gill 1998: 7), und ihre Milliarden Gewinne werden nicht

zuletzt in extensive Lobbyisten-Netzwerke investiert, die mit Büros in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten in der Lage sind, staatliche Politiken bis ins Detail hinein zu beeinflussen.

3.2.2. *National-soziales Hegemonieprojekt*

Für das national-soziale Hegemonieprojekt steht sozialer Ausgleich und soziale Umverteilung im Mittelpunkt der politischen *Strategie*. Zentral für dieses Projekt ist eine Verteidigung des europäischen Sozialmodells, die keine gesamteuropäische Perspektive verfolgt. Vielmehr wird in der Verteidigung bestehender *nationaler* Systeme die (notgedrungene) Lösung des Problems gesehen, angesichts des bestehenden neoliberalen Globalisierungsdrucks sozialpolitische Errungenschaften zu schützen. Der Grund für diese Skepsis ist dabei nicht eine grundsätzlich anti-europäische oder nationalistische Haltung, sondern die politische Einschätzung, dass eine Strategie der Europäisierung kaum Erfolgsaussichten hat. Der nationale Wohlfahrtsstaat, nationale Arbeitsgesetzgebung, die staatliche Unterstützung einheimischer Unternehmen, unter anderem durch Subventionen, Außenwirtschaftspolitik usw. sowie entsprechende korporatistische Strukturen sind das zentrale Terrain des Projekts.

Nach unserer Analyse besteht die *sozialstrukturelle Basis* dieses Projekts in den Resten des hegemonialen Blocks der fordistischen Produktions- und Lebensweise, aus dem sich Finanzindustrie und transnationale Konzerne im Zuge der ökonomischen Globalisierungsprozesse herausgelöst haben. Die Basis bilden neben öffentlichen Angestellten auch mittelständische Unternehmen mit ihren Kernbelegschaften aus Facharbeiter_innen, die von korporatistischen Strukturen sowie einer geschlechtshierarischen Arbeitsteilung und engen Kontakten zu regionalen und nationalen Staatsapparaten profitieren.

Zwar sind die alten Kerne der fordistischen Produktionsweise, die die Basis dieses Projekts bilden, im Vergleich zum Finanzsektor und den Transnationalen Konzernen geschrumpft. Auch wirkt sich in Bezug auf die EU die Weigerung der Arbeitgeberverbände aus, europäische Tarifverhandlungen zu führen. Doch die Akteur_innen des national-sozialen Projekts sind noch immer konfliktfähig, da sie von relevanten Teilen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innenschaft und teils mittelständischen Unternehmen

selbst unterstützt werden. Das Projekt hat weiterhin Zugriff auf relevante Ressourcen innerhalb der alten fordistischen Kernsektoren und hat immer noch wichtige Einflussmöglichkeiten innerhalb von Gewerkschaften und sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. Zudem kann es in vielen politischen Projekten entweder mit dem proeuropäisch-sozialen oder mit dem national-konservativen Hegemonieprojekt Bündnisse eingehen.

3.2.3. *National-konservatives Hegemonieprojekt*

Von den national-sozialen Kräften zu unterscheiden ist ein *national-konservatives* Hegemonieprojekt, das einem politisch stark vertieften europäischen Integrationsprozess skeptisch bis ablehnend gegenübersteht und ein 'Europa der souveränen Nationen' befürwortet. Der grundlegende Bezugspunkt dieses Projekts ist die Nation selbst, die als Selbstzweck und Eigenwert verstanden wird – nicht als Mittel zum Zweck einer Gerechtigkeit ermöglichenden Solidargemeinschaft wie beim national-sozialen Projekt. Es assoziiert Nation mit Ethnizität, gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur und bestimmten, traditionell-konservativen Werten wie Familie, einem traditionellen Geschlechterrollenbild, Heimat, Sicherheit und Christentum. In Großbritannien geht von ihm die Debatte über 'british values' aus, in Deutschland der vergleichbare Leitkultur- und Integrationsdiskurs. Am rechten Rand dieser Strategien bemühen Akteure explizit fremdenfeindliche und rassistische Ressentiments, um gegen den drohenden 'Souveränitätsverlust' der Nationalstaaten zu mobilisieren.

Die *soziale Basis* des national-konservativen Projekts bilden kleine und mittelständische Unternehmen und Sektoren, die vor allem oder ausschließlich national beziehungsweise sogar lokal ausgerichtet sind und keinen internationalen Bezug haben. Hinzu kommen Teile der 'Weißen' und autochthonen Arbeiter_innenklasse und der unteren Mittelschicht, die von Deklassierung bedroht oder bereits in die 'Unterschichten' abgerutscht sind. Dazu gehören sowohl ehemalige Unterstützer_innen der Sozialdemokratie als auch klassische Milieus konservativer Parteien, unter anderem christlich-konservative Milieus, und schließlich an den Rändern Akteure, die sich nach rechts radikalieren.

Die *Ressourcen* des national-konservativen Projekts sind vor allem begründet in der Verankerung in einem nationalen, konservativen

Milieu und der Fähigkeit, dieses über rechtspopulistische Kampagnen, Wahlkämpfe und Debatten zu mobilisieren. Doch auch die ökonomischen Ressourcen und damit der taktische Spielraum des Projekts dürfen nicht unterschätzt werden. Einerseits erfährt es direkte Unterstützung von regional und national ausgerichteten Kapitalfraktionen, andererseits geht es in vielen Ländern im Rahmen konservativer Parteien und Stiftungen enge Bündnisse mit Akteuren des neoliberalen Hegemonieprojekts ein und profitiert von deren Ressourcen. So finden sich in den drei konservativen Parteien in Deutschland (*CDU/CSU*), Großbritannien (*Conservative Party*) und Spanien (*Partido Popular*) jeweils neoliberal ausgerichtete 'Wirtschaftsflügel' und stärker national-konservative Strömungen.

3.2.4. *Proeuropäisch-soziales Hegemonieprojekt*

Demgegenüber lassen sich Akteur_innen identifizieren, deren Strategien auf die Rettung des europäischen Sozialmodells durch eine gesamteuropäische Sozialpolitik zielen. Deren *Taktiken und Strategien* verdichten sich im proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekt. In der Suche nach sozialem Ausgleich ist dieses Projekt dem national-sozialen Hegemonieprojekt ähnlich. Es legt aber weniger Gewicht auf den Nationalstaat. Die Grundannahme des Projekts ist, dass der Krise des Wohlfahrtsstaates im Kontext neoliberaler Globalisierungsprozesse nur durch eine Europäisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und einer europäischen Tarifpolitik begegnet werden kann. Wenn sich Kapitalakteure internationalisieren und politische und ökonomische Prozesse längst auf Scales 'oberhalb' des Nationalstaates stattfinden, dann, so das zentrale Argument, könne eine sozial ausgleichende Politik sich nicht auf die nationale Ebene beschränken. Die proeuropäische Strategie wird als Ausweg aus der Schwächeposition innerhalb des Nationalstaates gesehen. Ein 'soziales Europa' wird als Gegenbild zum neoliberalen Integrationsprozess in Stellung gebracht. Zu den Elementen einer solchen Strategie gehört auch, die Stärkung der europäischen Wirtschaft und ihrer Institutionen zu unterstützen, um in der geopolitischen Konkurrenz zwischen Europa, USA und Asien zu bestehen und so die Voraussetzungen für Erhaltung und Ausbau des europäischen Sozialmodells zu sichern. Es ist der linke Flügel dieses proeuropäischen Projekts, der ernst machen will mit dem Kampf für eine europäische – auch geschlechterge-

rechte – Sozialpolitik, wohingegen der radikal linke Flügel keine bloße Ablösung der neoliberalen Politiken anstrebt, sondern die Überwindung der kapitalistischen Vergesellschaftung durch das Weitertreiben der Kritik in der Krise.

Die *soziostrukturelle Positionierung* dieses Projekts ist seit der Krise des Fordismus durch die Schwächung der organisierten Arbeiter_innenschaft gekennzeichnet. Zum einen weigern sich die EU-Arbeitgeberverbände, Koordinierungsregeln für Lohnpolitik einzuführen, zum anderen schwächt in den nationalen Gesellschaften die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse (insbesondere in der BRD als größter europäischer Volkswirtschaft) die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit. Die europäischen Gewerkschaften vertreten in ihrer Mehrheit äußerst proeuropäische Positionen. Gerade für Gewerkschaften, Verbände und soziale Bewegungen besteht jedoch ein strategisches Problem: Trotz ihrer prinzipiell proeuropäischen Haltung sind diese Akteur_innen durch die existierenden politischen Strukturen gezwungen, weitgehend auf nationaler Ebene zu agieren: Es gibt keine europäischen Tarifverträge, es gibt kaum eine europäische Öffentlichkeit, und viele Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten verbleiben auf der nationalen Ebene. Aus diesem Grund sind die immer wieder betonten europäischen Perspektiven in den Alltagskämpfen über Tarifabschlüsse, Gesetzesvorlagen, Sozialabbau und öffentliche Kampagnen relativ schwach ausgeprägt.

Die *Ressourcen* des *proeuropäisch-sozialen* Hegemonieprojekts sind begrenzt, da seine unterschiedlichen Akteur_innen und Fraktionen noch zu unverbunden sind und eine im eigentlichen Sinn europäische Zivilgesellschaft mit europäischer Öffentlichkeit noch immer schwach ausgebildet ist.

3.2.5 *Linksliberal-alternatives Hegemonieprojekt*

Schließlich ließ sich auf der Basis unserer Recherchen das *linksliberal-alternative Hegemonieprojekt* identifizieren. Zu diesem Projekt gehört ein liberaler *normativer* und *politischer* Citizenship-Ansatz. Es ist der Träger eines politischen Liberalismus, der Toleranz mit Menschen- und Bürger_innenrechten, mit Minderheitenrechten und sozialem Ausgleich verbinden will. Unsere These ist, dass sich im linksliberal-alternativen Hegemonieprojekt die *Taktiken und Strategien* jener zivilgesellschaftlichen Kräfte verdichten, die nicht primär an ökonomischen Fragen im engeren Sinne ansetzen. Es

sind die Strategien des politischen Liberalismus und der Neuen Linken: Akteur_innen, die aus der dritten Welle der Frauenbewegung kommen, sich für Antirassismus, Umweltschutz und die Rechte von Kindern, behinderten oder alten Menschen einsetzen. Die soziale Basis sind die 'grünen' Schichten: postmaterielle, postnationale urbane Hochgebildete, sowohl gebildete Prekarisierte als auch etablierte bildungs- und linksbürgerliche Schichten. Die 'kulturrevolutionären' Veränderungen in Folge von '1968' und die damit verbundenen Bewegungen und Milieus bilden eine zentrale *soziale Basis* dieses Projekts. Entsprechend der postnationalen und postmateriellen Werte dieser Milieus vertreten seine Akteur_innen eine ausgesprochen proeuropäische Strategie, welche die EU als Konstellation postnationaler Bürger_innenschaft ansieht und versucht, über europäische Richtlinien, etwa im Antidiskriminierungsbereich, progressive Veränderungen durchzusetzen, die auf nationaler Ebene nicht möglich wären.

Die ökonomischen Ressourcen der Akteur_innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts sind vergleichsweise schwach, da es weder von großen Unternehmen, noch von Gewerkschaftsapparaten zentral unterstützt wird. Gleichwohl bedeutet die Ausweitung des linksalternativen Milieus bis in bürgerliche Schichten hinein sowie die Unterstützung durch verschiedene Alternativ-, Technologie- und Kreativbranchen eine nicht zu ignorierende Basis. Die besonderen Ressourcen dieses Projekts liegen dennoch eher im hohen sozialen und kulturellen Kapital und in der Unterstützung durch eine große Zahl organischer Intellektueller in Wissenschaft, Bildung, Medien und im Kunstbereich.

3.3. *Strategische Neuorientierung in der Krise*

Hegemonietheoretisch stellt sich die aktuelle europäische Krise im Wesentlichen als Krise des neoliberalen Projekts dar. Zentraler Ausdruck dieses Projekts ist die einseitig ökonomische Integrationsweise der EU, die fokussiert ist auf die ökonomische Vergemeinschaftung über Binnenmarkt, Währungsunion und Austeritätspolitik gemäß den Maastricht-Kriterien sowie auf die periphere Integration Osteuropas. Gleichzeitig wurden Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht in der selben Weise auf die europäische Ebene verlagert. Als Resultat ist die Union gegenwärtig institutionell nicht in der Lage, durch makroökonomische Steuerungs- und

Ausgleichsmechanismen auf die Staatsschuldenkrise der Mitgliedsstaaten zu reagieren. Die Krise des neoliberalen Hegemonieprojekts führt aber nicht zu einer Abkehr von der herrschenden Politik. Im Gegenteil, neoliberale Politik ist weiterhin fest in Institutionen und Alltagspraxen verankert und reproduziert sich in ihnen auch während und mittels der Krise. Neoliberale Praktiken radikalisieren sich sogar, und zunehmend ist die Bereitschaft zu beobachten, die zentralen Elemente neoliberaler Krisenlösungsstrategien auch autoritär gegen die Bevölkerungen durchzusetzen. Die Tatsache, dass die gesellschaftlichen Konflikte zunehmen und die Versuche einer Krisenlösung zu scheitern drohen, hat allerdings gravierende Auswirkungen auf die neoliberale Kräftekonstellation, welche dadurch selbst in die Krise gerät. Dies zeigt sich in der Auflösung eines einheitlichen Hegemonieprojekts und dem Auseinanderdriften verschiedener, zum Teil unvereinbarer Strategien. Es lassen sich vier strategische Suchprozesse innerhalb des bisherigen neoliberalen Hegemonieprojekts ausmachen:

1. Insbesondere die starken neoliberalen Strömungen der europäischen sozialdemokratischen Parteien verfolgen weiterhin eine *proeuropäisch-neoliberale Strategie*. Ein Beispiel ist der ehemalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück, der wesentlich zur Deregulierung der Finanzmärkte beigetragen hat, nun aber ihre Reregulierung fordert: die drastische Einschränkung riskanter Spekulationen, die „Austrocknung der grauen Finanzmärkte“, das Verbot des Handels mit Kreditausfallversicherungen und Warendermingeschäften, der Spekulationen mit Rohstoffen sowie die Trennung von Kredit- und Investmentbankgeschäften.⁹ Damit integrieren diese proeuropäisch-neoliberalen Strategien wesentliche Forderungen aus dem proeuropäisch-sozialen Projekt – etwa von Attac – spalten aber zugleich deren weitergehende Forderung nach Umverteilung ab. Diese *Strategie der Reregulierung* verbindet sich mit Strategien der Versicherungsbranchen und Vermögensbesitzer, die ebenfalls auf eine, wenn auch wesentlich basalere, Reregulierung setzen, um den Zerfall des Euros zu verhindern. Der liberaldemokratische britische Wirtschaftsminister Vincent Cable argumentiert ähnlich, wenn er in der Financial Times

9 Süddeutsche Zeitung v. 27.10.2011, Wirtschaft.

einen ökologischen Umbau des Kapitalismus als Krisenlösung propagiert und zugleich pointiert formuliert: „What we have is a crisis of finance capitalism rather than a crisis of social democracy. The economic model previously pursued was seriously flawed. [...] The only sensible macro-economic policy stance is a tight fiscal policy combined with a loose monetary one.“¹⁰ Auch Äußerungen des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble verweisen in die Richtung einer Fiskal- und sogar einer politischen Union, auch wenn er als Regierungsmitglied eine national-orientierte Linie verfolgt.¹¹ Die Versicherungsbranche scheint ebenfalls eine vergleichbare Strategie zu stützen. Um die Gemeinschaftswährung zu erhalten, verfolgen diese Akteure die Strategie, neue europäische Institutionen zu etablieren, wie eine Wirtschaftsregierung, ein europäisches Finanzministerium oder einen ausgebauten europäischen Rettungsschirm beziehungsweise einen europäischen Währungsfonds. Eurobonds sind eine zentrale Forderung, eine expansive Geldpolitik durch die EZB ist umstritten, wird aber ebenfalls breit vertreten. Versicherungen wie die Allianz stützen die auf dem Gipfeltreffen vom 26. Oktober 2011 beschlossene sogenannte Hebellösung, das heißt eine Art ‘Teilkaskoversicherung’, offensichtlich auch vor dem Hintergrund, dass die Allianz-Tochter Pimco der weltgrößte Investor in Staatsanleihen ist.¹²

2. Eine *autoritär-neoliberale Strategie* verfolgen vor allem die deutsche Exportindustrie sowie die Transnationalen Konzerne, die im European Round Table of Industrialists und BusinessEurope organisiert sind.¹³ Nach wie vor ist hier der Binnenmarkt das entscheidende politische Projekt. Gemeinsame europäische Staatsanleihen (Eurobonds) sollen so schnell

10 Financial Times v. 11.6.2011, S. 13.

11 Financial Times v. 9.9.2011, S. 4; v. 16.9.2011, S. 4. Vgl. auch New York Times v. 19.11.2011, S. A6.

12 Süddeutsche Zeitung v. 29.10.2011, Geld.

13 Das Institut für Gesellschaftsanalyse (2011: 13) identifiziert in seinen aktuellen Analysen eine Strategie des autoritären Neoliberalismus. Diese ist durchaus vergleichbar mit der von uns ausgemachten Strömung. Im Unterschied dazu haben wir das neoliberale Projekt aber hauptsächlich in seiner Haltung zur EU untersucht.

wie möglich eingeführt werden, denn wenn die Eurozone zerbreche, seien die exportorientierten Unternehmen am ärgsten betroffen. Sollte nämlich erneut die D-Mark eingeführt werden, komme es zu einer enormen Aufwertung der deutschen Währung und damit einer Verteuerung der Exporte, was zu einem Absatzrückgang um bis zu 10 Prozent führe. Die britische Finanzindustrie bangt um die Rückzahlung ihrer Kredite durch die südlichen Mitgliedstaaten und ist von der Lösung der Euro-Krise abhängig. Der britischen Exportbranche geht es ähnlich, 40 Prozent ihrer Ausfuhren gehen in die EU. Trotz der tendenziell euro-skeptischen Haltung relevanter Teile der britischen Eliten, organisiert unter anderem im rechten Flügel der Tories, sind mächtige britische Kapitalfraktionen so stark von der europäischen Wirtschaft abhängig, dass die britische Regierung weitgehende Maßnahmen zur Rettung des Euros verlangt.¹⁴ Diese Strategien versuchen, das alte neoliberale Projekt, den „disziplinierenden Neoliberalismus“ (Gill 1998) zu retten, indem die zweite wesentliche Komponente neben den Eurobonds die Beibehaltung der Austeritätspolitik ist, die sogar noch verschärft und staatlich-repressiv durchgesetzt werden sollen. Dies soll geschehen, indem die Eurobonds mit harten Bedingungen verknüpft werden: mit der Einführung der Schuldenbremse (welche die sozialdemokratische spanische Regierung bereits in voreuseilendem Gehorsam nach einem Staatsbesuch der deutschen Kanzlerin eingeführt hatte¹⁵), sowie der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten und der Durchsetzung von Verwaltungsrationisierungen. Wer diese Auflagen breche, müsse entweder mit dem Ausschluss aus der

14 Süddeutsche Zeitung v. 21.10.2011, Wirtschaft; vgl. auch die Beiträge des Wirtschaftsjournalisten und Beraters Wolfgang Münchau in der *Financial Times* v. 19.09., 24.09., 26.09., 03.10. und 24.10.2011.

15 Antonio Gutiérrez Vegara in *El País* v. 02.09.2011, S. 26. Der Autor, selbst Mitglied des Parlaments und der sozialistischen Partei, beklagt unter anderem, dass es die Regierung vorzog, die Vorgaben von Angela Merkel umzusetzen, während die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten eine gemeinsame Initiative zur Einführung von Eurobonds starteten. Joàn Majo hoffte wohl vergebens, dass die Verfassungsreform der Preis für die Eurobonds gewesen sei, *El País* v. 7.09.2011, Section: Cataluña, S. 2.

Eurozone rechnen¹⁶ oder aber mit automatischen Sanktionen. Weswegen der Präsident der deutschen Arbeitgeber und Vizevorsitzende von BusinessEurope, Dieter Hundt, auch von „Maastricht II“ spricht.¹⁷ Auch diese Strategie verlangt die ‚Stärkung‘ europäischer Institutionen, das heißt, eine Abgabe nationaler Souveränität über Haushalts- und Finanzpolitik. Insbesondere die Überwachung der Haushaltspolitiken aber auch der Eurobonds erfordert Vertragsrevisionen, für die sich europäische Politiker wie der ausgeschiedene EZB-Präsident Jean-Claude Trichet seit Langem einsetzen.¹⁸ Denn „wie Kriminelle sich kaum selbst bestrafen, tun dies auch die Mitgliedstaaten nicht“, so Guy Verhofstadt, der Vorsitzende der Liberalen Demokraten im Europäischen Parlament.¹⁹

3. In einer Reihe von Staaten spielen *national-neoliberale Strategien* eine zentrale Rolle, vor allem in Deutschland, Finnland, Österreich und den Niederlanden.²⁰ Diese zeichnen sich im Wesentlichen durch eine radikale Ablehnung proeuropäischer Krisenlösungen aus. Ihre Abneigung richtet sich insbesondere gegen jede Form von Eurobonds oder einer expansiven Geldpolitik der EZB. Da Vertreter_innen dieser Linie vor allem auf den jeweiligen nationalen Scale fokussieren und an orthodoxen, in der Krise stark irrational-kontraproduktiven neoliberalen Prämissen festhalten, verfügen sie nicht länger über ein eigenes Projekt zur Krisenlösung. Sie reagieren lediglich defensiv-hegemonial und zielen auf die Zerstreuung der proeuropäischen Strategien: Eurobonds kämen einer „Enteignung der deutschen Bevölkerung“ gleich und führten zu einem

16 So der Präsident des Außenhandelsverbands BGA, Anton Börner, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.08.2011, S. 10, Wirtschaft.

17 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29.08.2011, S. 13, Wirtschaft.

18 Financial Times v. 14.10.2011, S. 7.

19 Financial Times v. 17.06.2011, S. 2, übers. d. Verf.

20 Huw Macartney (2009) argumentiert, dass die Vorstellung eines transnationalen neoliberalen Projektes fehl geht und man stattdessen von national unterschiedlich geprägten Projekten ausgehen müsse, die sich kontingent und temporär zu einer transnationalen kapitalistischen Strategie zusammensetzen können.

„Zinssozialismus“.²¹ Zu diesen Akteur_innen gehört an vorderer Stelle die bundesrepublikanische liberale Partei, die gerade durch das Fehlen einer schlüssigen Antwort auf die Krise des Neoliberalismus und durch die nationale Fokussierung in eine Existenzkrise geraten ist. Die Schwäche dieser defensiven Strategie lässt sich auch an dem Rückzug mächtiger neoliberaler Akteure ablesen: Hierzu gehört sowohl EZB-Chefsvolkswirt Jürgen Stark, der ehemalige haushaltspolitische Sprecher und Bundestagsabgeordnete der Grünen, Oswald Metzger, CDU-Steuerexperte Friedrich Merz sowie Ex-Bundesbankchef Axel Weber, der darauf beharrt hatte, dass die Zentralbank alleine für die Geldwertstabilität zuständig sein solle und daher Rettungsschirme, Eurobonds und den Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB strikt abgelehnt hatte.²² Aber auch die Rating-Agenturen sind ein Hindernis bei der Einführung von Eurobonds. So kündigte Standard & Poor's an, Eurobonds, sollten diese eingeführt werden, gemäß des Ratings des 'schwächsten' Mitglieds der Eurozone zu bewerten.²³ Zu den Akteuren dieser Strategien gehören auch die Vertreter der ordoliberalen Schule, wie sie etwa vom deutschen Ifo-Institut unter der Leitung von Hans-Werner Sinn – einem der größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – vertreten wird. Diese lehnen Eurobonds strikt ab, da das Kernstück ordoliberaler Theorie die *Selbstregulierung* der Marktwirtschaft innerhalb eines Ordnungsrahmens ist: Die Wirtschaft soll ein Spiel sein, dessen Spielregeln das Recht festlegt (Foucault 2004: 243). Wenn Banken sich verspekulierten oder Regierungen ihre Haushalte nicht ausgeglichen führten, müssten sie auch die Kosten tragen, bis hin zum eigenen Untergang. Der Staat dürfe sie nicht retten, weil die Möglichkeit seiner unbeschränkten Macht im Keim erstickt werden müsse. Er steht vielmehr bei den deutschen Ordoliberalen unter Autoritarismusverdacht und muss daher grundlegend der Logik des Marktes untergeordnet werden (ebd.: 168), was zu einer paradoxen Staatsauffassung führt: „Die Wirtschaft erzeugt Legitimität für den Staat, der

21 So der FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle während seiner Rede im Bundestag, taz v. 30.09.2011, S. 2.

22 Ulrike Herrmann, taz. v. 12.09.2011, S. 12.

23 Vgl. taz v. 05.09.2011, S. 8.

ihr Garant ist“ (ebd.: 124). Eurobonds führten zu einer starken Belastung der deutschen Steuerzahler, die geradezu in Form von Horrorszenarien beschrieben wird.²⁴ Es werde daher Zeit, „den Geldhahn zu schließen und Krisenländer zu schmerzhaften Reformen zu zwingen“.²⁵ Nach dem Verursacherprinzip sollen diejenigen zahlen, die die Krise verursacht hätten. Das seien neben den peripheren Regierungen vor allem die Anleger – also die Pensionsfonds, Banken und Versicherungskonzerne.²⁶ Die destruktive Wirkungslosigkeit dieser Strategien des ‘Weiter so’ macht zugleich ihre Schwäche aus, da sie nicht in der Lage sind, eine universalisierbare Politik zu formulieren.

4. Eine vierte Variante neoliberaler Suchprozesse bilden schließlich die Strategien der *peripheren Statthalter*. Darunter verstehen wir die Positionen der Regierungen in Staaten in der europäischen Peripherie (Spanien, Portugal, Italien, Irland und Griechenland), die unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit seit langem neoliberale Politiken implementieren und die jetzt durch die Notlage ihrer Staaten in eine politische Abhängigkeit von den beiden großen Mitgliedstaaten Frankreich und Deutschland geraten sind, so dass sie keine eigenständigen Politiken mehr formulieren können. Die politischen Auseinandersetzungen im Zuge der Wahlen im November 2011 in Spanien beschränkten sich beispielsweise auf die Forderung der regierenden Sozialisten, dass die von ihnen durchgesetzte Austeritätspolitik nicht alles sein dürfe, und andererseits auf die Feststellung des rechts-konservativen Kandidaten Rajoy der Partido Popular, dass Austeritätspolitik richtig sei. Letzterer vermied es allerdings, zu erklären, was diese Feststellung konkret heißen könnte. Bezeichnenderweise sind die Staatsspitzen inzwischen entweder von Technokraten eingenommen oder aber, wie im Falle Spaniens, wo die Sozialisten bei den Wahlen die größte Wahlniederlage seit der Einführung der Demokratie erlitten,²⁷ von einem konservativen Regierungschef, der vor seiner Wahl davon sprach, dass seine Regierung, im Unterschied zur Vorgängerregierung, ernsthaft in Brüssel

24 Taz v. 17.08.2011, S. 9.

25 Hans-Werner Sinn, Süddeutsche Zeitung v. 27.10.2011, Wirtschaft.

26 Ders., Süddeutsche Zeitung v. 24.10.2011, Wirtschaft.

27 El País v. 01.12.2011, S. 27.

verhandeln werde, dabei aber jede Aussage darüber vermied, worüber verhandelt werden solle.²⁸

Auch das *national-konservative Projekt* ist massiv in die Krise geraten – nationale Strategien insgesamt sind aufgrund der massiven Turbulenzen und der gleichzeitigen europäischen und globalen Verflechtungen in der Defensive. Es fehlt eine eigene, offensive Vision, wie die Krise überwunden werden könnte. In der BRD ist es vor allem die an der Regierung beteiligte christlich-konservative CSU, welche den „Musterschüler Deutschland“ vor den Effekten der Eurobonds, wie etwa einer höheren Zinslast und Inflationsgefahr, retten will.²⁹ Eurobonds nähmen den Druck der Konsolidierung der Haushalte, so dass die „Schuldenparty“ in Europa weitergehe,³⁰ und führten zudem zu einer „dauerhaften Transferunion“; ein europäisches Finanzministerium beschränke die Mitgliedsstaaten in ihren Souveränitätsrechten.³¹ Europäische Mitgliedsstaaten lebten zu Lasten des „fleißigen“ Deutschlands, und erneut sollten europäische Probleme mit deutschem Geld gelöst werden.³²

Der in der Krise stärker werdende rechte Rand dieses Projekts lässt sich als ‘europäische Teapartybewegung’ bezeichnen. So wirbt der in deutschen Talkshows omnipräsente ehemalige Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, offen für die Gründung einer Anti-Euro-Partei. Er verlangt die Rückkehr zur D-Mark oder die Reduzierung auf einen „Nord-Euro“. In eine ähnliche Richtung argumentieren der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler und der Juraprofessor Albrecht Schachtschneider, beides mehrfache Kläger gegen den Euro, denen sich der ehemalige Thyssenchef Dieter Spethmann³³ angeschlossen hat oder auch der rechtskonservative Verein www.abgeordnetencheck.de.³⁴

28 El País v. 30.10.2011, S. 12.

29 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.08.2011, Politik.

30 Klaus-Peter Flosbach, Union-Finanzexperte, taz v. 23.08.2011, S. 7.

31 So der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, taz v. 20.09.2011, S. 2.

32 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.08.2011, S. 1, Politik.

33 FAZ.net v. 15.07.2011.

34 Taz v. 29.09.2011, S. 3.

Eine wesentlich moderatere Position vertreten hingegen die deutsche Bundeskanzlerin und der noch deutlicher proeuropäisch orientierte deutsche Finanzminister, was ihnen massive Kritik im eigenen Lager einbrachte, insbesondere von der FAZ, die Vertreter_innen dieses Projekts als publizistische Plattform dient.³⁵ Auch mit dem Koalitionspartner der FDP geriet Schäuble in einen massiven Konflikt.³⁶ Öffentlich treten Merkel und Schäuble bisher klar gegen Eurobonds auf und versuchen den Wettbewerbsvorteil der BRD auf Kosten der Krisenstaaten zu erhalten. Zugleich betonen sie aber das „politische Glück eines vereinten Europas“ sowie die Bedeutung der EU-Staaten für die deutsche Exportwirtschaft.³⁷ Auch aus diesem Grund haben sie sich wohl moderaten Reregulierungsvorschlägen aus dem autoritär-neoliberalen Lager gebeugt. Merkels Position scheint insgesamt eher pragmatisch geprägt zu sein, so dass auch denkbar ist, dass sie Eurobonds akzeptiert, wenn die Krise weiter eskaliert und die Bonds an eine strikte Austeritätspolitik gekoppelt werden.

Die europäische Krise stellt eine historische Gelegenheit für das proeuropäisch-soziale Projekt dar. Zur selben Zeit ist das *national-soziale* Projekt aufgrund der Ineffektivität nationaler Strategien in der Euro-Krise fast abwesend. Einige Akteure, die oft innerhalb der national-sozialen Strategien agieren, stärken in den aktuellen Auseinandersetzungen das *proeuropäisch-soziale* Projekt, das zumindest argumentativ offensiv vorgeht und das zentrale Gegenprojekt zu allen anderen Hegemonieprojekten aufweist: innereuropäische und klassenspezifische Umverteilungspolitiken. Das Argument lautet, dass die Staatsschuldendebatte den Blick auf „die eigentlichen Probleme“ verstelle, denn diese bestünden in der ungleichen Entwicklung Europas. Seit einem Jahrzehnt seien die deutschen Löhne und Lohnstückkosten nicht gestiegen, was zum einen zur Schwächung der deutschen Arbeitnehmer_innen und zum anderen zu einer Lohnkonkurrenz innerhalb Europas führe, die die heutige Krise verursacht habe. Um dem entgegen zu wirken, müsse vor allem der Niedriglohnsektor ‘ausgetrocknet’ und das Tarifsystem wieder gestärkt werden. Erst an zweiter Stelle steht die Forderung nach

35 Vgl. dazu etwa Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 21.08.2011, S. 32.

36 Taz v. 19.09.2011, S. 2.

37 Taz v. 07.09.2011, S. 3.

einer europäischen Wirtschaftsregierung und Eurobonds, um die vorrangige Strategie der Umverteilung zu stützen, so Dierk Hirschel, DGB-Chefvolkswirt und Klaus Busch, europapolitischer Berater von ver.di.³⁸ Auf der politischen Ebene fordert in der BRD vor allem die Linkspartei sowohl die Verstaatlichung von Banken, damit diejenigen, die für die Schulden aufkommen, die Steuerzahler_innen, auch „sagen, wo es langgeht“, als auch öffentliche Anleihen der EZB, damit diese ohne private Vermittler das Geld direkt und wesentlich günstiger an die „notleidenden Mitgliedsstaaten“ weiterleiten könne.³⁹

Ein weiterer Kernbestandteil dieser Strategien ist die Forderung nach einer Umverteilung des Vermögens. So seien es vor allem die Vermögenden, die von den Rettungspaketen der Staaten profitiert hätten. Daher solle man diese belasten und nicht die Armen und Rentner. Im Unterschied zu den Vermögenden, die eine sehr hohe Sparquote haben, so wird argumentiert, geben letztere zusätzliches Geld sofort aus und stärken so die Nachfrage. Anstatt die an den „Kapriolen des Finanzsystems unbeteiligte Mehrheit der BürgerInnen“ weiter mit Bürgerschaftsverpflichtungen zu belasten, sollten „Zwangsanleihen für Vermögende und Einkommensstarke“ eingeführt werden. Die Akteure des neoliberalen Hegemonieprojekts, „die Aktionäre und Manager des Finanzsektors selbst“, sollten, so könnte man diese Position zusammenfassen, „Wiedergutmachung leisten“.⁴⁰ Es wird auf den New Deal unter Roosevelt hingewiesen, der die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 79 Prozent durchsetzte, um die USA aus der Rezession zu führen. Insofern brauche es einen „neuen New Deal“ und eine Finanztransaktionssteuer.⁴¹ Zugleich wenden sich diese Akteur_innen gegen die neoliberale Sparlogik, welche die Lage in den südlichen Ländern nur verschlimmere, sowie gegen die massive Entdemokratisierung Europas durch die autoritär-

38 Taz v. 10.10.2011, S. 12.

39 Klaus Ernst, einer der beiden Vorsitzenden der Linkspartei, taz v. 19.10.2011.

40 So der grüne Flensburger Wirtschaftsprofessor und Mitglied des Instituts Solidarische Moderne, Gerd Grözing, taz v. 20.10.2011, S. 2. Ähnlich Heinz J. Bontrup, Prof. für Wirtschaftswissenschaften an der FH Gelsenkirchen und Mitglied in der Memorandum-Gruppe, taz v. 18.08.2011, S. 12.

41 So die taz –Wirtschaftsredakteurin Ulrike Herrmann, S. 14.

neoliberalen Strategien.⁴² Den radikal linken Rand dieses Projekts stellen Akteure_innen, die – wie etwa der slowenische Philosoph und Psychoanalytiker Slavoj Žižek, der US-amerikanische Humanograph David Harvey oder aber auch der Schriftsteller Günter Grass – die Krise des Kapitalismus als solche, und nicht nur der neoliberalen Variante, herausarbeiten.⁴³

Das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt verfügt damit über ein eigenes, durch einen klaren Bruch von allen anderen Projekten abgegrenztes, hegemoniefähiges Projekt, das allerdings aufgrund der ökonomischen und institutionellen Schwächung seiner Akteur_innen nicht in gleicher Weise schlagkräftig ist wie die neoliberalen Akteure. So kommt es vor allem in auflageschwächeren linken bis linksliberalen Zeitschriften zu Wort. Es verfügt jedoch zur Zeit über den Vorteil, ein relativ kohärentes, offensives Projekt zu verfolgen, im Unterschied zu den ausfasernden Strategien des neoliberalen Hegemonieprojekts.

Schließlich lässt sich eine konturierte Strategie des *linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts* ausmachen. Es setzt, anders als die anderen Projekte, nicht auf ökonomische Lösungen, sondern auf politische. Seine wesentlichen Beiträge finden sich nicht auf den Wirtschaftsseiten der europäischen Tageszeitungen, sondern zumeist im Feuilleton. Dies entspricht seiner sozialstrukturellen Verwurzelung in den postmateriellen, gebildeten Schichten. Die scheinbar ökonomische Krise sei in Wahrheit eine politische Krise, so der Schriftsteller Nerman Kermani.⁴⁴ Es sei die Reduzierung Europas auf die Ökonomie, die selbst die Ursache für die Krise sei, Krise verstanden als Schwäche der europäischen Institutionen. Die „zweihundertjährige europäische Einigung“ sei im Kern ein politisches, in ihrem Ursprung ein geschichtsphilosophisches Projekt, das Projekt eines Jean Monnet, eines Robert Schumann, aber auch eines Victor Hugo und Stefan Zweig, eines Immanuel Kant und der französischen Aufklärung. Das reale Europa basiere jedoch auf einer schwachen verfassungsrechtlichen und demokratischen Basis ohne politisches Bewusstsein. Es sei ein illiberales, welches mit Diktatoren paktiere und Flüchtlingsrechte missachte und dadurch den „idealistischen europäischen Gedanken“ verrate: die „Idee einer

42 Detlef Wetzels, Vizechef der IG-Metall, taz, v. 07.10.2011, S. 7.

43 taz v. 8. 10.2011, S. 6; v. 01.10.2011, S. 24.

44 Süddeutsche Zeitung v. 24.10.2011, Feuilleton.

gerechteren Welt“. Notwendig sei, dass das Europäische Parlament die vollständigen Rechte eines Parlaments erhalte, um sich so auf den Weg „in die Vereinigten Staaten von Europa“ zu begeben.⁴⁵ Auf einer ähnlichen Basis argumentiert auch die ‘Spinelli-Gruppe’, die im Herbst 2010 in Anlehnung an das historische Vorbild aus den 1980er Jahren wiedergegründet wurde. Die parteiübergreifenden Mitglieder der Gruppe des Europäischen Parlaments fordern in der Krise visionäre Pläne für ein föderales und postnationales Europa.⁴⁶ Die fehlende ökonomische Kompetenz dieses Projekts ist seine zentrale Schwäche, da ein föderales Europa in der Krise nur dann eine Chance auf Realisierung hat, wenn es zugleich eine überzeugende Antwort auf die Fakten schaffenden Strategien der europäischen neoliberalen Eliten hat.

Auffällig ist, dass kein Hegemonieprojekt die Auswirkungen der EU-Krise auf periphere Drittländer oder auf die Care-Ökonomie thematisiert. Demgemäß sind die Lösungsvorschläge fast ausschließlich auf die Institutionen des Finanz- und Industriekapitalismus im globalen Norden fixiert. Schließlich bleibt anzumerken, dass sich nicht alle Strategien in Hegemonieprojekten verdichten, sondern nur diejenigen, die universalisierbare Positionen vertreten, die in zivilgesellschaftliche und politische Institutionen eingehen sollen. Angesichts der Ohnmacht der Regierungen in der südlichen europäischen Peripherie ist die Mehrheit der Subalternen von realistischen politischen Veränderungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Die sozialen Bewegungen, die vor diesem Hintergrund entstehen, etwa die Indignados in Spanien (vgl. den Beitrag von José Manuel Romero in diesem Band) oder auch die Bewegung des Synthagma-Platzes in Athen, verfolgen mit ihrer Forderung nach realer Demokratie und dem Verschwinden aller Politiker_innen – ähnlich wie bei den Aufständen in Argentinien 2001/2002 – eine nicht hegemoniale Politikform. Relevante Teile der Bewegung setzen auf das ganz Andere, auf das Neue, auf die Demokratie im Kommen, auf die zukünftige Bürgerschaft. Die repressiven Staatsapparate reagieren darauf mit Zwangselementen, die bekanntermaßen nach Gramsci der Panzer der hegemonialen Politiken sind, insbesondere im Ausnahmezustand.

45 Hannes Koch, taz v. 05.09.2011, S. 12.

46 Taz v. 05.08.2011, S. 4.

4. Die demokratische Frage

„Wenn alles vorbei ist, muss wieder von Neuem über Demokratie gesprochen werden.“

El País v. 30.11.2011, Übers. d. Verf.

Welche Konstellation von Hegemonieprojekten sich durchsetzen wird, welches Staatsprojekt sich dabei herausbildet, und wie dies das institutionelle Gefüge des europäischen Staatsapparate-Ensembles verändern wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorhersehbar. Aufgrund der labilen und fragmentierten inneren Struktur des europäischen Staatsapparate-Ensembles lässt sich nicht einmal sagen, ob das europäische Staatsprojekt die Krise überlebt. Die ungeklärte Hierarchie zwischen den unterschiedlichen räumlichen Bezugsebenen führt dazu, dass nicht nur um die Frage, wie die Krise gelöst werden soll, gerungen wird, sondern auch darum, auf welcher Ebene. Das Fehlen einer europäischen Zivilgesellschaft macht die EU zudem besonders anfällig für wirtschaftliche Krisen, weil sie – sieht man von der ökonomischen Notwendigkeit ab – kaum eine andere Legitimitätsquelle besitzt. Ein Vergleich der Wachstumsraten mit der Akzeptanz der EU in der Bevölkerung weist eine deutliche Parallele auf: Sinken die Wachstumsraten in der EU, dann nimmt in der Regel auch ihre Akzeptanz bei der Bevölkerung ab (Hix 2008: 53). Die Entscheidungsverfahren innerhalb der EU verkomplizieren die politische Reaktion zusätzlich. Benötigt wird die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten in den Gesetzgebungsverfahren, zudem eine Mehrheit innerhalb der Kommission und im Mitentscheidungsverfahren: eine Mehrheit im Parlament. Im Anschluss müssen die Richtlinien und Verordnungen die Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof überstehen (ebd.: 75). In einer Konstellation, in der das hegemoniale Projekt an Plausibilität verliert, wird diese Prozedur zu einer immer höheren Hürde – für alternative Projekte scheint sie geradezu unüberwindbar.

Aufgrund der Strategien und Taktiken sowie der sozialstrukturell verorteten Ressourcen der jeweiligen Projekte hat eine Allianz zwischen den proeuropäisch-neoliberalen und den autoritär-neoliberalen Strategien sowie dem moderaten Flügel des national-konservativen Projekts gewisse Erfolgsaussichten. Dies auch deswegen, weil Teilforderungen des proeuropäisch-sozialen und des linksliberal-

alternativen Projekts (nach Eurobonds und vertiefter europäischer Integration) aufgegriffen werden könnten.

Sollte die Krise weiter eskalieren, ist aber auch nicht auszuschließen, dass sich aus den national orientierten Teilen des neoliberalen Projekts, dem national-konservativen Projekt und eventuell aus Teilen des national-sozialen ein neues rechts-nationales Projekt zusammensetzt, das in den Mitgliedstaaten vom Zerfall der EU profitieren könnte. Schon jetzt sind in einigen Staaten der EU solche Tendenzen zu beobachten (siehe hierzu auch Institut für Gesellschaftsanalyse 2011: 13 f.).

Ein emanzipatives Projekt muss sich der Gefahr, die von diesen beiden möglichen Reaktionen auf die Krise ausgeht, bewusst sein. Um wirkungsmächtig zu werden, müsste ein solches Projekt verschiedene gesellschaftliche Strömungen bündeln. Es müsste die ökonomischen Forderungen des proeuropäisch-sozialen mit den postnationalen und demokratietheoretischen Positionen des linksliberal-alternativen Projektes verbinden und sich zugleich auf die in diesem Politikfeld Ausgeschlossenen stützen: die sozialen Bewegungen außerhalb. Diese Allianz würde zudem dadurch unterscheidbar, dass sie die in hohem Maße geschlechtsspezifische Fokussierung auf marktvermittelte Tätigkeiten und Geldströme zugunsten einer makroökonomischen Perspektive aufgibt, die auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit setzt. Schließlich könnte sie mit einer Konzeption zur Reskalierung der Sozialpolitik auch das bisher inaktive national-soziale Hegemonieprojekt zu integrieren versuchen. Auf diese Weise ließen sich unterschiedliche Ressourcen verbinden, so dass es möglich wäre, eine Gegenkraft zum zur Zeit ideologisch geschwächten neoliberalen Hegemonieprojekt aufzubauen, bevor sich eine neue herrschaftliche Konstellation stabilisiert hat.

Ein solches Projekt würde vor der Aufgabe stehen, die Macht der Finanzindustrie und der transnationalen Konzerne zu brechen, oder wenigstens das Kräfteverhältnis zugunsten der Subalternen zu verschieben. Gelingt dies nicht, wird sich der Angriff auf die noch verbliebenen demokratischen Strukturen weiter verschärfen (vgl. den Beitrag von Oberndorfer in diesem Band). Das Staatsprojekt Europa ist in seiner inneren Struktur, die zu einer Distanzierung der Bevölkerung von den Entscheidungszentren führt, grundlegend undemokratisch verfasst. Ein zentraler Angriffspunkt eines neuen Projektes müsste daher die Forderung nach 'realer Demokratie' sein, so wie sie in Spanien und Griechenland und der globalen Occupy-

Bewegung schon formuliert wird. Es muss klar sein, dass die neoliberalen Protektorate in Europas Peripherie nur der Anfang sind, und dass sich die Austeritätspolitik auch im Norden verschärfen wird.

In der demokratischen Frage laufen tatsächlich die unterschiedlichen Stränge alternativer Projekte zusammen. Sie muss gewissermaßen der Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Krise und zugleich zu einer Krisenlösung sein, die nicht zu Lasten der Subalternen geht. Voraussetzung hierfür wäre eine grundlegende Demokratisierung der Struktur der EU. Der Kampf um Demokratie schließt die Forderung nach einer Umkehr der Umverteilung von unten nach oben ein, weil die extremen sozialen Ungleichheiten als Resultat von dreißig Jahren „Klassenkampf von oben“ (Resch/Steinert 2011: 126) Demokratie, wie heute zu beobachten ist, nicht nur in ihrer bürgerlichen Form untergraben, sondern erst recht der historischen Möglichkeit substantieller, „realer Demokratie“ diametral entgegenstehen.

Aber auch das kann nur der Anfang sein; es wird immer deutlicher, dass nur ein grundlegender Wandel Aussicht auf Erfolg hat. Die Krisen-Zyklen werden kürzer, und eine neue dauerhafte Wachstumsphase scheint illusorisch. Aber selbst wenn es gelänge, für eine gewisse Zeit ökonomisches Wachstum zu generieren, führt die kapitalistische Wachstumsdynamik unweigerlich zu immer tieferen ökologischen und sozialen Verwerfungen. Erfahrungsgemäß profitiert ohnehin nur eine Minderheit davon, vor allem aber werden die katastrophischen Auswirkungen ökonomischen Wachstums immer offensichtlicher. Die imperiale Lebensweise in den Metropolen (Brand 2008) ist nicht verallgemeinerbar, ohne ganze Weltregionen der Verwüstung preiszugeben. Über die Kosten des zunehmenden Raubbaus an Mensch und Natur muss gesellschaftlich diskutiert werden, und hierbei müssen insbesondere diejenigen zu Wort kommen, die davon betroffen sind. Mit anderen Worten: Die Forderung nach Demokratie kann weder national noch europäisch beschränkt bleiben.

Es ist kaum zu erwarten, dass sich diese Einsichten in einem möglichst breit angelegten emanzipatorischen Projekt kurzfristig durchsetzen können. Eine Verschiebung von gesellschaftlichen und institutionellen Kräfteverhältnissen könnte aber den Raum für eine ernsthafte Diskussion öffnen. Eine solche Verschiebung ist ohnehin nur denkbar, wenn sich, wie angedeutet, neue gesellschaftliche Allianzen bilden und sich die Kämpfe gegen die aktuelle Krisen-

bearbeitung nicht nur in Europa, sondern auch global ausdehnen und sie ihre 'Systemrelevanz' praktisch unter Beweis stellen. Auch wissenschaftspolitisch wäre eine Demokratisierung notwendig, um die Zensur gesellschaftskritischer Perspektiven in den wissenschaftlichen Medien sowie in den Hochschulen zu beenden. Dies beinhaltet auch die Ablösung der neoklassisch dominierten und institutionell immunisierten Wirtschaftswissenschaften als Leitwissenschaft (vgl. PROKLA 2011).

Der Kampf für Demokratie muss also der Ausgangspunkt sein für eine Transformation – für einen radikalen Reformismus, der darauf abzielt, die bestehenden Kräfteverhältnisse so zu verschieben, dass die Kämpfe um Emanzipation weiter voran getrieben werden können.⁴⁷

Literatur

Altwater, Elmar (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster.

Apeldoorn, Bastiaan van (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren. Der European Round Table of Industrialists, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, 189-221.

– (2002): *Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration*, London.

– (2009) „The contradictions of ‘embedded neoliberalism’ and Europe’s multilevel legitimacy crisis: the European project and its limits“, in Bastiaan van Apeldoorn, Jan Drahoukoupil, Laura Horn (eds): *Contradiction and Limits of Neoliberal European Governance – From Lisbon to Lisbon*. London, 21-43.

Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. Eine Problemskizze, in: *Das Argument* 217, 729-740.

Bieling, Hans-Jürgen (2003): Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsformen, in: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hg.): *Eurokapitalismus und globale politische Ökonomie*, Hamburg.

– (2009): Neuer Staatsinterventionismus? Brüche und Kontinuitäten im marktliberalen Diskurs, in: *Widersprüche* (Zürich) 57, 41-52.

47 Für weiterführende Kritiken danken wir Nikolai Huke, Joachim Hirsch, Dana Lüddemann, Lukas Oberndorfer, Ela Rojas und Sebastian Wolff.

- Bieling, Hans-Jürgen/Steinbilber, Jochen* (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: Dies. (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, 102-130.
- Brenner, Robert* (2004): *New State Spaces*, Oxford und New York.
- Brand, Ulrich* (2008): 'Umwelt' in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik, in: *Widerspruch* (Zürich) 54, 139-148.
- (2009): Staatsstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus. Ein 'neo-poulantzianischer' Ansatz der IPÖ, in: Hartmann, Eva/Kunze, Caren/Brand/Ulrich (Hg.): *Globalisierung, Macht und Hegemonie*, Münster, 212-241.
- (2011). *State, Context and Correspondence. Contours of a Historical-Materialist Policy Analysis*. Unveröffentlichtes Manuskript, Wien.
- Buckel, Sonja* (2011): Staatsprojekt Europa, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 52, 4, 636-62.
- Gramsci, Antonio* (1991 ff.): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Hrsg. v. Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz, Hamburg/Berlin.
- Cox, Robert W.* (1981): 'Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory', in: *Millennium: Journal of International Studies*, 10,2, 126–55.
- Foucault, Michel* (2004): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Vorlesung am Collège de France 1978-1979, Frankfurt am Main.
- Gill, Stephen* (1998): *European Governance and New Constitutionalism. Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe*, in: *New Political Economy*, 3, 1, 5-26.
- Héritier, Adrienne* (1999): *Policy-Making and Diversity in Europe. Escaping Deadlock*, Cambridge.
- Hirsch, Joachim* (1994): *Politische Form, politische Institutionen und Staat*, in: Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): *Politik, Institutionen und Staat Hamburg*.
- (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin.
- Institut für Gesellschaftsanalyse* (2011): *Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte*, Thesen, August, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf, letzter Zugriff am 06.01.2012.
- Jessop, Bob* (1990): *Accumulation Strategies, State Forms and Hegemonic Projects*, in: Ders.: *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*, Pennsylvania, 196-219.
- (2008): *State Power. A Strategic-Relational Approach*, Cambridge.
- Kannankulam, John* (2006): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*, Hamburg.

- Kannankulam, John/Georgi, Fabian* (2011): Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das 'Staatsprojekt Europa'. Arbeitspapier der Forschungsgruppe Europäische Integration, Nr. 30, Phillips-Universität Marburg.
- Kohlmorgen, Lars* (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus, Münster.
- Macartney, Huw* (2009): Variagated Neo-Liberalism: Transnationally Oriented Fractions of Capital in EU Financial Market Integration, in: *Review of International Studies* 35, 451-480.
- Mandel, Ernest* (1967): International Capitalism and 'Supra-Nationality', in: *Socialist Register*, 27-41.
- (1968): Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt am Main.
- Neyer, Jürgen* (2005): Die Krise der EU und die Stärke einer deliberativen Integrations-theorie, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2, 12, 377-382.
- Offe, Claus* (1969): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: *Kress, Gisela/Senghaas, Dieter* (Hg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt am Main, 135-164.
- Opratto, Benjamin/Prausmüller, Oliver* (Hg.) (2011): Gramsci Global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg.
- Pieper, Marianne, Efhimia Panagiotidis and Vassilis Tsianos* (2011): Konjunkturen der egalitären Exklusion. Postliberaler Rassismus und verkörperte Erfahrung in der Prekarität, in: *Pieper, Marianne/Atzert, Thomas/Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis* (Hg.): *Biopolitik in der Debatte*, Wiesbaden, 193-226.
- Poulantzas, Nicos* (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*, Hamburg.
- PROKLA* (2011): Kritik der Wirtschaftswissenschaften, *PROKLA* 164, Nr. 3.
- Resch, Christine/Steinert, Heinz* (2011): *Kapitalismus*, Münster.
- Sauer, Birgit* (2001): Vom Nationalstaat zum europäischen Reich? Staat und Geschlecht in der Europäischen Union, in: *Feministische Studien* 1, 8-20.
- Schwenken, Helen* (2008): *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme*, Bielefeld.
- Statz, Albert* (1979): *Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration*. Frankfurt am Main.
- Walpen, Bernhard* (2004): *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*, Hamburg.
- Wissel, Jens* (2007): *Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen*, Baden-Baden.

- (2010): Stichwort: Kräfteverhältnisse, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 7 II, herausgegeben von Haug, Wolfgang Fritz et al., Sp. 1941-1955.
 - (2011): Staatsprojekt Europa. Zur Rekonfiguration politischer Herrschaft, in: Eurostudia. Transatlantische Zeitschrift für Europafor- schung 7, 1-2, 133-154.
- Wissen, Markus* (2008): Internationalisierung, Naturverhältnisse und Politics of Scale. Zu den räumlichen Dimensionen der Transfor- mation des Staates, in: Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik, Münster.
- Wolff, Sebastian* (2010): Die Transnationalisierung des Staates. Interio- risierte Transformation und die (Un-)Möglichkeit staatlicher Regu- lation. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main.
- Young, Brigitte/Schuberth, Helene* (2010): The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender, Gar- net Policy Brief, 10.
- Ziltener, Patrick* (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster.

Lukas Oberndorfer

Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?¹

„Zwar weicht [in der post-fordistischen Phase des Kapitalismus, L.O.] die rechtlich-politische Ideologie des Allgemeinwohls einer technokratischen Ideologie der Effizienz, des ökonomischen Fortschritts, des Überflusses und des Wohlstands. Als inneres Bindeglied [...] kann diese Ideologie aber nur funktionieren, wenn der ökonomische Prozess den Anschein einer gewissen technischen Neutralität beibehält und dies wird immer schwieriger. Die technokratische Ideologie eines Staates als dem Garant von Leistung und Wohlstand – die Begründung des nachkeynesianischen Staates – wird durch die ökonomische Krise [...] radikal in Frage gestellt.“ (Poulantzas 1978/2002: 271)

Mit diesen Worten beschreibt Nicos Poulantzas 1978 die anhaltende Krise der „alten“, fordistischen Gesellschaftsformation. Die in seinem Hauptwerk „Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus“ vorgenommene Theoretisierung gesellschaftlicher Prozesse in großen Krisen des Kapitalismus lässt sich mit überraschend wenigen Anpassungen zur Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen in Europa heranziehen.

Die sich zunehmend entfaltende, größte Krise des Kapitalismus seit den 1930er-Jahren lässt die imaginativen Bilder des Neoliberalismus verblassen und die Ausstrahlungskraft seiner im Rahmen der Europäischen Union (EU) durchgesetzten Projekte (Bieling/Steinhilber 2000: 106 ff.) schwinden. Dadurch schlittert die auf *Konsens* beruhende wettbewerbsstaatliche Integrationsweise (Ziltener 1999: 135) zunehmend in eine tiefe *Hegemoniekrise* (Gramsci 1996: 1577 f.). Dies wird spätestens dann deutlich, wenn sich die „organischen Intellektuellen“ (Gramsci 1996: 1577 f.) der herrschenden Ideologie, denen gerade die Aufgabe der ständigen Universalisierung und Erneuerung dieser Denkweise zukommt, von ihren bisherigen Glaubenssätzen absetzen. Diskursfragmente wie „The left might actually

1 Für bereichernde Anregungen und Diskussionen danke ich Andrea Kretschmann und Oliver Prausmüller.

be right“ (Moore 2011), „Im bürgerlichen Lager werden die Zweifel immer größer, ob man richtig gelegen hat, ein ganzes Leben lang“ (Schirmacher 2011) oder „[Es ist zu] spüren, dass etwas zu Ende geht und etwas Neues beginnt“ (Fleischhacker 2011), repräsentieren daher weit mehr als einen Sturm im Wasserglas des Feuilletons.

Aber die Krise lässt nicht nur die Ausarbeitung einer „Weltauffassung“ (Gramsci 1992: 719) und von „Europabildern“ ins Stocken geraten, sondern durchzieht auch das *zweite Moment* konsensualer Herrschaft: Die Bankenrettungspakete und die sinkenden Einnahmen durch die Rezession haben die Schuldenstände explodieren lassen und damit die Spielräume für „materielle Zugeständnisse“ massiv verkleinert. Nach und nach geraten die Subalternen der EU-Mitgliedstaaten in den Fokus von Austeritätsprogrammen, die durch das europäische Staatsapparate-Ensemble (Buckel/Wissel 2009) verordnet und notfalls durch die Interiorisierung seiner Verwalter² durchgesetzt werden. Doch im Gegensatz zu den neoliberalen Sparpakten im Zuge der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) werden diese Einschnitte weder durch den aktiven, noch durch den passiven Konsens (Gramsci 1992: 481) der Bevölkerung getragen: Der Syntagma-Platz in Athen, die Puerta del Sol in Madrid und der Stadtteil Tottenham in London, die emblematisch für eine Renaissance der Kämpfe in Europa stehen, befinden sich nicht zufällig in jenen Ländern, in denen bisher die härtesten Austeritätsmaßnahmen gesetzt wurden. Das gegen diese Kämpfe „institutionelle Präventivdispositive“ (Poulantzas 2002: 238) in Stellung gebracht werden, ist unübersehbar. So meinte der britische Premier im Anschluss an die Aufstände in London: „Wir brauchen einen Gegenschlag [...]. Was auch immer die Polizei für nötig hält, wird ihr vom Gesetzgeber auch zur Verfügung gestellt.“³ In Griechenland sah sich die Regierung angesichts des Generalstreiks in einem „Krieg“ gegen die Gewerkschaften, in dem sie „für das Land siegen müsse.“⁴ Und deutschsprachige Zeitungen paraphrasieren

2 Z.B. von Mario Monti in Italien (ehemaliger Wettbewerbskommissar und Preisträger der von Hayek-Stiftung) und Loukas Papadimos in Griechenland (ehemaliger Vizepräsident der EZB).

3 Spiegel-Online, Cameron droht Randalierern mit Gegenschlag, 10.08.2011.

4 Süddeutsche Zeitung, Papandreou sieht Griechenland im „Kriegszustand“, 19.10.2011.

Carl Schmitt, den Theoretiker des NS-Ausnahmestaates, wenn sie „eine alternative Gesellschaftsform zur Demokratie“⁵ einfordern. Die *hegemoniale* Phase des Neoliberalismus scheint nun auch im imperialen Zentrum an ihr Ende zu kommen. Zur Aufrechterhaltung der herrschenden Machtverhältnisse soll notfalls Zwang die wegbrechende Zustimmung ersetzen. Gramsci hat vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre diese Konstellation treffend als Interregnum beschrieben: „Wenn die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, das heißt nicht mehr „führend“, sondern einzig „herrschend“ ist, Inhaberin der reinen Zwangsgewalt, bedeutet das gerade, daß die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, woran sie zuvor glaubten usw. Die Krise besteht gerade in der Tatsache, daß das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann [...]“ (Gramsci 1991: 354).

Nichts verdeutlicht den Umstand, dass der Neoliberalismus trotz des zunehmenden Verlustes seiner „führenden“ Qualität noch absolut „herrschend“ ist, deutlicher als die im Herbst 2011 beschlossene „Economic Governance“. Mit dem in der Sprache des zeitgenössischen Körperkultes (Kreisky 2001: 38) auch als „Sixpack“ bezeichneten Paket aus sechs Rechtsakten wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt der WWU verschärft⁶ (Europäische Schuldenbremse) und durch ein Verfahren zur wettbewerblichen Restrukturierung⁷ ergänzt. Zugespitzt geht es um „austerity forever“⁸: die derzeitigen Austeritäts- und Restrukturierungsprogramme der „Problemstaaten“ sollen auf alle Mitgliedstaaten ausgedehnt und durch ihre Verrechtlichung auf Dauer gestellt werden. Um die Maßnahmen, auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen, werden repressive Momente in Form von Geldbußen vorgesehen. Damit wird das europäische Staatsapparate-Ensemble in die Lage versetzt, auf nationalstaatlicher Ebene verbliebene, teilweise verfassungsrechtlich gewährleistete soziale Rechte autoritär zu schleifen. Wie im Folgenden näher dargelegt werden soll, bietet

5 Pils/Schröter, Wir sind zunächst am Ende, Berliner Zeitung v. 5.11.2011.

6 Verordnung (VO) 1175/2011 und 1173/2011 v. 16.11.2011.

7 VO 1176/2011 und 1174/2011 v. 16.11.2011.

8 CEO, Austerity forever, www.corporateeurope.org/publications/austerity-forever (20.12.2011).

das geltende Primärrecht – die Europäischen Verträge – keinerlei Rechtsgrundlage für diese Maßnahmen. Nicht zuletzt dieser Umstand deutet an, dass in Europa eine autoritäre Wende begonnen hat.

Die „Economic-Governance“ ist, so die hier vertretene These, eine zentrale Initiative in den Suchbewegungen für eine neue Integrationsweise der EU. Auch wenn sich deren konkrete Form noch nicht bestimmen lässt, zeichnen sich bereits erste Umrisse ab: Die Bearbeitung der multiplen Krise des Kapitalismus wird durch ein massives Eingreifen des europäischen Staatsapparate-Ensembles beantwortet. Letzteres weist jedoch im Vergleich zum Nationalstaat eine wesentlich stärkere Fragmentierung und Widersprüchlichkeit auf. Die ungebrochene Fortsetzung der doppelten, also nach innen und außen gerichteten, wettbewerblichen Weltmarktintegration der EU bei gleichzeitigem Verlust des neoliberalen Konsenses lassen die zentripetalen Kräfte repressiver Herrschaftstechniken als Lösungsoption erscheinen. Die sich darüber abzeichnende neue Integrationsweise kann daher als *autoritärer Wettbewerbssetatismus* beschrieben werden.

Zur Analyse dieser Entwicklungen stütze ich mich auf die Theorie von *Nicos Poulantzas*. Im folgenden Abschnitt werde ich daher zentrale Aussagen des griechisch-französischen Theoretikers im Kontext der gegenwärtigen Krise in Europa re-konstruieren (I.), um diese in einem weiteren Schritt auf die Analyse der „Economic Governance“ anzulegen (II.). Als Gradmesser für die autoritäre Wende dient mir in einigen Argumenten die Rechtsform. Dies ergibt sich zum einen aus dem empirischen Gegenstand und zum anderen aus dem Umstand, dass die juristische Ausbildung von *Nicos Poulantzas* – ein Aspekt seines Denkens der in der Rezeptionsgeschichte bemerkenswert vernachlässigt wird (Jessop 1985: 322) – seinen Blick für das Recht als relational autonomes Artikulationsfeld gesellschaftlicher Entwicklungen geschärft hat. Der Beitrag mündet in Schlussbetrachtungen und Überlegungen zu den Perspektiven emanzipatorischer Kämpfe (III.).

I. Der Autoritäre (Wettbewerbs-)Etatismus

Poulantzas' 1978 erstmals veröffentlichte „Staatstheorie“ erschien im Anschluss an die Rezession der 1974/75 Jahre – der bis zu diesem Zeitpunkt größten Weltwirtschaftskrise seit 1929 ff. Dem folgte 1977 nach kurzer Erholung ein erneuter Abschwung. Die

Beobachtungen von Poulantzas vollzogen sich aber nicht nur vor der Hintergrundfolie eines „Double-Dip“, welcher der Verlaufsförmigkeit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung gleicht, sondern konnten auch schon die politischen Rückkopplungen der ökonomischen Krise einbeziehen: „Die gesamte gegenwärtige Phase ist durch das bemerkenswerte Anwachsen der generischen Elemente der politischen Krise und der Krise des Staates gekennzeichnet, ein Anwachsen, das mit der ökonomischen Krise des Kapitalismus verbunden ist“ (Poulantzas 2002: 253).

Gleichzeitig verband sich die Krise – ähnlich wie heute – mit einem 1968 beginnenden Kampfzyklus, welcher dem ökonomischen Abschwung vorausgegangen war und dem „gesellschaftlichen Konsens“ für die fordistische Gesellschaftsformation tiefe Risse zugefügt hatte (ebd.: 240). Poulantzas betont in diesem Zusammenhang auch die Vielschichtigkeit von Herrschaftsverhältnissen, indem er hervorhebt, dass „der Kapitalismus nicht die Wurzel allen Übels ist“ (ebd.: 236). Ein Beitrag der Linken zu einer umfassenden gesellschaftlichen Emanzipation hätte zur Voraussetzung, dass sie ihr Gerede von der „zweiten Front“, also das Denken in Nebenwidersprüchen zum Hauptwiderspruch Kapital–Arbeit, aufgabe und die Frauenbewegung und migrantische Kämpfe ernst nehme (240). Poulantzas hatte also parallel zu Foucault erkannt, dass „der Kampf gegen die Formen der Subjektivierung, gegen Unterwerfung durch Subjektivität zunehmend wichtiger [wird], auch wenn die Kämpfe gegen Herrschaft und Ausbeutung nicht verschwunden sind, im Gegenteil“ (Foucault 1987: 247). Diese Erkenntnis verspielt Poulantzas jedoch, wenn er diese unterschiedlichen Formen der Unterwerfung durch die von ihm gebrauchten Begriffe „Volkskämpfe“ und „Volksmassen“ (etwa Poulantzas 2002: 214 f.) wieder homogenisiert – auch wenn er damit an die populären Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus anknüpft und keine nationalistische Naturalisierung betreiben möchte, die er mit dem Begriff des „Volkes als Nation“ überzeugend kritisierte (ebd.: 123-154).

Um unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse und ihre Überkreuzungen, nicht aus dem Blick zu verlieren, verwende ich im Weiteren daher das Konzept der Subalternen. Denn zum einen arbeitet Gramsci in seiner Prägung des Begriffes heraus, dass Subalternität *ein Effekt der Hegemonie* ist. Als solche beruht sie nicht nur auf der Unterordnung mittels Zwang sondern ist auch Ergebnis der produktiven Macht der Ideologie, die sich in Subjekte und ihre

Lebensweisen einschreibt. Zum anderen hält die Begriffsherkunft (lat. *subalternus* = untergeordnet) wach, dass Subalternität durch *Prozesse* und *Verhältnisse* der Unterordnung entsteht. Dabei kann der Begriff „Subalterne“ im Gegensatz zu „Volk“ oder „Proletariat“ auch unterschiedliche Herrschaftsachsen und ihre Intersektionalität (Becker-Schmidt 2007: 56 ff.) fassen, da ihm kein Antonym gegenüber steht (z.B. *Volk-Staat*; *Proletariat-Bourgeoisie*⁹). Und schließlich verweist der Begriff somit auch auf die materialistische Fassung des kategorischen Imperativs, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen [ist]“ (Marx 1956: 385).

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Kämpfe *der Subalternen* und der anhaltenden ökonomischen Krise ging Poulantzas nun davon aus, dass sich die neue neoliberale Gesellschaftsformation nicht im Wege einer *konsensualen* Universalisierung durchsetzen werde. Dieser Weg schien verstellt, da die neue „Ideologie der Effizienz, [...] die Begründung des nachkeynesianischen Staats, [...] durch die ökonomische Krise [...] radikal in Frage gestellt [wird]“ (Poulantzas 2002: 271 f.). Stattdessen kommt es, so Poulantzas, zur Durchsetzung der neuen Gesellschaftsformation im Wege des *autoritären Etatismus*, der durch massive staatliche Eingriffe zur Bewältigung der Krise, dem Verfall der repräsentativen Demokratie sowie durch vielfältige Einschränkungen der sogenannten „formalen“ Freiheiten gekennzeichnet ist, „die man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden“ (ebd. 232).

An dieser Stelle wird deutlich, dass Poulantzas die Phase, in welcher der Neoliberalismus sich ab Anfang der 1980er als *konstruktives* Projekt (Overbeek 2000: 182 f.) im Leben der Subalternen verankerte, nicht vorhersehen konnte. Genauso wenig war für ihn absehbar, dass es im Rahmen der EU gelingen würde, den Binnenmarkt und die Währungsunion als konkrete, *auf Konsens basierende* Projekte des Neoliberalismus umzusetzen, die sich als „im Allgemeininteresse“ stehende Lösung drängender sozialer, volkswirtschaftlicher und politischer Probleme (Bieling/Steinhilber 2000: 106) in Szene setzten konnten. Diese Projekte verdichteten sich mit anderen Politiken und dem rechtsförmig ausgearbeiteten Wettbewerb der

9 Auch wenn der Einsatz *dieses* Begriffspaares im Gegensatz zu *Volk-Staat* immer wieder (z.B. um den Widerspruch Kapital-Arbeit zu betonen) analytisch sehr sinnvoll und unverzichtbar ist.

Rechtsordnungen (Oberndorfer 2010: 105ff.) zu der auf Konsens beruhenden „wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise“. Gerade darin liegt ein weiterer Grund, warum sich der poulantzianische Theorierahmen zur Analyse der gegenwärtigen Phase empfiehlt: In dem Moment, in welchem der Neoliberalismus zunehmend seine konstruktiven, führenden Elemente verliert, in dem die wettbewerbliche Ideologie als „inneres Bindeglied“ zerbricht, entwickelt sich eine gesellschaftliche Konstellation, die den autoritären Etatismus nicht nur re-aktualisiert, sondern ihm erst zu seinem vollen Durchbruch verhilft.

Der autoritäre Etatismus ist dabei paradoxerweise nicht nur die staatliche Antwort auf die Hegemoniekrise, die er mit seinen Mitteln zu bearbeiten sucht, sondern auch Antwort auf eine Krise, die er selbst mitverursacht und beschleunigt (Poulantzas 2002: 241). Die Bearbeitung der gegenwärtigen Krise durch das europäische Staatsapparate-Ensemble veranschaulicht dies eindrücklich: Durch die Bankenrettungspakete verhinderten die Staaten zwar den völligen Zusammenbruch der Weltwirtschaft, gleichzeitig stoppten sie damit aber die Entwertung des durch Überakkumulation entstandenen Kapitals. Damit droht sich die Krise auf erhöhter Stufenleiter zu wiederholen. Obwohl man die gefährdeten Staaten zu Beginn der „Schuldenkrise“, vergleichsweise günstig hätte retten können, war das europäische Staatsapparate-Ensemble aufgrund seiner Fragmentierung, welche selbst das Ergebnis neoliberaler Raumpolitiken ist (Heeg 2008: 262), dazu nicht in der Lage. Als Folge der dadurch ausgelösten Kettenreaktion wurden die Schutz-Dämme (vom Rettungsschirm bis zum vereinzelt Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB), welche aufgrund der sich entfaltenden politischen Krise selbst wiederum verspätet errichtet worden waren, nach und nach überspült. Der Schuldenschnitt, unter ‘Beteiligung des privaten Sektors’ konnte nur zögerlich vorgenommen werden, weil die europäischen Kreditinstitute derart stark in betroffene Staatsanleihen investiert hatten, dass zuvor eine weitere Kapitalisierung der Banken notwendig wurde. Angesichts der stark steigenden Schulden kappten die Regierungen die im Zuge der Krise aufgesetzten Konjunkturpakete und begannen Austeritätsprogramme zu exekutieren. Durch dieses gleichzeitige ‘Sparen’ wird nun eine Kette von Rezessionen produziert. Die sich in dieser Weise überschlagenden Ereignisse, die unüberschaubar gewordenen europäischen Krisengipfel, die Kakophonie auf allen Terrains, sind Anzeichen für die sich

wechselseitig verstärkenden, zentrifugalen Kräfte im europäischen Herrschaftsgefüge.

Mit Poulantzas lassen sich diese Entwicklungen damit erklären, dass sich in Hegemoniekrisen die *Widersprüche im Block an der Macht vertiefen* und damit ein zunehmendes Engagement des Staates notwendig wird, um diesen zusammenzuhalten (Poulantzas 2002: 241). Die ökonomischen Maßnahmen des Staates wirken sich stärker als je zuvor zugunsten der führenden Fraktionen des Herrschaftsgefüges aus – in der gegenwärtigen Phase sind es zweifellos jene des Finanzkapitals. Diese „direkte Verzahnung des Staates mit den ökonomischen Widersprüchen vertieft, wie ein Schneeballsystem, die Risse im Block an der Macht“ (ebd. 242). Dadurch erhalten diese Widersprüche eine politische Bedeutung und werden zu Triebmitteln der politischen Krise.

Diese Konstellation gefährdet, folgt man Poulantzas, eine der zentralen Reproduktionsbedingungen, die der Staat sicherstellen muss (Kannankulam 2008: 55 f.): die *Organisation des langfristigen politischen Interesses* „des Blocks an der Macht, der sich aus den verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Klasse zusammensetzt“ (Poulantzas 2002: 157). Denn der Staat kann nur dann als Terrain zur Vereinheitlichung im Wege der Ausbalancierung eines Kompromissgleichgewichts zwischen den einzelnen Fraktionen (ebd.: 157 f.) wirken, wenn seine Struktur gegenüber den verschiedenen Partikularinteressen relativ autonom ist. Gleiches gilt für die Rolle in der Aufrechterhaltung der Hegemonie, denn der dafür notwendige Konsens erfordert materielle Zugeständnisse, die dem Block an der Macht oder einzelnen seiner Fraktionen nötigenfalls zwangsweise auferlegt werden müssen (ebd.: 158).

Mit dem Begriff des „Blocks an der Macht“ möchte Poulantzas eine eigene Analysekategorie für die *Strategien unterschiedlicher Kapitalfraktionen* schaffen, die sich erst auf dem Terrain des Staates als widersprüchliches Bündnis formieren können. Doch aufgrund seiner monolithischen Konnotation im Deutschen hat der Begriff „Block“ die Schwäche, weder diese Widersprüchlichkeit noch die ständige Neukonfiguration der Kräfteverhältnisse in diesem Bündnis, deren „Modifizierung ohne Erschütterungen“ (ebd.: 121) erst durch Recht und Staat ermöglicht wird, zum Ausdruck zu bringen. Die Wendung „an der Macht“ birgt zudem Potential dahingehend missverstanden zu werden, dass der Staat als Instrument eingesetzt werden kann. Genau gegen solch ein Verständnis schreibt Poulant-

zas aber an und hält ihm entgegen, dass der Staat die „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses [...] in spezifischer Form“ (ebd.: 159) ist und daher über relative Autonomie verfügt. Erst in dem sich unterschiedlich motivierte Strategien, vielfach unbewusst über die Universalisierungsstrukturen Staat und Recht und durch ihre spezifische Form hindurch verdichten, gelangen sie „an die Macht.“ Für diese komplexe Verdichtung, die immer auch in einem gewissen Ausmaß subalterne Interessen umfasst, schlage ich daher den Begriff des Herrschaftsgefüges¹⁰ vor. Im Unterschied zu den alternativen Begriffssetzungen wie etwa „*hegemoniales* Projekt¹¹“ oder „*hegemonialer* Block“ (Bieling 2004: 133) umfasst das Herrschaftsgefüge *auch* Konstellationen, in denen Konsensmomente zunehmend durch Zwang ersetzt werden oder jegliche „führende“ Qualität verloren haben. An jenen Stellen, an denen Poulantzas aber konkret das *Bündnis unterschiedlicher Kapitalfraktionen innerhalb des Herrschaftsgefüges* anspricht, werde ich trotz der dargelegten Unschärfen des Begriffes, an diesem festhalten. Denn er hält unzweifelhaft wach, dass die Widersprüche im Bündnis hintangestellt werden, wenn das Herrschaftsgefüge als Ganzes gefährdet ist und der 'Block an der Macht' aufgrund seiner Stellung in den Produktionsverhältnissen und aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung über gewaltige Machtressourcen verfügt.

Die sich aufstufenden Krisenmomente führen nun nicht nur dazu, dass die Rolle des Staates in der Organisation des langfristigen politischen Interesses „des Blocks an der Macht“ in Frage gestellt wird, sondern auch die Einbindung subalternen Interessen aus dem Herrschaftsgefüge ausgespült wird: Durch die ökonomische Krise reduzieren sich die budgetären Spielräume massiv. Die staatlichen Interventionen verlieren daher in großen Krisen „ihren trügerischen Aspekt als 'Sozialpolitik'. Ihre Bindung an die Interessen der dominanten Fraktionen wird offensichtlich, und der Staat lässt ein beachtliches Legitimationsdefizit gegenüber den [Subalternen] erkennen“ (Poulantzas 2002: 242). Der autoritäre Etatismus ist nach Poulantzas daher auch die Wahrheit, die sich aus den Trümmern des Mythos Sozialstaat erhebt (ebd.: 241). Darüber hinaus

10 Ein Gefüge ist in eine mehr oder weniger dichte, räumliche Anordnung von unterschiedlichen Bestandteilen.

11 Siehe für eine nähere Darlegung den Beitrag von Buckel/Georgi/Kannankulam/Wissel in diesem Band.

beschleunigen die Staatsinterventionen zugunsten des transnationalen Kapitals Poulantzas zufolge die *ungleiche Entwicklung* des Kapitalismus. Ein weiterer Aspekt des autoritären Etatismus, der sich auch in der gegenwärtigen Krise deutlich erkennen lässt: Während die Mitverursacher der Krise, die „Exportweltmeister“ Deutschland und Österreich, wieder Wachstum aufweisen, oder zumindest stagnieren, scheinen die durch das europäische Institutionengefüge interiorisierten Austeritätsprogramme einen jährlichen Rückgang der Wirtschaft in den peripherisierten Staaten auf Dauer gestellt zu haben. Dazu kommt, dass sich das etatistische Moment selbst immer weiter aufschaukelt: Zwar konnten die unkontrollierten Aspekte durch massive Interventionen begrenzt werden, dafür müssen die Staatsapparate „von nun an aber diejenigen Funktionen erfüllen, die früher unkontrollierte Krisen übernommen haben“ (ebd.: 243) – etwa Kapitalentwertung, Bankenabwicklung und Schuldenschnitt.

Der tiefgreifende *Verfall der repräsentativen Demokratie und die Aufwertung der Exekutive*, die mit dem autoritären Etatismus einhergehen, artikuliert sich in einer Entwertung all jener politischen Terrains, deren Konfiguration eine für die Subalternen vergleichsweise günstigere „strukturelle Selektivität“ (ebd.: 165) aufwies. Poulantzas geht zur Erklärung dieses Prozesses auf die Veränderungen zweier Institutionen näher ein, deren spezifische materielle Dichte die Interessen der Subalternen weniger benachteiligte beziehungsweise selektierte als der Verwaltungsapparat, welcher durch die Autoritarisierung stark aufgewertet wird: Die Parteien und das „parlamentarische“ Gesetz.

Auch wenn die Verwaltung schon immer der *zentrale* Ort zur Ausarbeitung des instabilen Kompromissgleichgewichts des Herrschaftsgefüges war, wird diese Rolle nun von der Exekutive nahezu ausschließlich monopolisiert. Der durch die Parteien vermittelte komplexe zivilgesellschaftlich-staatliche Konsensbildungsprozess wird unterlaufen, indem die dominanten Interessen nun nicht mehr auf dem parlamentarischen Schauplatz zu ‚nationalen‘ Interessen ausgearbeitet werden, vielmehr sind die „verschiedenen ökonomischen Interessen [...] nun unmittelbar in der Verwaltung präsent und werden dort als solche umgesetzt“ (ebd.). Sogar die marginale Berücksichtigung der Forderungen der Subalternen in der Ausarbeitung staatlicher Politik wird so immer zweifelhafter.

Die zweite Verschiebung, die Poulantzas eingehender analysiert, ist der „Wandel des Gesetzes“ (Kannankulam 2008: 22-24). Durch den autoritären Etatismus kommt es danach zur Aushöhlung einer der zentralen Kategorien der Rechtsform. Diese bestehe darin, dass Gesetze in Form von allgemeinen und universalen Normen durch das Parlament beschlossen würden, verstanden „als geheiligte Stätte [...] legislativer Macht“, welche die „*volonté général*“ verkörpert und die Exekutive kontrolliert (Poulantzas 2002: 247). Die „gegenwärtige spektakuläre Intervention des Staates“, so Poulantzas (ebd.: 247), „stellt in immer wichtigeren Bereichen diesen Aspekt des juristischen Systems in Frage“. Die neue Rolle des Staates, die darin besteht, in immer schnellerer Dynamik die spezifischen Momente der Krise durch spezielle und *exekutive* Regelungen im Interesse der dominanten Fraktionen lösen zu müssen, passt nicht mehr in das System allgemeiner, formaler und universalen Normen. Damit ist verbunden, dass sich die Macht zur Normsetzung zunehmend auf die Exekutive verschiebt. Die „im Parlament verkörperte Legitimation, deren Bezugsrahmen eine universelle Rationalität war [gleitet auf diese Weise] in die Legitimation einer Ordnung der instrumentalistischen Rationalität der Effektivität über, die von Exekutive und Verwaltung verkörpert wird“ (ebd.). Mit diesen partikularistischen Regelungen wird aber auch jene, für die Rechtsform wichtige Kategorie eingeschränkt, über die sich die Subalternen über die Zeit durch politische und juristische Kämpfe in das Recht einschreiben können, weil gerade deren *allgemeiner und universal-Charakter* die Möglichkeit dazu bietet (Buckel 2007: 312-315). Der Umstand, der die Rechtsform zu einem eigenständigen Ort der *Hegemonie*produktion macht, in dem gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in den Verfahren der Rechtsform in juristische übersetzt und hegemonial eingebunden werden (Buckel/Oberndorfer 2009: 277 ff.), wird somit zunehmend blockiert.

Die Hegemoniekrise und die damit verbundenen Instabilitäten gehen sogar soweit, dass Verfahren und Regeln zur Rechtsetzung und Verfassungsänderung – eine weitere zentrale Kategorie über welche die Rechtsform unter „bürgerlichen“ Betriebstemperaturen ihre Hegemonie entfaltet – strategisch *umgangen* oder ausgesetzt werden. Dies vollzieht sich nicht nur vereinzelt sondern *strukturell*, denn Rettung und Erhalt zentraler Herrschaftsprojekte erfolgen unter Bedingungen in denen die sich aufschaukelnden Krisenmomente eine beschleunigte Zeitmatrix und eine Desintegration der bisherigen

Regulationsweise nach sich ziehen. Die Kräfteverhältnisse werden derart dynamisiert, dass sie nicht mehr jenen „Stabilitätsgrad aufweisen“, der nach Poulantzas notwendig ist, damit sie in der „Form eines allgemeinen [...] Normensystems geregelt werden [können], das seinen eigenen Transformationsbereich festsetzt, und so den Akteuren strategische Voraussicht erlaubt“ (Poulantzas 2002: 248).

Angesichts der sich durch die Krise aufstufenden Instabilitäten, des schmelzenden Konsenses und der dadurch zunehmenden Kämpfe der Subalternen bietet der autoritäre Etatismus eine Lösung durch repressive Herrschaftstechniken an, indem er neue „institutionelle Präventivdispositive“ entwickelt. „Dieses effektive Arsenal“ so Poulantzas, das „nicht bloß Teil der juristisch verfassungsmäßigen Ordnung ist, wird nicht immer an vorderster Front der Machtausübung eingesetzt“ (ebd.: 238 f.). Die neu geschaffenen Dispositive, die dem Block an der Macht eine äußere Spange und den Subalternen einen disziplinierenden Stachel ansetzen, sind, so deutet Poulantzas damit an, inner- und außerhalb rechtsförmiger Grenzlinien angeordnet. Sie bestehen nicht nur im plötzlichen und direkten Einsatz von (neuen) Gewaltmitteln und der Neuzusammensetzung von unmittelbar repressiven Apparaten, wie der Polizei (Kretschmann 2011: 12), sondern auch in exekutiv-legislativen Interventionen, welche die Handlungsspielräume der Subalternen und ihrer Gegeninstitutionen restringieren. Aufgrund der erst Anfang der 1980er verstärkt einsetzenden Internationalisierung von Staatlichkeit, die dazu geführt hat, dass sich innerhalb der EU nationalstaatliche Herrschaft als *eine* Ebene des Europäischen Staatsapparate-Ensembles re-konfiguriert hat, wäre zu ergänzen, dass diese Dispositive auf unterschiedlichen Maßstabsebenen angesiedelt werden. Nicht selten sind es jene Ebenen, deren strukturelle Selektivität die besten Ausgangsbedingungen für die Durchsetzung des autoritären (Wettbewerbs-)Etatismus bietet.

II. Economic Governance – Nukleus einer neuen Integrationsweise?

Bei dem als „Economic-Governance“ bekannt gewordenen „Gesetzpaket“, das Ende 2011 in Kraft getreten ist, handelt es sich um das erste „institutionelle Präventivdispositiv“, das auf europäischer Maßstabsebene nach der Krise in Stellung gebracht worden ist. Die neue „Wirtschaftsregierung“ richtet sich dabei massiv gegen

die Kämpfe der Subalternen und den durch die Bezugnahme auf (Arbeits-)Recht und (Sozial-)Staat stark institutionell orientierten Widerstand der Gewerkschaften. An dieser Stelle konzentriere ich mich auf die Darstellung des Verfahrens zur wettbewerblichen Restrukturierung (ausführlicher vgl. Oberndorfer 2012). Da mir in einigen Punkten die Rechtsform als Gradmesser der Autoritarisierung dient, werde ich im Folgenden auch auf einige rechtliche Argumente zurückgreifen, um den von Poulantzas als Teil des autoritären Etatismus beschriebenen „Wandel des Gesetzes“ darstellen zu können.

Bei der offiziellen Bezeichnung des Rechtsaktes „Verordnung über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte“ handelt es sich um die Entwendung eines Begriffes. Jahrzehntlang hatten heterodoxe Ökonom_innen darauf hingewiesen, dass die Einführung der WWU ohne gemeinsame Lohn-, Steuer-, Transfer- und Sozialpolitik die dem Kapitalismus inhärente *ungleiche Entwicklung* in der EU beschleunigen würde. Um eine zentrale Krisenursache zu beheben, lautete daher die Forderung, die Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung und im Außenhandel einzudämmen. Dazu müssten jene Länder, die durch Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktderegulierung (z.B. Hartz IV) einen Leistungsbilanzüberschuss aufweisen und damit letztlich die Verschuldung der Staaten mit einem Leistungsbilanzdefizit mitbewirken, ihre Löhne beziehungsweise Arbeitskosten kräftig anheben (Stockhammer/Onaran 2009: 139 ff.).

Eine dieser Auffassung diametral gegenüberliegende Bedeutung des Begriffes „ungleiche Entwicklung“ versucht nun die Verordnung zu etablieren. Dies wird deutlich, wenn es im Rechtsakt heißt, dass jene „Mitgliedstaaten am dringlichsten“ politische Maßnahmen setzen müssen, „die anhaltend hohe Leistungsbilanzdefizite und Wettbewerbsverluste aufweisen.“¹² Es sollen solange „Korrekturen“ in der „Lohnpolitik“ und zur Deregulierung der „Arbeits-, Produkt- und Dienstleistungsmärkte“ vorgenommen werden,¹³ bis die „Wettbewerbsfähigkeit“¹⁴ wiederhergestellt ist. Die juristische Interpretation des vorliegenden Gesetzespakets lässt wenig Zweifel zu: Mittels der durch die „Economic Governance“ verordneten

12 Erwägungsgrund (EWG) 17.

13 EWG 20.

14 EWG 17.

Spirale nach unten („race to the bottom“) soll der Wettbewerbsstaat im Code der Rechtsform auf Dauer gestellt und „stabile Preise, gesunde und nachhaltige öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen“¹⁵ jetzt notfalls auch autoritär durchgesetzt werden.

Die Bewertung, was genau unter einem makroökonomischen Ungleichgewicht zu verstehen ist, wird durch die Verordnung nahezu ausschließlich in die Hände der europäischen Exekutive gelegt. Denn der „europäische Gesetzgeber“ hat die Verordnung weitgehend unbestimmt und allein als Rahmen ausgestaltet. Der Spielraum der Exekutive zur direkten Durchsetzung der dominanten Interessen ist daher nahezu unbeschränkt: Ob ein Ungleichgewicht in einem Mitgliedstaat vorliegt, bestimmt die europäische Kommission mittels eines Scoreboards, das aus „makroökonomischen und makrofinanziellen Indikatoren“ besteht. Wie diese Maßstäbe zur Steuerung der europäischen Wirtschaftspolitik zusammengesetzt werden, legt die Kommission durch die jährliche Aktualisierung fest¹⁶ – dem Rat und dem Europäischen Parlament kommt dabei nur ein Recht auf Stellungnahme zu.¹⁷ Inhaltlich ist der europäische Exekutivapparat dabei nur durch einige allgemeine Festlegungen gebunden. Doch selbst wenn sich die Kräfteverhältnisse auf europäischer Ebene maßgeblich ändern sollten, bietet die *Textierung* dieser Festlegungen kaum Anhaltspunkte, um eine Bekämpfung der Ungleichgewichte im Sinne der heterodoxen Ökonomie abzustützen. So sollen die Indikatoren der Verordnung nach etwa nützlich sein, um Ungleichgewichte „bei der Preis- und Kostenentwicklung“ oder der „nichtpreisgebundenen Wettbewerbsfähigkeit“ frühzeitig zu erkennen.¹⁸ Und auch in der zentralen Frage der Leistungsbilanz ist der Wortlaut unzweifelhaft neoliberal: Zwar findet sich im Verordnungstext noch die neutrale Formulierung „Leistungsbilanzpositionen“,¹⁹ worunter wohl auch Bilanzüberschüsse zu subsumieren wären. Doch sind zur Interpretation der Verordnung die Erwägungsgründe heranzuziehen, die

15 EWG 1.

16 Art. 4 Abs. 8.

17 EWG 12.

18 Art. 4 Abs. 3 lit. b.

19 Art. 4 Abs. 3 lit. b.

Maßnahmen *vorrangig* dort anordnen, wo „Leistungsbilanzdefizite“ und mangelnde „Wettbewerbsfähigkeit“ vorliegen.²⁰

Gelangt die Kommission zur Auffassung, dass in einem Mitgliedstaat ein übermäßiges Ungleichgewicht besteht, wird ein Restrukturierungsverfahren eingeleitet.²¹ Dies hat zur Konsequenz, dass der betroffene Staat einen „Korrekturmaßnahmenplan“ vorzulegen hat, in dem spezifische Reformschritte zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit und ein Zeitplan ihrer Umsetzung enthalten sein müssen.²² Nach der Genehmigung dieses Planes durch den Rat wird die Umsetzung der Anpassungsprogramme durch die Kommission mittels „Fortschrittsberichten“ und „Missionen“ in den betroffenen Ländern überwacht.²³ Erstmals werden durch das Verfahren zur wettbewerblichen Restrukturierung im Bereich der europäischen *Wirtschaftspolitik* auch Sanktionen vorgesehen, die über eine reine „Prangerwirkung“ durch die Veröffentlichung von Entscheidungen hinausgehen.²⁴ Für jene Länder, deren Währung der Euro ist, können nötigenfalls jährlich nicht unempfindliche Geldbußen in der Höhe von 0,1% BIP verhängt werden, sofern die Korrekturmaßnahmen nicht umgesetzt werden.²⁵

Alle zentralen Entscheidungen des neuen Verfahrens – insbesondere auch jene zur Verhängung der Strafsanktionen – werden mittels eines neuen Modus gefällt. Dessen Name „Reverse Majority Rule“ deutet schon an, dass die bisherige Entscheidungsfindung im Rahmen der WWU auf den Kopf gestellt wird. Im Bereich der „Economic Governance“ soll die Kommission als europäische Exekutive – ohne jegliche parlamentarische Kontrolle – *de facto* alleine entscheiden können. Werden die Beschlüsse, so die Verordnung, „nicht binnen zehn Tagen nach ihrer Annahme durch die Kommission vom Rat mit qualifizierter Mehrheit abgelehnt, gelten sie als vom Rat angenommen.“²⁶ Wer mit den zeitlich aufwendigen Vorbereitungen

20 EWG 17.

21 Art. 7 Abs. 1.

22 Art. 8 Abs. 1.

23 Art. 9 Abs. 1 und 3.

24 Dies erfolgt durch eine eigenständige Verordnung (VO 1174/2011).

25 Art. 3 Abs. 5 VO 1174/2011.

26 Art. 3 Abs. 3 VO 1174/2011.

von Ratstagungen vertraut ist, kann daran ablesen, dass es nur in Ausnahmesituationen zu einem Veto des Rates kommen wird.

Keinen geringen Bruch mit den bisherigen Paradigmen der auf Konsens beruhenden wettbewerblichen Integrationsweise der EU, die ihre Wirkmächtigkeit gerade auch durch die „Integration durch Recht“ (Haltern 2006: 399) erringen konnte, bedeutet der Umstand, dass sowohl die Einführung von „harten“ Sanktionen als auch die Verschiebung der Entscheidungsmacht auf die europäische Exekutive – die *wesentlichen* Säulen der „Economic Governance“ – keinerlei Deckung in der ‘europäischen Verfassung’ finden. Denn diese „Neuerungen“ werden durch Verordnungen eingeführt, die sich auf eine Grundlage im Primärrecht stützen müssen. Und schon ein kurzer Blick in die europäischen Verträge reicht aus, um festzustellen, dass für ein solches Verfahren „jede Rechtsgrundlage fehlt“ (Häde 2010: 921). Die Kommission hat gemäß Art. 121 und 126 AEUV²⁷ im Bereich der WWU die Möglichkeit Vorschläge zu entwickeln, Berichte zu erstellen und allenfalls Verwarnungen auszusprechen – mehr nicht. Die Annahme von Beschlüssen bleibt *allein* dem Rat vorbehalten. Weder der Wortlaut („der Rat beschließt“, Art. 121 Abs. 4 und 126 Abs. 11 AEUV) noch die teleologische Ausrichtung der Bestimmungen als Verfahren „multilateraler Überwachung“ (Schulze/Steinen 1998: 149) lassen daran den geringsten Zweifel. Der Aufwertung der europäischen Exekutive durch die „Reverse Majority Rule“ fehlt daher jegliche Kompetenzgrundlage. Und auch die Aufrüstung des institutionellen Präventivdispositivs mit Zwangsmaßnahmen findet in jenen Bestimmungen, auf welche die Kommission die ‘Economic Governance’ stützt, keinerlei Halt. So sieht Art. 121 Abs. 4 eine abschließende Liste „weicher Sanktionen“ (Naming and Shaming), aber keine Geldbußen vor.

Auch wenn das Gesetzespaket einzelne Klauseln zum Schutz von Grundrechten enthält, wird bei näherer Betrachtung deutlich, dass die ‘Economic Governance’ tief in die formalen Freiheiten eingreifen wird. Denn mittels einer wechselseitigen Verweisung entlasten sich die unterschiedlichen Ebenen des Europäischen Staatsapparate-Ensembles gegenseitig. So enthält Art. 1 der Verordnung des Verfahrens zur wettbewerblichen Restrukturierung zwar die Feststellung, dass die ausgesprochenen Empfehlungen

27 Vertrag über die Arbeitsweise der EU.

das gewerkschaftliche Grundrecht auf Kollektivverhandlungen und -maßnahmen achten. Doch ist die Kommission auf solch einen *direkten* Eingriff in Grundrechte gar nicht angewiesen, es reicht – ganz in der Sprache der Verordnung²⁸ –, mehr „Wettbewerbsfähigkeit“ im Bereich der „Lohnpolitik“ einzufordern. Die unter dieser Überschrift zur Vorlage von konkreten Korrekturmaßnahmen verpflichtete nationale Maßstabebene des europäischen Gesamtensembles (z.B. die Regierung eines Mitgliedstaates) kann sich dann wiederum auf die „Umsetzung europäischer Vorgaben“ berufen, wenn sie Eingriffe in Grundrechte vornimmt. Ein Vorbote dieses Zusammenspiels ließ sich schon 2011 ausmachen. Nachdem die europäische Exekutive in wirtschaftspolitischen Leitlinien Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Löhne eingefordert hatte, sagten Italien und Spanien die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen zu.²⁹

III. Die gegenwärtige Phase und die Perspektiven emanzipatorischer Kämpfe

Wie in einem Brennglas bündeln sich in der ‘Economic Governance’ jene Verschiebungen und Umbrüche, die Nicos Poulantzas zur These des autoritären Etatismus veranlasst haben. Auch wenn sich diese Momente der Autoritarisierung Europas vielfältig in den bereits umgesetzten Kriseninterventionen oder in den sich überschlagenden Ankündigungen „weiterer Schritte“ ausmachen lassen, erlaubt der Grad ihrer Verdichtung in der ‘Wirtschaftsregierung’ davon zu sprechen, dass es sich bei ihr um den Nukleus einer neuen Integrationsweise der EU handeln könnte, die sich als autoritärer Wettbewerbsetatismus begrifflich fassen lässt: „Wenn Europa überleben will, müssen klare Regeln her. Und wer sie bricht, dem wird die Souveränität entzogen. Das können wir uns heute kaum vorstellen,³⁰ so eine Umschreibung von Asoka Wöhrmanns, dem ‘Chefstrategen’ der größten deutschen Fondsgesellschaft DWS. Nahezu jeder Bestandteil dieser Aussage beschreibt ein Moment des autoritären Wettbewerbsetatismus. Allein der Begriff der Souveränität verschleiert den Kern der gegenwärtigen

28 EWG 20.

29 Jahreswachstumsbericht 2012, KOM(2011) 815.

30 Interview, in: „die Presse“ (v. 25.11.2011).

Entwicklungen. Auch wenn der enge Horizont des juristischen Diskurses es meist nicht zu erfassen vermag, das Lissabon-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts beweist dies augenscheinlich, ist „die nationalstaatliche Souveränität“ schon lange im Europäischen Staatsapparate-Ensemble aufgegangen. Vielmehr vereinfacht der autoritäre Wettbewerbsetatismus den Zugriff exekutiver Staatsapparate (unter Einschluss der Regierungen der Mitgliedstaaten) auf die noch auf nationalstaatlicher Maßstabsebene verankerten sozialen (Grund-)Rechte, die – nochmals mit Poulantzas gesprochen – „man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden“ (Poulantzas 2002: 232).

Die ‘Economic Governance’ oder genereller der autoritäre Wettbewerbsetatismus ist daher nicht ein ‘Angriff Brüsseler Bürokraten’ oder ‘neoliberaler Zirkel’ auf ‘den Nationalstaat’. Vielmehr lässt er sich als Ausdruck der sich durch die Hegemoniekrise beschleunigt re-konfigurierenden Kräfteverhältnisse im Block an der Macht verstehen, der auf die zunehmenden Kämpfe der Subalternen trifft und dadurch das Europäische Staatsapparate-Ensemble auf neue Weise zusammensetzt. Die „klaren Regeln“, durch die das europäische Herrschaftsgefüge überleben soll, sind der Versuch, die disparat gewordenen Akteur_innen dieses Gefüges mit einer Spange zu verklammern. Diese *neue Determinante* zielt darauf das Verhältnis der unterschiedlichen Maßstabsebenen des europäischen Staatsapparate-Ensembles weiter zu flexibilisieren. Sie soll den dominanten Staatsapparaten und den in ihnen eingeschriebenen Fraktionen eine optimale Ausnützung und Verschiebung der Ebenen ermöglichen und damit die Durchsetzung ihrer Interessen erleichtern. Dem Widerspruch der Subalternen kann auf diese Weise strategisch wechselnd eine Empfehlung des Rates, eine Maßnahme ‘ihrer’ Regierung, eine ‘Mission’ der Kommission, ein interiorisierter ‘Verwalter’ des Gesamtensembles, – oder ohne institutionelle Vermittlung – direkt die Drohung der Finanzmärkte in Form eines angekündigten ‘Downgrading’ entgegen treten. Der Stachel der neuen Dispositive richtet sich also gegen die Subalternen – das *autoritäre Moment* der gegenwärtigen Phase liegt in der Ersetzung des wegbrechenden Konsenses durch Zwang.

Dies artikuliert sich auch im „Wandel des Gesetzes“. Während in der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise der Beschluss der neoliberalen Verfassung der WWU zumindest mit dem passiven Konsens der Bevölkerung gefasst werden konnte, wurden die Maß-

nahmen zur Krisenbekämpfung ohne Änderung der vertraglichen Kompetenzgrundlage gesetzt. Da weder entsprechende Mehrheiten gesichert sind, noch aufgrund der durch die Krise beschleunigten Zeitmatrix der EU die Möglichkeit besteht, Projekte wie die 'Economic Governance' in einem langwierigen Prozess hegemonial auszuarbeiten, wird die eigentlich notwendige Änderung des Primärrechts vermieden. Dass Bestandteile der Economic Governance und weitere Verschärfungen, wie die zwingende Verankerung der europäischen Schuldenbremse in den nationalstaatlichen Verfassungen, nun durch einen *völkerrechtlichen* Vertrag als „fiskalpolitischer Pakt“ beschlossen werden sollen, bestätigt diese These. Denn durch diese Flucht aus dem Europarecht werden auch noch die geringen demokratiepolitischen Anforderungen (ordentliches Vertragsänderungsverfahren unter Beteiligung der Parlamente) und der Rechtsschutz des europäischen Primärrechts unterlaufen. Durch diese von den exekutiven Staatsapparaten entwickelte Umgehungs konstruktion sollen auch Referenden verunmöglicht werden, da diese nur bei einer Änderung der *Europäischen Verträge* (z.B. in Irland) zwingend vorgesehen sind.

Der Bruch bestehender Normen und Verfahren der Rechtsetzung und damit die Erosion zentraler Kategorien der Rechtsform werden in der gegenwärtigen Phase ubiquitär. So verstößt der Ankauf von Anleihen durch die EZB wie auch die Aufspannung des Rettungsschirmes gegen die „No-Bail-Out-Klausel“³¹ der Verträge. Zur Rettung des europäischen Kapitalismus wird sogar das rechtliche Herzstück monetaristischer Ökonomen durchlöchert. Der Stabilitätsgrad, der notwendig ist, damit ein Kräfteverhältnis „*in Form* eines allgemeinen Normensystems“ geregelt werden kann, welches seinen eigenen Transformationsbereich festsetzt, ist nicht mehr vorhanden. Die im Entstehen begriffenen „klaren Regeln“ zur „Rettung Europas“ sind daher nicht mehr mit der Begrifflichkeit des „neuen Konstitutionalismus“ zu fassen, mit der Stephen Gill (1998: 5 ff.) die europarechtskonforme und zumindest von passivem Konsens getragene auf Dauerstellung neoliberaler Dogmen in den Verträgen beschrieben hat. Angesichts zunehmend durch die Exekutive geprägter, punktueller „Rechtssetzung“, die ohne „verfassungsrechtliche“ Grundlage erfolgt, muss die Begrifflichkeit radikalisiert werden – vor dem Hintergrund des weg brechenden Konsenses scheint sich ein *autoritärer* Konstitutionalismus zu entfalten.

31 Art. 125 AEUV.

All diese Verschiebungen gehen schließlich mit einer Entwertung jener politischen Terrains einher, in denen die Forderungen der Subalternen noch einen vergleichsweise günstigen Resonanzraum finden. Parlamente und die „Parteien an der Macht“ sind kaum noch mehr als Orte, in denen – wenn überhaupt – die Programmierungen des Europäischen Staatsapparate-Ensembles, deren *Teil* die Exekutiven der nationalstaatlichen Maßstabebenen sind, mit dem Schein repräsentativ-demokratischer Legitimität versehen werden. Dass dieser Entwertung eine Aufwertung der Exekutivapparate – darin liegt das *etatistische Moment* der gegenwärtigen Phase – gegenübersteht, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass im Bereich der ‘Economic Governance’ ausschließlich die Kommission mit dem Scoreboard ein zentrales Instrument zur Steuerung der europäischen Wirtschaftspolitik in Händen trägt. Die dominanten Staatsapparate der zentralen Mitgliedstaaten (z.B. das deutsche Finanzministerium) tragen diese Entwicklung mit, weil sie sich darüber noch stärker parlamentarischer Kontrolle entziehen können und gleichzeitig über ihre Machtpotentiale gegenüber und in der europäischen Exekutive Bescheid wissen. Dass aber von den Terrains der repräsentativen Demokratie kein Widerstand ausgeht, wie etwa die breite Zustimmung des Europäischen Parlaments zur ‘Economic Governance’ verdeutlicht, zeigt, dass auch die Parlamentarier_innen und Politiker_innen von der Ausbreitung des autoritären Wettbewerbsetatismus erfasst sind (Poulantzas 2002: 260).

Ob sich der mögliche Nukleus des autoritären Wettbewerbsetatismus mit den anderen sich entwickelnden Strängen einer autoritären Wende zu einer Integrationsweise verdichten kann, ist allerdings offen und Gegenstand der katalysierten, gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Der Ausbau repressiver Herrschaftstechniken darf jedenfalls nicht als reine Stärkung der neoliberalen Gesellschaftsformation verstanden werden. Auch wenn sie wohl nie herrschender war als heute, lässt der Verlust ihrer führende Momente sie spröde werden und verknöchern. Gerade deswegen geht Poulantzas davon aus, dass der autoritäre Etatismus „keine eindeutige Verstärkung des Staates“ sei. So bleibt der „gegenwärtige Staat, obwohl sein autoritärer Etatismus erschreckend real ist, ein Koloss auf tönernen Füßen, der sich bei seiner Flucht auf schwankendem Boden bewegt“ (ebd.: 233).

Herrschaft ist im imperialen Zentrum nicht auf Dauer ohne den Konsens der Subalternen aufrechterhaltbar. Dass die Suche

nach neuen Ressourcen populärer Zustimmung bereits begonnen hat, lässt sich derzeit daran erkennen, dass offen chauvinistische beziehungsweise rassistische Diktionen und Narrative vermehrt in den *offiziellen* Diskurs Einzug halten – etwa dann, wenn die durch die „Exportweltmeister“ brutal peripherisierten Länder als PIGS (Portugal, Irland, Griechenland, Spanien) bezeichnet werden. Dem verschärften Moment der Konkurrenz kommt daher im autoritären Wettbewerbsetatimus neben der Durchsetzung verbesserter Verwertungsbedingungen der Einzelkapitale, die Rolle zu, die Subalternen gegeneinander als Wettbewerbs-„Volk als Nation“ (Poulantzas 2002: 123-154) anzurufen. Das Begehren nach einem guten Leben, das angesichts der allgegenwärtigen Spar- und Restrukturierungsprogramme immer weniger möglich und wahrscheinlich wird, findet Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem „Ganzen“: Zur Produktion des „kollektiven Narzißmus“ (Adorno 2003: 563) wird der hart-arbeitende „deutsche Michel“ dem „faulen Griechen“ gegenübergestellt, obwohl letzterer mitnichten weniger arbeitet als ersterer und weder griechische noch deutsche Subalterne vom Produktivitätsfortschritt in Form von Grundeinkommen für Reproduktionsarbeit und Lohnarbeitszeitverkürzungen etwas erhalten.

Genau in diesen Versuch der erneuerten Horizontalisierung der Konfliktachse müssen die Bewegungen und Kämpfe der Subalternen intervenieren. Wenn Wahn der Ersatz für den Traum ist, dass die Menschheit die Welt menschlich einrichtet (ebd.: 566), gilt es den Autoritarisierung-Tendenzen entgegen zu treten, die sich daran gemacht haben, diesen Traum den Menschen hartnäckig auszutreiben. Die kollektiven Identifikationsangebote des neoliberalen Staatsapparate-Ensembles, die Währungsunion und der Binnenmarkt, welche die Menschen als europäische Marktbürger_innen angerufen haben, liegen in Scherben zerbrochen. Wenn die Subalternen in den Städten und auf den Plätzen zusammenströmen, erobern sie daher eine mittlerweile leere Diskursposition: „Wir die Menschen in Europa.“

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2003): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, Gesammelte Schriften 10.2, Frankfurt am Main.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinbilber, Jochen (Hg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster

- (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen 2000, S. 102-130.
- Bieling, Hans-Jürgen* (2004): Europäische Integration: Determinanten und Handlungsmöglichkeiten, in: Beerhorst, Joachim/Demirović, Alex/Guggemos, Michael (Hg.), Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main, S. 128-152.
- Becker-Schmidt, Regina* (2007): „class“, „gender“, „ethnicity“, „race“: Logiken der Differenzsetzung, Verschränkungen von Ungleichheitslagen und gesellschaftliche Strukturierung, in: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.), Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II, Münster, S. 56-83.
- Buckel, Sonja* (2007): Subjektivierung und Kohäsion – Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Weilerswist.
- Buckel, Sonja/Oberndorfer, Lukas* (2009): Die lange Inkubationszeit des Wettbewerbs der Rechtsordnungen – Eine Genealogie der Rechtsfälle Viking/Laval/Rüffert/Luxemburg aus der Perspektive einer materialistischen Europarechtstheorie, in: Fischer-Lescano, Andreas/Rödl, Florian/Schmid, Christoph U. (Hg.), Europäische Gesellschaftsverfassung, Baden-Baden, S. 277-296.
- Buckel, Sonja/Wissel, Jens* (2009): Entgrenzung der Europäischen Migrationskontrolle, in: Brunkhorst, Hauke (Hg.), Demokratie in der Weltgesellschaft, Baden-Baden S. 385-404.
- Fleischhacker, Michael* (2011): Sie spüren, dass etwas Neues beginnt, in: Die Presse 19.8.2011.
- Foucault, Michel* (1987): Das Subjekt und die Macht, in: Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (Hg.), Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Frankfurt am Main, S. 243-251
- Gill, Stephen* (1998): European Governance and New Constitutionalism – Economic Monetary Union and Alternatives to the Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: New Political Economy 1998, S. 5.
- Gramsci, Antonio* (1991);(1992);(1996): Gefängnishefte, Band 1, 3, 7, Hamburg.
- Halter, Ulrich* (2006), Integration durch Recht, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hg.) Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden, S. 399-426
- Häde, Ulrich* (2010): Kommissionsentwürfe für offensichtliche Ultravires-Akte, EuZW 2010, S. 921.
- Heeg, Susanne* (2008): Die Europäische Union – eine fragile Staatlichkeit?, in: Wissen, Markus/Röttger, Bernd/Heeg, Susanne (Hg.), Politics of Scale – Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Münster, S. 251-267.
- Jessop, Bob* (1985): Poulantzas: Marxist Theory and Political Strategy, New York.

- Kannankulam, John* (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus – Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Kreisky, Eva* (2001), Zur maskulinen Ethik des Neoliberalismus, in: Kurswechsel 2011, S. 38-50.
- Kretschmann, Andrea* (2011): Die Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes. Zur Aktualisierung des bürgerlichen Gewaltdiskurses, malmoe 2011, S.12.
- Marx, Karl* (1956): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, Berlin, S. 378-391.
- Moore, Charles* (2011): I'm starting to think that the Left might actually be right, in: The Telegraph 22.7.2011.
- Oberndorfer, Lukas* (2010): Postneoliberale Integrationsweise der EU – Perspektivenwechsel an der Schnittstelle Politik|Ökonomie|Recht, in: Blaha, Barbara/Weidenholzer, Josef (Hg.), Freiheit. Beiträge für eine demokratische Gesellschaft, Wien, S. 105-122.
- (2012): Krisenbearbeitung in der Europäischen Union. Economic Governance und Fiskalpakt – Elemente einer autoritären Wende, in: Kritische Justiz 2012.
- Overbeek, Henk* (2000): Auf dem Weg zu einer neo-gramscianischen Theorie der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen 2000, S. 162-188.
- Poulantzas, Nicos* (2002): Staatstheorie – Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus, Hamburg
- Schirmacher, Frank* (2011): „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“, in: FAZ 15.08.2011.
- Stockhammer, Engelbert/Onaran, Özlem/Ederer, Stefan* (2009): Functional Income Distribution and Aggregate Demand in the Euro Area, in: Cambridge Journal of Economics 2009, S. 139.
- Schulze-Steinen, Mathias* (1998): Rechtsfragen zur Wirtschaftsunion, Baden-Baden.
- Ziltener, Patrick* (1999): Strukturwandel der europäischen Integration, Münster.

Bernd Kasparek / Vassilis S. Tsianos

„This is not Europe!“ Reconstructing Schengen

„This is not Europe!“ „C'est la poubelle de l'Europe“ („Das ist der Mülleimer Europas“), sagten uns die TransitmigrantInnen, die wir während einer Feldforschung¹ in Igoumenitsa – der griechischen Grenz- und Hafenstadt auf dem Weg nach Italien – im April 2011 trafen. Und dann folgte die Steigerung: „C'est la poubelle de la poubelle de l'Europe.“ Diese emphatische Gleichsetzung Griechenlands mit einem Mülleimer bringt die Ambivalenz der Schengener Krise des letzten Jahres auf den Punkt. Für die TransitmigrantInnen, denen wir dort begegneten, ist es alltägliche und allnächtliche Praxis, die Porosität der Schengener Grenze für das eigene Migrationsprojekt zu nutzen. Sie scheitern aber an der Willkür, an der unsichtbaren Grenze, am banalen Rassismus der Schengener Kontaktzone: soziale Ausgrenzung und Elend, staatliche Repression, Pogrom.

In Griechenland und Bulgarien trat in den letzten Jahren das Pogrom gegen TransitmigrantInnen auf, die rassistische Aktionsform des verwilderten Para-Staates, während in Ungarn, Rumänien und an der deutsch-tschechischen Grenze antiziganistische Pogrome zunahmen. Neben dem antimuslimischen Diskurs und seiner Institutionalisierung durch den Versuch, europaweit 'Anti-Burka-Gesetze' zu erlassen, ist der Topos der Euroskepsis ins Zentrum des rechtspopulistischen Diskursuniversums gerückt. Im Zusammenspiel mit der globalen Finanzkrise liegt darin eine Gefahr: in Europa sind Prozesse der Renationalisierung und der Entdemokratisierung im Gange. Der europaweite Aufstieg des Rechtspopulismus ist in dieser Hinsicht das deutlichste Symptom. Europa ist an einem Scheideweg – die fortgesetzte europäische Integration ist keineswegs selbstverständlich. Dies belegen die sezessionistischen Forderungen eines konservativen Europaskeptizismus, etwa der Vorschlag der

1 Die Feldforschung fand innerhalb des europäischen Forschungsprojektes Mig@Net zusammen mit Brigitta Kuster statt.

britischen Innenministerin Theresa May vom 4.10.2011, die Europäische Menschenrechtskonvention zu verlassen und diese mit einer ‘britischen Regulation’ zu ersetzen (Wagner 2011). Offensichtlich hat dieser Sezessionismus System:² Ein unter der österreichischen Ratspräsidentschaft 1998 ausgearbeitetes Strategiepapier schlug vor, den Flüchtlingsschutz „nicht mehr als subjektives Individualrecht, sondern als politisches Angebot des Aufnahmelandes“ aufzufassen (vgl. Holzberger/Hanf 1998). Einige Jahre danach erklärte der britische Premierminister Tony Blair, „er betrachte die Nichteinhaltung der sich aus der EMRK ergebenden Verpflichtungen [...] oder die Kündigung der EMRK als ernsthafte Option, die Zahl der Asylbewerber im Vereinigten Königreich einzudämmen“ (Buitenweg 2003).

Im Sommer 2011 konstatierten wir eine Krise Schengens (Cuttitta et al 2011).³ In diesem Artikel werden wir die Elemente, die Ereignisse der Krise zusammenfassen. Doch seit dem Sommer ist viel passiert, und die akuten Momente der Krise sind vorübergegangen. Auf der Oberfläche des Schengener Vertragswerks und der damit verbundenen europäischen Grenzpolitiken hat die Krise zu keinen nennenswerten Verschiebungen geführt. Doch die beiden oben geschilderten Befunde – zum einen ein verstärktes Auftauchen eines europäischen Rassismus, zum anderen seine Mainstreamisierung in Form der politischen Bereitschaft, grundlegende menschenrechtliche Errungenschaften aufzugeben – zeigen, dass die Krise Schengens tiefliegende Ursachen hat. Sie ist nicht mit der stockenden Harmonisierung der EU-Migrations- und Grenzpolitiken zu erklären. Die weitere Entwicklung der Krise Schengens hängt somit auch vom Ausgang der Euro-Krise ab. Die Widersprüche im Schengener System wurden keineswegs beseitigt und können jederzeit wieder zu Tage treten.

Dennoch stellen wir die Frage nach dem derzeitigen Zustand der Vergemeinschaftung der Migrations- und Grenzpolitiken.

2 Wir bedanken uns bei Aida Ibrahim und Fabian Georgi für diese Hinweise.

3 Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um Helmut Dietrich, Marc Speer und Paolo Cuttitta zu danken. Dieser Text wäre ohne die gemeinsamen Diskussionen nicht möglich gewesen. Wir möchten uns außerdem bei Miriam Leitner für ihr ausführliches Lektorat bedanken.

Die oftmals anspruchsvoll formulierten Fünfjahrespläne der EU-Innenpolitik (Tampere 1999, Den Haag 2004, Stockholm 2009) haben die proklamierte Intention, einen gemeinsamen europäischen Rechts- und Politikrahmen zu schaffen, bislang verfehlt. Dies ist nicht mit Untätigkeit gleichzusetzen. Die Dynamik des europäischen Grenzregimes im letzten Jahrzehnt speist sich neben den sich ständig verändernden Modi und Praktiken der Migration im Wesentlichen aus einer Einführung von Agenturen, Institutionen und Praktiken, die die Realität des europäischen Grenzregimes verändern. Es ist dieses *doing border*, die Frage der tagtäglichen und lokalen Ausgestaltung und Aushandlung von Grenze innerhalb des Grenzregimes, nach der wir fragen.⁴ Es geht mittlerweile weniger um eine Harmonisierung der Politik der EU. Wir lesen das neue Primat des Handelns als Reaktion auf die gegebenen Ungleichzeitigkeiten, Unterschiedlichkeiten von und Anforderungen an Migration und Grenze. Es ist, als ob die Dynamiken der Migration sich auf die gouvernementalen Akteure übertragen und neue Modi der Regierung der Migration hervorgebracht hätten. Die anhaltende Rekonfiguration von Grenze, die punktuellen, reaktiven Operationen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die Beratermissionen des neu geschaffenen Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO⁵) und die Fülle von Projekten, Dialogen und Konsultationen unter dem Dach des so genannten „Global Approach to Migration“ (vgl. Europäische Kommission 2011a) verweisen auf die Bemühungen innerhalb der Europäischen Union, mit den Entwicklungen Schritt zu halten.

Institutionell ist diese *reflexive Europäisierung der Migrationspolitik*⁶ eine Herausforderung. Sie lässt sich mit großen, monoli-

4 Dazu siehe ausführlicher: Karakayali/Tsianos 2007; Tsianos/Hess 2010; Kasperek/Hess 2010; Walters 2011.

5 European Asylum Support Office. Das EASO wurde durch die Verordnung (EU) Nr. 439/2010 vom 19. Mai 2010 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen gegründet und hat seit 19. Juni 2011 seinen Sitz in Valletta, Malta.

6 Wir benutzen diese Figur in Anlehnung an die risikotheorietisch begründete Figur der „reflexiven Modernisierung“ von Ulrich Beck (Beck/Grande 2004). Für eine ausführliche Diskussion ihrer migrationswissenschaftlichen Relevanz siehe: Hess/Tsianos 2007 und Tsianos 2008.

thischen Institutionen schwer umsetzen und führt in Konsequenz zu einem Netzwerk neuer und alter Akteure, welche das Regime der Migration bilden (vgl. Hess/Karakayali 2007). Sonja Buckel wiederum beschreibt die Schaffung dieser neuen, spezialisierten Akteure mit dem aus den Wirtschaftswissenschaften bekannten Begriff des *Outsourcing* (Buckel 2011) und schließt damit gleichzeitig an eine Analyse der EU-Politik als neoliberale Gouvernementalität an, derzufolge sich EU-Politik als Politik-Management begreift. In Zeiten krisenhafter Dynamiken hat diese Politik den Anspruch des Gestaltens aufgegeben. Die Bewältigung der Subprime-Krise 2008 oder die anhaltenden Versuche, den Euro zu retten, haben klar gezeigt: Es geht nicht mehr um die Schaffung eines Politikrahmens, sondern darum, nicht von der externen Dynamik überrollt zu werden. Dies gilt ebenso für Schengenland: Das Regieren der Grenze ist ein ‘Management’⁷ von ‘Risiken’. Von Krisen.

Krise und Restabilisierung des Schengener Grenzregimes

Was meinen wir, wenn wir von einer Krise Schengens reden? Unser Hauptinteresse gilt nicht einem Kontrollkollaps, wie er an der Oberfläche gezeichnet wird. Es existiert eine wirksame mediale Inszenierung von Krisen in Schengen, mit der Politik gemacht wird. Diese Inszenierung arbeitet im Wesentlichen mit der Vokabel der Überforderung, und das visuelle Instrumentarium einer ‘humanitären Katastrophe’ ist ihre Illustration. Bilder überfüllter Boote, Berichte über überlastete Hafteinrichtungen, menschliches Leiden und der Rückgriff auf naturalisierende Metaphern sind das Standardrepertoire der Inszenierung der Krise an der europäischen Außengrenze. Die Überforderung, der Kontrollkollaps sind die implizite Drohung, mit der Politik in Europa mobilisiert wird.

7 Geiger und Pécoud (2010) weisen darauf hin, dass der Begriff des *migration management* schillernd ist und sowohl für einen Politikansatz, eine Fülle von Praktiken wie auch einen neoliberalen Diskurs steht. Ihr Hinweis auf seinen Ursprung in der Migrationskrise seit den 1990er Jahren (ibid: 3) ist aufschlussreich. Insbesondere im Kontext der EU-Politiken des *migration and border management* markiert sein Auftauchen eine Neuorientierung, auch wenn er gleichzeitig die Kontinuität spezifischer Praktiken verschleiert.

Wir begreifen die Dramen, welche sich tagtäglich an den Grenzen Europas abspielen, und ihre medialen Inszenierungen auch als strategischen Einsatz der jeweiligen Regierungen innerhalb des Südens der EU, um – auf Kosten der MigrantInnen und Flüchtlinge – den Druck auf die nördlichen Staaten der EU zu erhöhen. Die inszenierten Krisen Schengens verweisen auf einen grundlegenden Konstruktionsfehler des Systems Schengens, der die derzeitige Krise ausgelöst hat.

Unsere These ist, dass der Gegenstand der Krise sowie das Ungleichgewicht der territorialen Konstruktion der EU in einer ökonomischen Spaltung zwischen Norden und Süden begründet liegen. Im folgenden werden wir die verschiedenen Elemente der Krise Schengen erläutern.

Schengen und Maastricht

Diese ökonomische Spaltung, und die Sprengkraft, die ihr innewohnt, ist in der Euro-Krise klar hervorgetreten. Doch mit Blick auf Schengen waren die ersten Anzeichen schon vor 2008 sichtbar. Uns interessiert daher die Frage, wie zentrale Punkte der Migrations- und Grenzpolitik im Zusammenhang mit sozioökonomischen Entwicklungen stehen, und welche Auseinandersetzungen innerhalb der EU um sie geführt wurden.

In dieser Hinsicht ist es mehr als Ironie, dass das krisenhafteste Jahr Schengens bisher – das Jahr 2011 – mit dem vorläufigen Höhepunkt der Euro-Krise zusammenfällt. In der Euro-Krise treten die Widersprüche innerhalb des Projekts EU klarer und brutaler ans Licht, und es werden unerwartet Parallelen zur anhaltenden Krise Schengens offengelegt. Das Auftreten neuer Akteure, das netzwerkförmige Regieren ist nirgendwo so deutlich sichtbar wie im Griechenland des Jahres 2011, wo die elementare Politik nicht mehr von Regierung und Parlament bestimmt wird, sondern diese die Vorgaben der so genannten 'Troika' umsetzen, dem Dreigespann aus Europäischer Zentralbank (EZB), Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfond (IWF). Gleichzeitig erscheinen neue Instrumente wie die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder der Europäische Stabilitäts-Mechanismus (ESM).

Doch es geht um mehr, wie die Diskussion um die 'Durchgriffsrechte' in nationale Haushalte zeigt. Die Ernennung des Bankentechnokraten Papademos zum griechischen Ministerpräsidenten ist

symptomatisch für die Diktatur des Marktes über die Gesellschaft. Das Nord-Süd-Gefälle in der Eurozone begleitete den Prozess der europäischen Integration, die primär die Einheit der Märkte in den Mittelpunkt stellte und keinesfalls die der Löhne und Steuersysteme. Doch die durch den Euro garantierte Einheit der Kapitalmärkte führte zum Verlust der Konkurrenzfähigkeit der Länder der inneren Peripherie zu Gunsten der Kernländer, die sie kompensierten mit einer steigenden Verschuldung bei den Banken Deutschlands und Frankreichs. Die Deregulierung wohlfahrtsstaatlicher Systeme, legitimiert durch die Schuldenlast, attackierte die Unternehmen und die Haushalte der Peripherie, was zu einem *deficit spending* der privaten Haushalte führte. Diese tragen somit die Kosten des Gefälles, was zu einer Zerstörung der Mittelschicht führen wird. Genauso wie in den USA ist das private *deficit spending* alles andere als die kollektive Neigung, über die Verhältnisse zu leben. Es ist vielmehr der Umgang mit der Krise der sozialen Systeme.

System der Personenmobilität

Die Krise Schengens, die wir untersuchen, ist die turbulente Umgestaltung des gesamten Systems, welches die Personenmobilität im EU-Gebiet und in der EU-Nachbarschaft kontrolliert. Sie manifestiert sich im Auftauchen einer desintegrativen Dynamik im Prozess der europäischen Vergemeinschaftung der Migrations- und Grenzpolitik. Um es klar auszusprechen: Es ist nicht die 'nackte' Kontrolle, die scheitert. Im Gegenteil: Die Desintegration verantwortet eine größere Zahl an Opfern, wie wir in der aktuellen Todesstatistik an den Schengener Meeresgrenzen beobachten. Sie findet ihren Niederschlag in der institutionellen Verankerung und Entwicklungskontinuität der Kontrolle in Form des *migration and border management*. Dies hat die europäische Vergemeinschaftungspolitik vor neue, große Probleme gestellt.

Wie lässt sich die Krise Schengens auf der Folie des Nord-Süd-Gegensatzes innerhalb der EU darstellen? Wir interpretieren die Politik der Staaten im Süden, vor allem Italiens und Griechenlands, als Widerstand gegen das beispielsweise in der Dublin II-Verordnung niedergelegte Verursacherprinzip, welches der stärkste Ausdruck des Nord-Süd-Gefälles ist. Die Dublin II-Verordnung⁸ regelt die

8 Verordnung (EG) Nr. 343/2003 (Dublin II) vom 18. Februar 2003.

Zuständigkeit für ein Asylverfahren. Sie bildet das innere Regulativ der Mobilität von Nicht-EU-StaatsbürgerInnen ohne Visa innerhalb der EU und kann daher als die interne Komponente des europäischen Grenzregimes charakterisiert werden. Das Verursacherprinzip besagt, dass der Mitgliedsstaat, der die Einreise eines/einer Asyl-antragstellerIn 'verursacht' hat (durch Vergabe eines Visums oder aufgrund mangelnder Sicherung der Grenze), das Asylverfahren durchführen muss. Obwohl die Präambel der Verordnung die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten beschwört, ist klar, dass Dublin II die Spaltung zwischen Norden und Süden fortschreibt.

Historisch existieren in der EU zwei dominante Politikmodelle in Bezug auf Migration, die vor dem Hintergrund der ökonomischen Modelle deutlich werden. Im Norden der EU ist die Wirtschaft im Wesentlichen von einem postfordistischen sekundären und dem tertiären Sektor geprägt. Der Bedarf an ungelerten ArbeiterInnen für manuelle Arbeit ist gering. In Deutschland spiegelt sich dies in der Debatte um so genannte *high-skilled migrants* wider, ebenso in der Diskussion um die Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse. Das auf die Migration gerichtete Begehren der Wirtschaft konzentriert sich im Wesentlichen auf WissensarbeiterInnen.

Auch wenn die EU im globalen Vergleich einen hochentwickelten Wirtschaftsraum darstellt, haben im Süden der EU die nicht-industrielle Landwirtschaft und andere Sektoren manueller Arbeit einen wesentlichen Anteil an der Gesamtwirtschaftsleistung. Die Plantagen in Andalusien, in Süditalien, in Griechenland sind wichtige ökonomische Faktoren, die ihre Profitabilität im Wesentlichen aus der Existenz einer stärker ausbeutbaren, weil illegalisierten migrantischen Bevölkerung ziehen. Im Süden der EU gab es daher das Bestreben, die Grenze offen zu halten. Die Regierung (im Sinne Foucaults) der migrantischen Bevölkerung wurde einerseits durch periodische Legalisierungen, andererseits durch jederzeit mögliche Pogrome (z.B. El Ejido 2005, Rosarno 2010) bewerkstelligt. Der Widerspruch dieser beiden Modelle wurde im Jahr 2008, unter der französischen Ratspräsidentschaft, mit der Verabschiedung des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl zu Gunsten des Nordens beendet. Im Wesentlichen schreibt der Pakt eine weitere Schließung der Grenzen und ein Verbot von kollektiven Legalisierungen vor. Im Gegensatz dazu schreibt er ein Paradigma für die Regierung der Migration fort, die zwar individuelle Rechte (Menschenrechte, Recht auf Asyl) der MigrantInnen betont und zuge-

steht, hintergründig aber ein invasives Modell der Individualisierung der migrantischen Bevölkerung schafft. Wir lesen das elaborierte, nordeuropäische Asylsystem als dominante Praxis des *migration management*, und der Pakt hat die Vorherrschaft dieses Rechtebasierten Regierungsparadigmas europaweit festgeschrieben.

In diesem Sinne erscheint die migrationspolitische Regimestörung in Griechenland, die sich seit 2008 entwickelt hat, weniger als Konsequenz einer Unterlassung, sondern als kalkulierte Inaktivität und Nichtumsetzung einer vom Norden diktierten Regierungsform in Bezug auf die Migration. Die Ergebnisse der Forschungsgruppe Transit Migration (2007) im Südosten der EU haben gezeigt, dass sich an den ‘turbulenten Rändern’ spezifisch andere Regierungsmodalitäten vis-a-vis der Migration entwickelt haben, die nicht als Absenz einer Kontrollrationalität verstanden werden können. Die Vergemeinschaftung der europäischen Migrationspolitik hat diese Modalitäten herausgefordert.

Griechenland

In Griechenland ist ein Asylsystem nordeuropäischen Typs bisher nicht umgesetzt worden, trotz der Anwesenheit von ExpertInnen nationaler wie europäischer Asylagenturen. Diese Nicht-Umsetzung hat weitreichende Konsequenzen für das Dublin II-System. Mittlerweile haben verschiedene (Verfassungs-) Gerichte festgestellt, dass Dublin II-Rückführungen nach Griechenland im Widerspruch zu den elementaren Menschenrechten der betroffenen Flüchtlinge stehen. Viele EU-Mitgliedstaaten haben diese Abschiebungen mittlerweile ausgesetzt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Vereinbarkeit von Dublin II-Abschiebungen mit der Europäischen Grundrechtecharta geprüft. Das Gericht stellt die grundsätzliche Vereinbarkeit in Frage und erlegt den abschiebenden Staaten eine tendenzielle Prüfungspflicht auf (vgl. Trstenjak 2011). Unsere These, dass diese Konfliktkonstellation in einer Nord-Süd-Spaltung Europas begründet liegt und nicht in einem individuellen Versagen eines einzelnen Staates, wie es gerne populistisch kolportiert wird, wird bestärkt durch den gegenwärtigen Trend deutscher Gerichte, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in weiteren Staaten des EU-Südens und Ostens – wie Malta, Italien und Ungarn – kritisch zu prüfen und oftmals Abschiebungen zu untersagen.

Als stärksten Ausdruck der Regimestörung begreifen wir jedoch die erstmalige Intervention der Schnelleingreiftruppen RABIT⁹ der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Sie wurden im Oktober 2010 von der griechischen Regierung angefordert, um der irregulären Migration an der Landgrenze mit der Türkei, entlang des Flusses Evros, Herr zu werden. Dort wurden seit dem Frühjahr 2010 vermehrt irreguläre Grenzübertritte beobachtet. Im Gegensatz zur gängigen Berichterstattung, in der behauptet wird, Europa greife dem überforderten Griechenland beim Grenzschutz unter die Arme, begreifen wir das Zuhilferufen der Agentur als gezieltes Manöver der griechischen Regierung, um die Situation an diesem besonderen Abschnitt der griechisch-türkischen Grenze zu europäisieren. Von November 2010 bis März 2011 unterstützten knapp 200 GrenzschützerInnen aus den Mitgliedstaaten der EU die griechische Grenzschutzpolizei im Norden des Landes bei der Sicherung der griechisch-türkischen Grenze.

Wir haben uns im Dezember 2010 zu Zwecken der Feldforschung kurzzeitig in Evros aufgehalten. Trotz unseres kurzen und improvisierten Aufenthaltes konnten wir feststellen, dass formal der griechische Grenzschutz das Kommando führte, in der alltäglichen Praxis jedoch die europäischen Kollegen den Ton gaben. Wir führen dies einerseits auf die Tatsache zurück, dass von den Mitgliedstaaten für 'Auslandseinsätze' geschulte BeamtInnen entsandt wurden, die oftmals in der eigenen Hierarchie höher standen, andererseits die technische Ausstattung der RABITs um ein Vielfaches besser war als jene der griechischen Einheiten. Auch in der Praxis setzte sich die europäische Linie durch. Waren noch 2008 vielfache Verstöße gegen das Non-Refoulement-Gebot an der griechisch-türkischen Landgrenze dokumentiert worden (Tzeferakou/Strahini 2009), wurden während der Operation der RABITs keine solchen Fälle bekannt. Zwar patrouillierten die RABITs gemeinsam mit den griechischen BeamtInnen auch an der eigentlichen Grenze, der Haupteinsatzschwerpunkt von Frontex lag jedoch in der Befragung und Identifizierung der nach dem Grenzübertritt internierten MigrantInnen, in der Herstellung von dem, was Nicholas de Genova „deportability“ nennt (vgl. de Genova und Peutz 2010), und weniger in einer Verhinderung der Überschreitung der Grenze.

9 RABIT: Rapid Border Intervention Team, Verordnung (EG) 863/2007 vom 11.07.2007.

Es ist dieser Punkt, an dem die Konfliktualität zwischen Norden und Süden und den respektiven Politikmodellen erneut zu Tage tritt. Am 1. Januar 2011 verkündete der damalige Bürgerschutzminister Griechenlands die Absicht, einen Zaun entlang der Landgrenze zu errichten. Nach vielfältiger Kritik wurde der Plan zwar nicht komplett aufgegeben, aber auf ein kleines, relevantes Teilstück im Norden der über 200 km langen Grenze beschränkt. Die Europäische Kommission äußerte sich weiter ablehnend. Ihr Sprecher Michele Cercone teilte mit, dass Zäune und Mauern lediglich eine kurzfristige Maßnahme seien, die keinen wirklichen Beitrag dazu leisteten, die Herausforderung der Migration in einer allgemeinen und strukturierten Art und Weise anzugehen, und dass es vielmehr effektiver Instrumente des *migration management* bedürfe, um der Migration Herr zu werden.¹⁰ Die griechische Regierung hält dennoch daran fest, den Zaun errichten zu lassen, und plant, die Finanzierung aus dem eigenen Budget zu übernehmen, da keine europäischen Gelder zur Verfügung stehen.¹¹

Frontex repräsentiert jedoch den Ansatz der Kommission und bemängelt, dass eine Fortführung der Operation am Evros nur zielführend sein kann, wenn der griechische Staat die Internierungskapazitäten hinter der Grenze verbessert und ausbaut.¹² Diese Erklärung kann einerseits als Eingeständnis des Scheiterns der RABIT-Operation gelesen werden, andererseits als Scheitern der europäischen Strategie zur Einführung eines Regimes des *migration management*. Der Einsatz war nur kurzzeitig effektiv. Frontex hält in den eigenen Risikoanalysen fest, dass die Zahl irregulärer Grenzübertritte am Evros im ersten Halbjahr 2011 im Steigen begriffen ist (Frontex 2011a, 2011b).

Mittelmeer

Einen weiteren Konflikt innerhalb der Schengenzone stellten die neuen Migrationsbewegungen nach den revolutionären Erhebungen in Nordafrika dar. Mit dem Sturz des tunesischen Diktators

10 *ITN*, 4.1.2011: European Commission rejects a Greek plan to build a fence on its border with Turkey to stem the illegal entry.

11 *Deutsche Presseagentur*, 8.12.2011: Greece insists on building border fence without EU funding.

12 *Kathimerini*, 18.11.2011: Frontex ‘reconsidering’ Evros operation.

Ben Ali am 14. Januar 2011 befreite sich nicht nur eine ganze Gesellschaft, auch die europäische Grenze im Mittelmeer hörte für einen Moment auf zu existieren. In ähnlicher Weise wirkte sich der Bürgerkrieg in Libyen auf das mediterrane Grenzregime aus. Die europäische Politik der Grenzziehung im Mittelmeer verlor einige ihrer autokratischen Partner, auf die sie zur Umsetzung dieser Politik angewiesen war. 25.000 Tunesier¹³ nutzten im Februar 2011 die neue Freiheit, „verbrannten“¹⁴ die Grenze und setzten nach Italien über (vgl. Perrin 2011).

Dort erhielten sie von der italienischen Regierung Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären Gründen. Gerade angesichts der medialen Panikmache – die Regierung sprach von einem ‘Exodus biblischen Ausmaßes’ und einem drohenden ‘menschlichen Tsunami’ – war dies überraschend. Schon zuvor waren die Militarisierung des Migrationsregimes im Mittelmeer, das Ignorieren grundlegender, bindender völkerrechtlicher Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen sowie rassistische Hetze charakteristisch für die italienische Grenzpolitik.

Doch in der Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse – entgegen der bisherigen italienischen Politik – lag ein anderes Kalkül. In den Verhandlungen mit der tunesischen Übergangsregierung erhielt der italienische Staat die Zusicherung, dass Tunesien sich wieder an der Migrationskontrolle im Mittelmeer beteiligen würde und dass Italien alle TunesierInnen, die nach einem festgelegten Zeitpunkt irregulär Italien erreicht hatten, werde abschieben können.

Aufschlussreicher war die Position Italiens innerhalb Schengens. Im Wissen um die Tatsache der schengenweiten Gültigkeit der Aufenthaltserlaubnisse und des Wunsches der meisten Tunesier, in den Norden, insbesondere nach Frankreich weiterzureisen, stellte sich Italien klar auf die Seite der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU.

Diese Entscheidung der italienischen Regierung für ein Aufenthaltsrecht der Tunesier resultierte in dem französisch-italienischen ‘Transit-Grenzkonflikt’, einer nach aktuellem EU-Recht

13 Da es sich größtenteils um ein Phänomen männlicher Migration handelt, wird hier bewusst auf eine gender-sensitive Schreibweise verzichtet.

14 Harraga – so heißen in Nordafrika diejenigen, die – wörtlich – [etwas] verbrennen. Gemeint ist: die Grenze oder die Brücke hinter sich verbrennen.

äußerst fragwürdigen Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengenraum durch die französische Regierung im Frühjahr 2011. Dies führte zu erheblichen Irritationen bei der Europäischen Kommission.

Eine ähnliche Konflikt-Konstellation zwischen Grenzkontrollen fordernden Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, die als Wächterin der Verträge auf der Personenfreizügigkeit und der Abschaffung von Grenzkontrollen im Schengenraum beharrt, ergab sich bereits 2010. Damals fiel die französische Regierung mit einer antiziganistischen Kampagne auf, deren Ziel es war, die Bewegungsfreiheit von UnionsbürgerInnen v.a. aus Rumänien zu beschneiden. Diese Kampagne führte ebenfalls zu starken Reaktionen der Europäischen Kommission¹⁵ und ist nicht zuletzt deswegen eine aussagekräftige Episode, weil sie unterstreicht, dass innerhalb der Krisen in Schengen eben nicht nur die Mobilitätsrechte von TransitmigrantInnen, sondern auch jener EU-StaatsbürgerInnen neu verhandelt werden können, die aufgrund rassistischer Konstruktionen als ‘anders’ gebrandmarkt sind.

Ausschluss

Vor allem im Jahr 2011 hat sich das Muster, dass die nördlichen Staaten der EU vermehrt für eine Einschränkung der Mobilitätsrechte innerhalb der EU plädieren, vervielfacht. Für das Frühjahr 2011 stand der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Schengenzone an. Dieser wurde kurzfristig auf Oktober, dann auf unbestimmte Zeit verschoben, und dies vor allem auf Betreiben der Niederlande und Finnlands.¹⁶ Im September wurde die Entscheidung aufgeschoben. Es wurden Zweifel angeführt, ob die beiden Staaten ihren Anteil an der EU-Außengrenze Schengen-konform abgesichert hatten, zudem wurde kolportiert, dass Korruption innerhalb der nationalen Grenzschutzinstitutionen weitverbreitet sei.

Im Zuge des italienisch-französischen Grenzkonfliktes wurden auch in der Bundesrepublik Deutschland Stimmen laut, die die

15 *Die Zeit*, 14.9.2010: Frankreich steht wegen Roma-Abschiebung Strafverfahren bevor.

16 *Novinite*, 11.12.2011: Bulgaria Might Join Schengen by Sea, Air in 2012.

(temporäre) Wiedereinführung von Grenzkontrollen forderten. Die dänische Regierung setzte solche Pläne um, auf Druck der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, von deren Duldung die Mitte-Rechts-Koalition abhing. Auch hier drohte die Kommission mit einem Vertragsverletzungsverfahren. In ähnlicher Manier wird die Wiedereinführung von Grenzkontrollen in den Niederlanden diskutiert und von der Kommission kritisch beäugt. Ab dem 1.1.2012 soll ein System der Videoüberwachung und des Kennzeichenabgleichs an der Grenze der Niederlande in Betrieb genommen werden.¹⁷

Restabilisierung

Es lässt sich festhalten, dass sich Schengen seit 2008 in einer Krise befindet. Seit dem Sommer 2011 ist eine graduelle Abkühlung der Konflikte zu beobachten. Das System ist in eine Phase der Restabilisierung eingetreten. Dies mag im Zusammenhang mit der Euro-Krise stehen, die wesentlich turbulenteren Umgestaltungen der gesamten EU-Architektur mit sich bringt und in der es um mehr als die Integrität von Grenzen und den Zugriff auf die Migration geht.

Schon im Mai 2011 reagierte die Europäische Kommission mit zwei Mitteilungen auf die revolutionären Erhebungen in Nordafrika und deren Konsequenzen für die Migration. In der „Mitteilung zur Migration“ vom 4. Mai 2011 (Europäische Kommission 2011b) konstatiert die Kommission, dass die europäische Außengrenze an manchen Stellen ‘verwundbar’ sei und fordert neben verstärkter europäischer Solidarität einen weiteren Ausbau des europäischen Grenzschutzes durch die Verstärkung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, deren erweitertes Mandat zu dem Zeitpunkt noch von den europäischen legislativen Institutionen verhandelt wurde. Ebenso deutete die Kommission an, dass sie eine Verlagerung der *Schengen Governance* weg von einem intergouvernementellen System hin zu einer europäischen Kompetenz wünscht.

In einer weiteren Mitteilung vom 24. Mai 2011 geht die Kommission auf die externe Dimension des europäischen Migrationsregimes ein. „Ein Dialog mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums über Migration, Mobilität und Sicherheit“ (Europäische Kommission 2011c) ist der Plan B, nachdem die revolutionären Erhebungen

¹⁷ *Rijksoverheid*, 2.12.2011: Camera's achter de grens mogen gewoon.

die Diktatoren und Kooperationspartner des europäischen Grenzregimes jenseits des Mittelmeers hinweggefegt haben. Die Mitteilung erkennt an, dass die EU nicht auf die post-revolutionäre Migration vorbereitet war und listet ein Bündel an kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen auf, welche – der Titel der Mitteilung deutet es an – vor allem in einer Logik der Versicherheitlichung von Migration gefangen sind. Zwar fehlt die der Kommission eigene Rationalität des *migration and development*-Diskurses ebensowenig in der Mitteilung wie die üblichen Anrufungen an die EU-Mitgliedstaaten, legale, gesteuerte Migrationsmöglichkeiten zu etablieren und den Menschenrechten der MigrantInnen Geltung zu verschaffen. Dennoch wird der Mix aus verstärkten Grenzsicherungsmaßnahmen (Frontex, EUROSUR¹⁸), Rückübernahmeprotokollen und Programmen der ‘freiwilligen’ Rückkehr gefordert, während die Einbeziehung der Drittstaaten über das Standardinstrument europäischer Migrationsaußenpolitik, die so genannten ‘Mobilitätspartnerschaften’, gewährleistet werden soll.

Am 16. September folgte die Mitteilung „Wahrung des Schengen-Systems – Stärkung des Raums ohne Kontrollen an den Binnengrenzen“ (Europäische Kommission 2011d), in der die Kommission die angedeutete Reform des Schengensystems ausbuchstabierte. Im Wesentlichen fordert die Kommission, dass die Kompetenz der Nationalstaaten, temporär Grenzkontrollen wieder einzuführen, beschnitten werden soll, und dass Verstöße justiziabel werden sollen. Damit fordert die Kommission eine wesentliche Kompetenz für sich ein, nämlich die Gesamtaufsicht über das Schengensystem. Für besonderes Aufsehen sorgte die ‘Griechenland-Klausel’, die einen vorübergehenden Ausschluss eines Schengen-Mitgliedstaates ermöglicht, falls dieser Staat seine Grenzen nicht adäquat sichert.

Zumindest mit diesem Vorstoß ist die Kommission vorerst gescheitert. Insbesondere der bundesdeutsche Innenminister¹⁹ verwei-

18 Eurosur: Europäisches Grenzkontrollsystem. Eurosur soll die verschiedensten Grenzüberwachungstechnologien zusammenführen und ein Echtzeit-Abbild der Geschehnisse an der EU-Außengrenze bereitstellen. Siehe auch Mitteilung der Kommission: Prüfung der Schaffung eines Europäischen Grenzkontrollsystems (EUROSUR) (Europäische Kommission 2008)

19 vgl. Süddeutsche Zeitung 13.9.2011.

gerte sich einem solchen Kompetenzentzug. Der Reformvorschlag der Kommission verdeutlicht jedoch die Schengen-internen Flichkräfte, die die Stabilität des Systems bedrohen.

So ist die Krise aufgeschoben. Der Libysche Nationale Übergangsrat und die neue tunesische Regierung hegen derzeit keine Absichten, die Grenzziehung im Mittelmeer grundlegend in Frage zu stellen. Vor allem mit dem Libyschen Übergangsrat gibt es konkrete Projekte der Zusammenarbeit im Ausbau der Grenzsicherung (Deutscher Bundestag 2011). Frankreich und Italien haben nach dem Konflikt im Frühjahr den Schulterchluss gesucht, und die Abwahl der Regierung in Dänemark hat zu einer Rücknahme der Grenzkontrollen geführt und damit einen Konflikt entschärft.

Ebenso wie der EU-Gipfel vom 8./9. Dezember 2011 das Ende der vertrauensbasierten Finanzpolitik à la Maastricht in Europa markiert, so ist der Wille der Kommission zu einer Zentralisierung des Schengensystems als Versuch zu interpretieren, der EU auch 'Durchgriffsrechte' in Fragen der Grenz- und Migrationspolitik zu sichern. Doch die Staaten des EU-Nordens sind derzeit nicht bereit, diese Kompetenz abzutreten, würde es sie doch eines Mittels zur Durchsetzung ihrer eigenen Ansprüche an die territoriale Union berauben. Mit der Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen und der teilweise unverhohlenen Drohung mit einem Ausschluss aus dem Schengenraum lässt sich Politik gestalten. In letzter Konsequenz geht es jedoch nicht nur um die Frage, ob an den Binnengrenzen der EU in Zukunft Pässe vorgewiesen werden müssen. Auf dem Spiel steht das gesamte System der liberalisierten Personenmobilität in Europa. Die Krise Schengens könnte also weniger die Außengrenze, das nach außen gerichtete System der differenziellen Inklusion, hinwegfegen, sondern vielmehr im Inneren zu einer Beschneidung von Rechten führen, auch für UnionsbürgerInnen.

Elemente einer kommenden Architektur des europäischen Grenzregimes

In diesem Kapitel wenden wir uns konkreten Entwicklungen und Programmatiken zu, die unserer Meinung nach einen Rückschluss auf die Entwicklungsrichtung des europäischen Grenzregimes erlauben. Unser Blick richtet sich auf die weitere Entwicklung der Grenzschutzagentur Frontex, die fortgesetzte Biometrisierung der

Grenze sowie die ‘Informatisierung’ der Migration im Rahmen des Stockholmer Programms.

Am 13. September 2011 verabschiedete als letzte legislative Institution das Europäische Parlament die neue Frontex-Verordnung. Nach 2004 und 2007 war dies die dritte Anpassung des Mandates der europäischen Grenzschutzagentur. Neuerungen sind die Einführung von so genannten ‘European Border Guard Teams’, also Kontingente nationaler Grenzschutzeinheiten, auf die Frontex Zugriff erhält, die Anschaffung eigener Ausrüstung der Agentur (z.B. Flugzeuge für von Frontex durchzuführende Sammelabschiebungen) sowie ein erweitertes Mandat zu Verhandlungen mit Drittstaaten. Die Agentur rückt mit zusätzlichen Befugnissen verstärkt ins Zentrum des europäischen *integrated border management*: Neben einem stärkeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Operationen wird die Agentur eine Evaluierungsfunktion gegenüber den nationalen Grenzschutzeinheiten erhalten.

Wie aus der symptomatischen Analyse²⁰ der Verlautbarungen der Kommission im vorhergegangenen Kapitel hervorgeht, besteht auf der Ebene der EU weiter ein starkes Interesse an einer verstärkten Abschottung der Grenzen und einer kohärenten Politik. Doch im Gegensatz zu den Mitgliedsstaaten, die weiter auf einen intergouvernementellen Prozess setzen, schlägt die Kommission eine stärkere Zentralisierung und Kompetenzverschiebung zu ihren Gunsten vor. Dennoch existiert eine Schnittmenge der Positionen, in deren Zentrum sich die gegenwärtige Form von Frontex befindet. Solange sich kein politischer Konsens in den Fragen der Grenz- und Migrationspolitik am Horizont abzeichnet, scheinen beide Ebenen eine gestärkte und unabhängigere europäische Grenzschutzagentur zu befürworten, die losgelöst von der Politik dem Tagesgeschäft Grenzschutz nachgehen kann.

Das neue Mandat eröffnet eine neue Phase in der Geschichte der Agentur. Jedoch stellt sich nach unserer Meinung die Frage, wie sich diese neue Position der Agentur im Regime aus der bisher existierenden Praxis ergibt. Es erscheint uns lohnenswert, den RABIT-Einsatz an der griechisch-türkischen Grenze im Winter 2010/2011 näher zu untersuchen. Denn wie die bisherigen Forschungen ergeben haben, sind die anderen großen Operationen der Agentur nur dem Namen

20 Zur Methode der „symptomatischen Diskursanalyse“ vgl. Tsianos/Hess (2010).

nach Frontex-Operationen. Die Operation Hera im Westatlantik ist im Wesentlichen eine Operation der spanischen Guardia Civil unter europäischer Flagge, während der italienische Alleingang im Mittelmeer zur Zeit der gescheiterten Nautilus-Operationen die dortige Ineffektivität der Agentur unterstreicht.

Im Südosten der EU vermeinen wir eine grundlegend andere Konstellation auszumachen. Analog zur direkten Einflussnahme im Rahmen der Euro-Krise sind die Drohungen mit dem Ausschluss aus Schengen und die Versuche der nördlichen Staaten, direkter zu intervenieren, unüberschaubar. Dies wird über einen neuartigen Schengen-Rassismus legitimiert. Nur so ist es zu erklären, mit welcher Konsequenz eine Entwertung der Menschen in Griechenland stattgefunden hat, eine Konsequenz, wie man sie bisher nur aus dem Umgang mit so genannten Entwicklungsländern kannte. Die Identität der Griechen musste als faul, chaotisch, undiszipliniert gebrandmarkt werden, um sie leichter entrechten zu können, als es das vollwertige Leben eines europäischen Bürgers zulassen würde. Darin offenbart sich hierzulande die Logik eines postliberalen Rassismus, der mit der Griechenland-Panik die GriechInnen per Distanz diszipliniert. Die Griechenland-Panik im Rahmen der griechischen Krise der Staatsfinanzen steht auch für einen Neokolonialismus Kern-Europas, der an den zu disziplinierenden Rändern Europas die Effekte des lange vergessenen Nord-Süd-Gefälles innerhalb der Europäischen Union machtvoll demonstriert.

Es ist zu erwarten, dass die Schengener Krise von längerer Dauer sein wird. Aufgrund der tiefen Legitimationskrise der Dublin II-Regelung wird auch die Fingerabdrucks-Datenbank Eurodac neu zur Disposition gestellt werden. Online seit 2003, spielt Eurodac – historisch gesehen – eine Schlüsselrolle für die Propagierung biometrischer Datenbanksysteme als Instrumente von Migrationsmanagement und Mobilitätskontrolle. Diese Tendenz findet ihren institutionellen Niederschlag in der EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht, die ihre Aktivitäten im Sommer 2012 aufnehmen soll (Kommission 2009).

Seit langem geplant, aber erst im Sommer 2011 von der Kommission verabschiedet, wird diese Agentur mit Hauptsitz in Tallin in Sankt Johann im Pongau (Österreich) eine Backup-Site für Daten betreiben. Die eigentliche Datenverarbeitung hingegen wird in Straßburg vorgenommen, wo die Stadt ein Gelände von 5000m²

für die Agentur zum Betreiben von großen IT-Systemen freigestellt hat. Technisch gesehen umfasst diese IT-Agency den Betrieb einer so genannten BMS-Plattform (Biometric Matching System), die einer Suchmaschine für biometrische Daten entspricht. Da der gegenwärtig gültige Vertrag mit der Firma Cogent, die für das operationelle Management von Eurodac zuständig ist, Ende 2011 ausläuft, ist eine Migration der Eurodac-Zentraleinheit von Luxemburg nach Straßburg und eine Integration in die BMS-Plattform geplant, auf der auch das Schengener Informationssystem SIS II sowie das Visa-Informationssystem VIS (beide befinden sich in der Entwicklung) laufen sollen. Da der Plattformansatz eine offene und flexible Architektur vorsieht, die Kompatibilität (harmonisierte Datenformate), Interoperabilität (europäischer Standard zur Datenspeicherung und -übertragung) und Ausbau gewährleistet, d.h. Austauschbewegungen innerhalb sowie zwischen Sub-Systemen, -Netzen und -Organisationen erlaubt, sofern die gesetzlichen Grundlagen dafür vorhanden sind, soll mit der Einrichtung dieser EU-Agentur offenbar eine virtuelle Konvergenz der Datenbanksysteme VIS, SIS II und Eurodac entstehen.

Ein weiteres Element der künftigen Architektur des europäischen Grenzregimes ist die ‘Informatisierung’ der Migration im Rahmen des Stockholmer Programms. Die Programme von Tampere und Den Haag wurden ohne jegliche Beteiligung von Parlamenten ausgearbeitet und erst wenige Tage bzw. wenige Wochen vor der Verabschiedung durch den Rat öffentlich gemacht. Mit dem ‘Stockholmer Programm’ vom Dezember 2009 soll eine weitere Vergemeinschaftungsetappe der Innen- und Sicherheitspolitik erreicht werden, wobei Europol zum Hauptmotor des internationalen Datenaustausches zwischen Polizei- und Sicherheitsbehörden avanciert ist. Wie die Weiterentwicklung des Europol-Kommunikationssystems SIENA soll die Vertiefung der Interoperabilität von operativen und strategischen Daten zwischen den angeschlossenen Units der Mitgliedstaaten bis Ende 2011 garantiert werden. Auch das ‘Prüm-Helpdesk’ soll den automatischen Austausch von DNA-Profilen und Fingerabdrucksdaten europaweit unterstützen. Im Vorlauf des Stockholm-Programms (2009-2014) wurde 2007 die berüchtigte ‘Informelle Hochrangige Beratende Gruppe zur Zukunft der Europäischen Innenpolitik’ (Future Group) eingesetzt. Diese sollte frühzeitig in informellem Rahmen diskutierte Empfehlungen für das Stockholm-Programm vorlegen. Zwar waren Konzeptpapiere

und der finale Bericht (Future Group 2008) öffentlich zugänglich. Die Diskussionen der Gruppe jedoch fanden hinter verschlossenen Türen statt. Die Errichtung einer solchen 'Beratungsgruppe' ist als Mechanismus zu verstehen, der den Mitgliedsländern den Einfluss auf das Agendasetting, trotz des mittlerweile alleinigen Initiativrechts der Kommission und des Mitbestimmungsrechts des Europäischen Parlaments, weiterhin ermöglicht (Busch/Stolle 2008: 7; Monroy 2010).

Der demokratische Aufstand

Die Widersprüche zwischen der Migration als Freiheitsakt und dem Diktat der Abschottung verschärfen sich. Diese Spannung im Herz der systemischen Wirtschaftskrise macht den Kern der aktuellen Schengener Widersprüche aus. Die transnationale Kommunikation dieser Spannung, die Formen ihrer Subjektivierung, die Sprachen ihrer Adressierung und die Erfahrung der Kämpfe für echte Demokratie haben etwas Gemeinsames. Sie konstituieren das Begegnungsterrain des demokratischen Aufstands der Prekären mit den Migrationsbewegungen. Auf ihm werden die Kämpfe gegen die Kontrolle des überschüssigen Moments der Mobilität, ihrer Autonomie, ihrer Freiheit ausgetragen. Étienne Balibar hat vor Jahren mit seinem Buch „Sind wir Bürger Europas?“ (Balibar 2003) gezeigt, wie sich die Dynamik der transnationalen Migration in die Debatte um die Demokratisierung Europas einschreibt und wie sie zu verstehen ist – nämlich in expliziter Distanz zum Verfassungsnormativismus von Jürgen Habermas (2011). Letzterer befürwortet die „Stärkung der europäischen Integration“ als *longue durée* der Verrechtlichung und Zivilisierung staatlicher Gewalt und als Projekt der Redemokratisierung Europas: Rehabilitation des Primats der Politik gegenüber der Finanzwelt, Kontrolle der zentralen Entscheidungen durch eine verstärkte parlamentarische Repräsentation, Rückkehr zum Ziel der Solidarität und des Abbaus der Ungleichheiten zwischen den Ländern Europas. Doch Habermas' Intervention ist normativ hergeleitet und artikuliert einen Imperativ der Redemokratisierung, welcher nicht mit den Widersprüchen und Spannungen des demokratischen Aufstandes in Europa rechnet. Balibar dagegen sieht in der europäischen Staatskrise eine sukzessive Repräsentationskrise, die mit den Gefahren der Ausbreitung einer 'Revolution von oben' konfrontiert

wird. Mit diesem von Bismarck entlehnten Begriff wird eine Umwälzung „des Machtgleichgewichts von Gesellschaft und Staat, sowie Wirtschaft und Politik bezeichnet, welche der herrschenden Klasse zum ‘präventiven Schutz’ dienen soll. Und beschreibt nicht genau dies, was momentan mit der Neutralisierung der parlamentarischen Demokratie, mit der Institutionalisierung der Haushalts- und Fiskalpolitik durch die EU und mit der Sakralisierung der neoliberalen Orthodoxie geschieht?“ (Balibar 2011)

Doch die Politiken des ‘präventiven Schutzes’ zu denen das Schengener Grenzregime unmissverständlich gehört, finden innerhalb einer globalen Konjunktur des demokratischen Aufstandes statt. „Die große Frage ist, in welche Richtung ‘die Bürgerrevolte’ zielen wird“ schlussfolgert Balibar. „Wird die Revolte versuchen, überall dort, wo das Krisenmanagement per Recht und Gesetz oder de facto Macht konzentriert, Gegenmächte aufzubauen, nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch autonom und, falls nötig, mit Gewalt? Wird sie sich damit begnügen, eine Wiederherstellung des alten sozialen Nationalstaats zu verlangen, der vom Schuldenmanagement zersetzt wird? Jede Wette, der ausschlaggebende Faktor, um diese Ungewissheiten auszuräumen, wird darin zu finden sein, inwiefern sich europaweit die Ungleichheiten und die Folgen der Rezession (insbesondere die Arbeitslosigkeit) ausweiten werden. Aber es wird an der Fähigkeit zur Analyse und Empörung der ‘Intellektuellen’ und ‘Aktivisten’ liegen, ob den Menschen dazu die symbolischen Mittel gegeben werden – oder nicht.“ (Balibar 2011)

Literatur

- Balibar, Étienne (2011): Die Revolution von Oben, in: <http://www.presseurop.eu/de/content/article/1205461-die-revolution-von-oben> [9.1.2012].
- (2003): Sind wir Bürger Europas?, Hamburg.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004): Das kosmopolitische Europa, Frankfurt.
- Buckel, Sonja (2011): Das spanische Grenzregime. Outsourcing und Offshoring, in: Kritische Justiz 3/2011, S. 253-261.
- Buitenweg, Kathalijne (2003): Schriftliche Anfrage an die Kommission, in: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+P-2003-0292+0+DOC+XML+V0//DE> [9.1.2012].
- Busch, Heiner/Stolle, Peer (2008): Leuchtende Zukunft. Nächste Runde beim Aufbau des EU-Staates, in: CILIP 91, 3/2008, S. 6-14.

- Cuttitta, Paolo/Dietrich, Helmut/Kasperek, Bernd/Speer, Marc/Tsianos, Vassilis* (2011): Die Grenze demokratisieren, in: Kritische Justiz 3/2011, S. 244-252.
- de Genova, Nicholas/Peutz, Nathalie* (Hg.) (2010): The deportation regime. Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement, Durham/London.
- Deutscher Bundestag* (2011): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. EUFOR Libya und die Zusammenarbeit mit dem Libyschen Übergangsrat in Fragen der Grenzsicherung, in: Deutscher Bundestag Drucksache 17/7686, 28.11.2011.
- Europäische Kommission* (2008): Prüfung der Schaffung eines Europäischen Grenzkontrollsystems (EUROSUR), KOM(2008) 68 endg., 13.2.2008.
- (2009): Legislativpaket zur Errichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht, KOM(2009) 292 endg., 24.9.2009.
 - (2011a): Cooperation with non-EU countries in the Global Approach to Migration and Mobility, MEMO/11/801, 18.11. 2011.
 - (2011b): Communication on migration, COM(2011) 248 final, 4.5.2011.
 - (2011c): A dialogue for migration, mobility and security with the southern Mediterranean countries, COM(2011) 292 final, 24.5.2011.
 - (2011d): Schengen governance – strengthening the area without internal border control, COM(2011) 561 final, 16.9.2011.
- Frontex* (2011a): FRAN Quarterly, Issue 1, January–March 2011.
- (2011b): FRAN Quarterly, Issue 2, April–June 2011.
- Future Group* (2008): Bericht der Informellen Hocharangigen Beratenden Gruppe zur Zukunft der Europäischen Innenpolitik, Juni 2008, in: http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/128602/publicationFile/15773/European_home_affairs_executive_final_report_de.pdf [20.12.2011].
- Geiger, Martin/Pécoud, Antoine* (2010): The Politics of International Migration Management, in: dies. (Hg.): The Politics of International Migration Management. Geiger, Hampshire/New York, S. 1-20.
- Habermas, Jürgen* (2011): Zur Verfassung Europas – Ein Essay, Frankfurt am Main.
- Hess, Sabine/Karakayali, Serhat* (2007): New Governance oder Die imperiale Kunst des Regierens, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas, Bielefeld, S. 39-56.
- Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis* (2007): Europeanizing Transnationalism! Provincializing Europe! Konturen eines neuen Grenzregimes,

- in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld, S. 23-38.
- Holzberger, Mark/Hanf, Petra* (1998): EU-Planungen zur Demontage des Asylrechts in Europa, in: <http://www.asylnetz.de/Seiten/information/Europa/abschaffasyl.html> [9.1.2012].
- Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis* (2007): *Movements that Matter. Eine Einleitung*, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld, S. 7-22.
- Kasperek, Bernd/Hess, Sabine* (2010): *Perspektiven kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung*, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin/Hamburg, S. 243-264.
- Monroy, Matthias* (2010): *Europol und internationaler Datenaustausch*, in: *Cilip* 96 2/2010, S. 85-86.
- Perrin, Delphine* (2011): *Arab Revolts and the Crisis of the European Border Regime. Perpetuating the failures of externalised migration control*. Migration Working Group – Discussion paper, 25.5.2011.
- Süddeutsche Zeitung* 13.9.2011.
- Transit Migration Forschungsgruppe* (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder – Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld.
- Trstenjak, Verica* (2011). *Schlussanträge der Generalanwältin*. Fälle C-411/10, C-493/10, Luxemburg.
- Tsianos, Vassilis* (2008): *Die Karte und die Flows. Governance of Migration und die herausgeforderte Gemeinschaft*, in: *Grundrisse* 28/2008, S. 29-33.
- (2010): *Zur Genealogie und Praxis des Migrationsregimes*, in: <http://www.igbildendekunst.at/bildpunkt/2010/regimestoerungen/tsianos.htm> [9.1.2012].
- Tsianos, Vassilis/Hess, Sabine* (2010): *Ethnographische Grenzregimeanalyse*, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin/Hamburg, S. 243-264.
- Tzeferakou, Marianna/Strabini, Natassa* (2009): *Recherchemission in das griechisch-türkische Grenzgebiet (Evros-Region)*, Frankfurt am Main.
- Wagner, Adam* (2011): *Catgate: another myth used to trash human rights*, in: *The Guardian*, 5.10.2011.
- Walters, William* (2011): *Mapping Schengenland. Die Grenze denaturalisieren*, in: Pieper, Marianne/Atzert, Seibert, Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (Hg.): *Biopolitik – in der Debatte*, Wiesbaden, S. 305-338.

José Manuel Romero Cuevas

Fortbestand der Kritik: Krise und Protestbewegung in Spanien¹

Am 15. Mai 2011 fanden in über 50 spanischen Städten Demonstrationen statt, die alle politischen Parteien und großen Medien überraschten. Mit der massiven Teilnahme der spanischen Bevölkerung (über 130.000 Menschen beteiligten sich an den Protesten) hatten selbst die Veranstalter_innen vorab nicht gerechnet.² Der Aufruf zu diesen Demonstrationen kam von „iDemocracia Real Ya!“ („Wirkliche Demokratie, Jetzt!“), einer bis dato weitgehend unbekanntem Organisation, die die Kundgebung seit Februar 2011 über das Internet vorbereitet hatte. Über Facebook wurde der Ruf nach einem Protestzug aus Empörung über die politische und soziale Situation in Spanien angekündigt und in vielen Städten bildeten sich Arbeitsgruppen und Bürgerversammlungen. Die Organisation der Demonstrationen war überaus erfolgreich: In ganz Spanien sind die Demonstrationen nicht nur gut organisiert, sondern auch vollkommen friedlich verlaufen; nur in Madrid kam es am Ende der Kundgebung zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen einigen Demonstrierenden (den Organisatoren zufolge handelte es sich um radikale Gruppen ohne Verbindung zu „Democracia Real Ya“) und der Polizei, die in Spanien traditionell bereit ist, Gewalt gegen linke Kundgebungen auszuüben³.

1 Dieser Beitrag wurde während eines Forschungsaufenthalts am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main im Sommer 2011 verfasst, im Rahmen des Forschungsprojekts „Las bases filosófico-normativas de la crítica en un marco global y plural“ (Universidad de Alcalá). Ich bedanke mich bei Sonja Buckel und Jens Wissel für die Gelegenheit, mich eingehender mit einem so aktuellen und anregenden politischen Thema zu beschäftigen.

2 Siehe <http://www.democraciarealya.es/prensa/>[14.10. 2011].

3 Siehe El País v. 17.05. 2011, S. 30.

Seit Beginn der wirtschaftlichen Krise in Spanien 2008 bildeten diese Demonstrationen die erste politische Reaktion der Gesellschaft auf die Verschlechterung der sozialen Situation. Mit dem Platzen der Immobilienblase, die das spanische Wirtschaftswachstum der vorherigen 15 Jahre, mit voller Unterstützung aller Regierungen in Spanien – egal ob von der konservativen PP oder der „sozialdemokratischen“ PSOE angeführt – alimentierte, hat sich die Arbeitslosigkeit in Spanien zwischen 2008 und 2009 innerhalb weniger Monate verdoppelt und 20% erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf fast 5 Millionen gestiegen (in einem Land mit 44 Millionen Einwohnern). Vor allem die jungen Leute wurden von der Krise getroffen, so dass derzeit mehr als 45% von ihnen ohne Arbeit sind. Die Erwartungen der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens sind so düster, dass schon von einer verlorenen spanischen Generation gesprochen wird: Die Jugendlichen zwischen 25 und 35 Jahren müssen davon ausgehen, dass sie keine berufliche Zukunft mehr im Land haben. Die aktuelle soziale Situation wird von ihnen so negativ erlebt und die Aussichten sind derart hoffnungslos, dass die Zahl der jungen spanischen Auswanderer_innen (vor allem nach Argentinien, Deutschland und Frankreich) seit Anfang der Krise deutlich gestiegen ist.⁴

In diesem Zusammenhang hatten sich Journalist_innen und Soziolog_innen wiederholt gefragt, weshalb noch kein Protest von jungen Leute entstanden war: Wie konnte es sein, dass angesichts eines solchen Potentials für die Entstehung großer Proteste und Demonstrationen die soziale Lage in Spanien so unheimlich still und friedlich war? Man befürchtete, dass die Reaktion auf die Krise von rechtspopulistischer Seite kommen und sie die Gestalt von Xenophobie und Gewalt gegen Immigrant_innen annehmen würde. Die Bedingungen für eine solche Reaktion waren vorhanden, da die Zahl der Immigrant_innen in Spanien im Laufe von 10 Jahren (zwischen 2000 und 2010) von 0,8 % auf 12 % gestiegen ist und die Konservativen (der Partido Popular) die Einwanderung bei jeder Wahl als politisches Thema instrumentalisiert haben. Die politische Lage Anfang 2011 war also von der Passivität derjenigen gekennzeichnet, die von der Krise am stärksten betroffen waren (d.h.

4 Über 125.000 Spanier meldeten sich im Laufe des Jahres 2011 als Neubürger im Ausland an. Siehe El País (Andalucía Edición) v. 30.05.2011, S. 32.

vor allem der jungen Leute) sowie der Gefahr einer von der Partido Popular beförderten rechtspopulistischen Reaktion.

Die Demonstrationen des 15. Mai unter dem Motto: „Wirkliche Demokratie Jetzt! Europa für die Bürger, nicht für die Banken. Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern“⁵ kamen völlig unerwartet. In dem Manifest, das die Bewegung ‘Democracia Real Ya’ als Kollektiv für die Kundgebung veröffentlicht hat und das unter anderem auch im Internet abrufbar ist, wurde Bezug auf das Volk als Grundlage der Demokratie genommen und dazu aufgerufen, jenseits von politischen Differenzen eine gemeinsame Stellungnahme gegen die Allianz der politischen Klasse und der Banken abzugeben.⁶ Dieser Appell an das Volk und die Einheit aller Spanier_innen jenseits politischer Unterschiede könnte zunächst Grund zur Annahme sein, dass wir es hier mit einer populistischen Ideologie zu tun haben. Aber schon das Motto der Demonstration und das Manifest machen sehr deutlich, dass der Appell der Veranstalter_innen an die *ciudadanos* (Bürger) als solche gerichtet war. Die Kundgebung war gedacht als ein Aufstand der Bürger_innen gegen eine Art von Demokratie, die nicht mehr die Bürger_innen repräsentiere. Sie haben damit die Trennung zwischen dem offiziellen politischen Leben (durch die Konkurrenz zwischen den zwei großen Parteien, der PP und der PSOE, bestimmt) und den Interessen der Bevölkerung kritisiert und die Beherrschung der innenpolitischen Agenda durch die nationalen und internationalen Finanzmärkte und wirtschaftlich-politischen Institutionen denunziert (zur 15M-Bewegung und ihre Reaktion auf die mangelnde Demokratie in Spanien, siehe Fernández 2011: 109-112; Vallespín 2011: 10-18 sowie López Aguilar 2011: 20-28).

Die Bewegung „¡Democracia Real Ya!“ entstand außerhalb der politischen Parteien als Kritik der Parteien-Demokratie, die die Interessen der großen Konzerne und nicht die Interessen der eigenen Bevölkerung vertrete: eine Kritik an der konservativen und auch der sozialdemokratischen Partei, die in Wirklichkeit als „PPSOE“ einer einzigen neoliberalen Ideologie folge und so die Alternativlosigkeit repräsentiere, in der es in grundsätzlichen Fragen gerade keine demokratische Wahl gebe. Zum ersten Mal in der Geschichte des

5 Siehe <http://www.democraciarealya.es/>[14.10.2011].

6 Siehe <http://www.democraciarealya.es/manifiesto-comun/>[14.10.2011]

modernen Spanien stehen wir so vor der Entstehung einer echten außerparlamentarischen Opposition.

Nach den Demonstrationen vom 15. Mai wurden die zentralen Plätze in vielen spanischen Städten spontan von Demonstrierenden besetzt und dort nach dem Vorbild des „Arabischen Frühlings“, vor allem von Tunesien und Kairo, Zeltlager aufgebaut. Diese neue Bewegung wurde nicht von „¡Democracia Real Ya!“ geplant, sie entwickelte sich spontan, unter Mitwirkung vieler kleiner Organisationen. Die Gewalt, mit der die Polizei auf die Bewegung antwortete, war für Spanien nicht außergewöhnlich, führte dieses Mal jedoch zu einer rasch anwachsenden Empörung. Über hundert Demonstrierende hatten in Madrid am Montag, dem 16. Mai, Zelte auf dem zentralen Platz Puerta del Sol aufgestellt, die von der Polizei sofort mit Gewalt geräumt wurden, wobei 24 Demonstrierende festgenommen wurden. Die Reaktion am Dienstag, dem 17. Mai, war für alle Seiten unerwartet: Tausende Menschen kamen zur Puerta del Sol, bauten die Zelte von neuem auf und blieben dort Tag und Nacht, organisierten politische Bürger_innenversammlungen und bildeten thematische Arbeitsgruppen. Das Gleiche haben Demonstrierende in vielen großen und kleinen Städten in ganz Spanien gemacht. Diese neuen großen Demonstrationen dauerten mehrere Tage, bis nach der Kommunalwahl am 22. Mai, und haben international Aufmerksamkeit erregt. Die vielseitige Bewegung wurde von den Medien als „15M-Bewegung“ oder nach dem Manifest von Stéphane Hessel *Empört euch* (siehe Hessel 2011) als Bewegung der „Indignados“ („Die Empörten“) bezeichnet. Die Grundbestimmungen von „¡Democracia Real Ya!“ und danach der 15M-Bewegung kann man folgendermaßen zusammenfassen:

1) Es handelt sich um eine demokratische Bewegung, die mehr Demokratie, das heißt, eine echte bzw. wirkliche Demokratie (an Stelle der von ihr ausgemachten Mängeldemokratie) einfordert und die gleichzeitig als radikal demokratische Bewegung handelt. Alle Entscheidungen werden durch öffentliche Bürgerversammlungen auf den Plätzen (und in einer späteren Phase der Bewegung seit letztem Juni auch in den verschiedenen Stadtvierteln, den spanischen *barrios*) getroffen – als bewusstes Gegenbild zur herrschenden Scheindemokratie.

2) Die Forderung einer wirklichen Demokratie führt zu einer scharfen Kritik am Parteien-System, das keinen Freiraum für demokratische Debatten und Entscheidungen lasse. Sie führt in diesem

Zuge auch zu einer Anklage der Korruption in der spanischen Politik, in der allein über 300 Kandidatinnen der letzten Kommunalwahlen, vor allem von PP und PSOE, ein offenes Gerichtsverfahren wegen Korruption laufen haben.

3) Fundamental ist an dieser Bewegung die Kritik an der Unterwerfung der Demokratie unter die Zwänge des Kapitals (in Form von Finanzmärkten oder internationalen Institutionen, wie der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds oder der Europäischen Kommission).

4) Es handelt sich um eine überzeugt pazifistische Bewegung, die ausschließlich durch friedliche Demonstrationen und Bürger_innenversammlungen, durch die argumentativ begründete Forderung nach sozial-politischen Debatten, Wirkung erzeugen will.

Die zwei ersten Forderungen der 15M-Bewegung waren a) die Änderung des bestehenden Wahlgesetzes, das die großen Parteien auf Kosten der kleinen Parteien, wie die Partei der Vereinigten Linken (Izquierda Unida, zu denen Grüne, Feministinnen und andere links einzuordnende Gruppierungen zählen), begünstige sowie b) die Schaffung eines Gesetzes für Transparenz, um zu erreichen, dass alle Abgeordneten und Mitglieder der Regierung ihr Vermögen und ihre Einkünfte öffentlich machen.⁷

Die Reaktionen der politischen Parteien und der großen Medien auf die Demonstrationen des 15. Mai und auf die dort entstandene Bewegung waren anfangs von Vorsicht geprägt. Niemand wollte eine so starke Bewegung wenige Tage vor der Kommunalwahl am 22. Mai hart angehen, und einige Politiker, vor allem von PSOE, zeigten gar Verständnis für die Forderungen des 15M. Nach der Wahl waren es dann aber vor allem die konservativen Bürgermeister von Madrid und Barcelona und die konservative Präsidentin der Comunidad de Madrid⁸, Esperanza Aguirre, die von der spanischen Regierung ein hartes Vorgehen gegen die Demonstranten forderten. Auch die Mehrzahl der Medien (inklusive El País, die ideologisch in der Nähe der PSOE steht) nahmen nach der Kommunalwahl eine immer

7 Siehe dazu „Primeras Medidas para una Vida Digna“ („Erste Maßnahmen für ein würdiges Leben“), Dokument der Versammlung der 15M-Bewegung in Barcelona von Juni 2011, in Ruiz Ligeró 2011: 11-19.

8 Die spanischen Comunidades Autonomas entsprechen ungefähr den deutschen Bundesländern.

aggressivere Haltung gegenüber der 15M-Bewegung ein. Im Kontrast dazu waren die Reaktionen von linken Intellektuellen (siehe Taibo 2011a, 2011b; außerdem Taibo et al. 2011 und Sampedro et al. 2011) und dem Linksbündnis Izquierda Unida von Anfang an durch große Begeisterung gekennzeichnet. Endlich kam das Unbehagen auf den Straßen und die Empörung der durch die Krise Betroffenen zum Ausdruck – vor allem der jungen Leute, die bis dahin lediglich durch ihre politische Passivität und Gleichgültigkeit aufgefallen waren; endlich war eine Protestbewegung durch demokratische Initiative der eigenen Bevölkerung entstanden, jenseits der Existenz und Dynamik der wichtigen Parteien; endlich konnte die Kritik, die die linken Intellektuellen am politischen und wirtschaftlichen System geübt hatten, Unterstützung durch eine kritische und soziale Bewegung auf der Straße finden.

Seit Juni/Juli 2011 besteht von Seiten der spanischen Regierung die Tendenz konfrontativ auf die 15M-Bewegung zu reagieren. Immer öfter greift die Polizei willkürlich Demonstrierende an, wie z.B. während des Papstbesuchs in Madrid im August (das Verhalten der Polizei hat in diesem Fall sogar Diskussionen in der PSOE ausgelöst). Es scheint, dass wir auf mittlere Sicht vor einem Prozess der Eskalation stehen. Die Regierung beschreitet weiter den Weg der Unterwerfung politischer Entscheidungen unter die (von vielen als erpresserisch empfundenen) Zwänge der Finanzmärkte und internationalen Institutionen, wie die rasante Änderung der spanischen Verfassung Anfang September bewiesen hat. Innerhalb von zwei Wochen waren PSOE und PP zum ersten Mal in der modernen Geschichte Spaniens darin einig, die Verfassung zu ändern, um gesetzlich eine Begrenzung der Staatsschulden einzuführen, wie es vor einigen Jahren die große Koalition in Deutschland bereits vorgemacht hatte. Der Druck zu dieser für die Zukunft des spanischen Sozialstaates enorm wichtigen politischen Entscheidung kam von der Europäischen Zentralbank und der deutschen Regierung. Die kollektive Wahrnehmung einer Trennung zwischen der politischen Klasse und den tatsächlichen Interessen der Bevölkerung steigt so weiter. Auch für eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation gibt es derweil keine Anhaltspunkte. In einer Situation, in der vor der Gefahr einer neuen wirtschaftlichen Rezession in Europa und den USA gewarnt wird (während in Spanien noch nicht einmal die letzte Rezession überwunden ist), erweist sich die Möglichkeit einer Senkung der spanischen Arbeitslosigkeit zweifellos als Schi-

märe. Entsprechend wird allgemein davon ausgegangen, dass sich die soziale Lage weiter verschlechtern wird.

Am 20. November 2011 fanden die Parlamentswahlen in Spanien statt. Die radikale Wende in der Sozialpolitik durch die Regierung José Luis Rodríguez Zapateros seit Mai 2010 bedeutete einen massiven Angriff auf den Sozialstaat. Die PSOE brachte sich damit in eine extrem schwierige Lage, für Zapatero kam sie einem politischen Selbstmord gleich (Zapatero kandidierte nicht mehr bei der Wahl). Der Wahlsieg der PP war danach allseits erwartet worden. Die Politiker der PP rufen seit Monaten dazu auf, gegen die Demonstrationen und Versammlungen der 15M Bewegung hart durchzugreifen und kündigen bereits an, dass die neue Regierung diese Haltung nach der Wahl nun auch konsequent verwirklichen werde.

Angesichts dieser zwei Faktoren – der Verschlimmerung der sozialen und wirtschaftlichen Situation, in der immer mehr junge Leute erfahren, dass sie keine Zukunft mehr im Land haben, sowie dem Machtwechsel mit einer absoluten Mehrheit der Konservativen in der neuen Regierung – lässt sich für Spanien von einem heißen Winter Ende 2011 und Anfang 2012 ausgehen (siehe Taibo 2011b). Seit dem Tod des Diktators Franco hat sich noch nie eine Regierung dazu bereit erklärt, die Richtung ihrer Politik auch nur geringfügig in Reaktion auf Proteste öffentlicher Bewegungen zu modifizieren. Gegen die neoliberale Politik der PSOE-Regierung in den achtziger und neunziger Jahren wurden von den großen Gewerkschaften mehrere Generalstreiks durchgeführt, ohne dass die Regierung von Felipe González ihre Forderungen erhört hätte.

Das zeigt die Qualität der spanischen Demokratie, in der die die Franco-Diktatur bestimmende Trennung zwischen der offiziellen Politik und dem sozial-politischen Unbehagen und Bewegungen auf der Straße nie überwunden wurde. Dies ist der Art und Weise geschuldet, in der die „Transición“ (Übergang) zwischen der Diktatur und der Demokratie in Spanien Ende der siebziger Jahren vollzogen wurde. Sie wurde von oben, das heißt, von den politischen und sozialen Eliten des alten Regimes und nach deren Interessen gestaltet. Diese Erbsünde der spanischen Demokratie bestimmt noch heute die Haltung der verschiedenen Regierungen (unabhängig davon, ob sie von der PSOE oder von der PP gebildet werden) zu öffentlichen Protesten.

In einer Konstellation (die sehr wahrscheinlich die der nächsten Monate und sogar Jahre bleiben wird), in der die Finanzmärkte, die

Europäische Zentralbank und die Europäische Union andauernden Druck auf Spanien ausüben, wird auch die neue Regierung der PP die aktuelle Richtung der radikalisierten neoliberalen Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht ändern und taub gegenüber den Protesten und Demonstrationen bleiben. Die Diagnose der PP Regierung, dass Spanien sich in einem Ausnahmezustand befinde, wird zur Rechtfertigung für die ausbleibende Resonanz auf die Demonstrationen und das Vorgehen der Polizei. Das Diktat, dem alles untergeordnet wird, lautet: „Man muss die Märkte beruhigen“. Der Fall Griechenland zeigt, dass es so möglich ist, die Proteste der Bevölkerung – bis auf weiteres – zu ignorieren.

In einem Land wie Spanien, in dem die Regierung für die Forderungen von Demonstrierenden prinzipiell taub ist, steht die von „¡Democracia Real Ya!“ initiierte Bewegung vor einem Dilemma. Entweder wandelt sich eine solche Bewegung, um politische Wirkung entfalten zu können, zu einer neuen politischen Partei (das haben einige Mitglieder der Bewegung schon zu Anfang gefordert) oder sie bleibt als außerparlamentarische Opposition erhalten, ist dann jedoch dazu verurteilt, auch weiterhin keine Resonanz in der offiziellen Politik zu finden. Ich sehe in der ersten Möglichkeit, das heißt in der Bildung einer neuen politischen Partei, eine Sackgasse für die 15M-Bewegung. Sie würde bedeuten, nach denselben Spielregeln zu handeln, die für die Entfremdung der Parteien von den eigentlichen Interessen der Bevölkerung und vor allem von den am meisten unter der Krise Leidenden verantwortlich sind. Es ist tatsächlich die Logik der Parteienherrschaft, die zu dieser Kluft führt. Außerdem würde die Gründung einer neuen linken Partei eine noch größere Aufteilung der linken Stimmen und die Konkurrenz mit der existierenden Izquierda Unida bewirken, die, meiner Meinung nach, noch eine wichtige politische Rolle im Parlament spielen könnte.

Die zweite Möglichkeit, die Fortsetzung der Proteste als soziale Bewegung ohne Partizipation an den politischen Institutionen, würde sehr wahrscheinlich auch den Verzicht auf politische Wirkung bedeuten. Das haben gewissermaßen die Ergebnisse der Kommunalwahl im Mai und der nationalen Wahlen im November gezeigt. Am 22. Mai, als die 15M-Bewegung gerade geboren war und die großen Demonstrationen auf der Puerta del Sol und anderen zentralen Plätzen in Städten in ganz Spanien bereits eine Woche lang liefen, erzielte die PP einen ersten großen Wahlsieg. Im November,

nach den ungezählten großen Mobilisierungen der 15M-Bewegung im Juni und Oktober, kam dann der Sieg der PP bei den nationalen Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit, ganz so, als hätte die 15M-Bewegung nie existiert. All dies zeigt, dass der Einfluss der 15M-Bewegung auf die Wahlergebnisse sehr gering ist. Wahrscheinlich ist dies eine der großen Paradoxien der aktuellen politischen Situation Spaniens: Aufgrund eines Wahlgesetzes, das die großen Parteien überproportional bevorzugt, ist das sich in bedeutsamen Demonstrationen äußernde kollektive Unbehagen unfähig, eine politische Übersetzung seiner Kraft bei Wahlen zu erreichen. Das politische Leben ist geprägt von der schweigenden Mehrheit. Wenn dies in Bezug auf die Wahlen so ist, wird die Wirkung der 15M-Bewegung auf eine demokratisch legitimierte Regierung wie die jetzige der PP, mit einer absoluten Mehrheit im Parlament, noch geringer sein. Darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben. Ich glaube aber, dass nur der Fortbestand ihrer Negativität als außerparlamentarische Opposition gegen das Parteiensystem das kritische Potenzial und die Lebendigkeit der 15M-Bewegung erhalten kann.

Nach Manuel Sánchez Rodríguez⁹, Philosoph an der Universidad de Granada, seit Februar Mitglied von „¡Democracia Real Ya!“ und Mitorganisator der Demonstration vom 15. Mai sowie anderer Veranstaltungen von „¡Democracia Real Ya!“, sollte die 15M-Bewegung nicht die Rolle übernehmen, konkrete Vorschläge etwa zur Änderung des bestehenden Wahlgesetzes oder zur Kontrolle von Politiker_innen-Vermögen machen. Dies würde der Bewegung die Dynamik nehmen. Im Prozess der Konkretisierung ihrer Forderungen in Form von realisierbaren Vorschlägen, die es in Kommissionen und Gremien zu diskutieren gälte, würde sich die in dieser Bewegung äußernde kollektive Empörung verlieren. Denn letztlich würden solche Verhandlung mit den Regierenden auf jenem repräsentativen Modell beruhen, das die kritisierte Kluft zwischen Politiker_innen und Bevölkerung ja gerade mit verursacht hat. Stattdessen müsse die 15M-Bewegung die Mittel für den Ausdruck der Proteste der Empörten bereitstellen und bestimmte Themen ins Zentrum aktueller politischer Debatten stellen bzw. diese Debatten

9 Ich danke Manuel Sánchez Rodríguez für die Auskünfte während eines Gesprächs in Granada am 25. Oktober 2011, auf dem folgende Aussagen beruhen.

überhaupt erst anregen. Ich teile diese Meinung, wobei ein solches Verhalten von Seiten der 15M-Bewegung eine reflektierte Begrenzung ihrer Ansprüche und Erwartungen voraussetzt. Impliziert ist damit auch die bewusste Entscheidung für eine politische Arbeit, die sich zumindest dem Risiko realpolitischer Wirkungslosigkeit im institutionellen Spanien aussetzt.

Dennoch gibt es auch in diesem dunklen Szenario, das ich hier für die Bewegung skizziert habe, einen Rahmen für politische Wirkungen. Es besteht die Möglichkeit, dass unter der neuen Regierung der PP, in einer sich verschlimmernden sozio-ökonomischen Lage, die Gewerkschaften, Izquierda Unida und andere kleine linke Parteien sowie die sozialdemokratische PSOE, die in der neuen Situation zumindest Schein-Opposition betreiben muss, einen steigenden Druck gegen die Angriffe der Regierung auf den in Spanien ohnehin schwachen Wohlfahrtsstaat entwickeln. In einer solchen Konstellation würde die 15M-Bewegung eine wichtige Rolle als gesellschaftlicher Katalysator spielen und Referenz für die sozialen Kämpfe sein. Sie könnte politische Debatten fördern, die unter anderen Umständen gar nicht stattfänden. Mit der Übernahme dieser Aufgabe würde sie ihre politische Rolle in einer defizitären demokratischen Gesellschaft wie Spanien mehr als erfüllen.

Literatur

- Fernández, Joseba* (2011): 15M: Transitando entre la autonomía, la radicalidad y el nuevo sentido común, in: *Viento Sur* 117, S. 109-112.
- Hessel, Stéphane* (2011): *Empört Euch!*, Berlin.
- López Aguilar, Juan F.* (2011): El hartazgo de las instituciones, in: *Claves de razón práctica* 215, S. 20-28.
- Ruiz Ligeró, Rodolfo* (2011): Reflexiones sobre el M15M (Actualidad y futuro), in: *El Viejo Topo* 234, S. 11-19.
- Sampedro, José Luis/Pérez de Albéniz, Javier/López Facal, Javier/Martínez, Carlos/Escolar, Ignacio/Artal, Rosa María/Martínez i Castells, Àngels/Torres López, Juan/Garzón, Baltasar/Mayor Zaragoza, Federico/Lucía, Lourdes* (2011): *Reacciona*, Madrid.
- Taibo, Carlos* (2011a): *Nada será como antes. Sobre el movimiento 15M*, Madrid.
- (2011b): *El 15M en sesenta preguntas*, Madrid.
- Taibo, Carlos/Antenas, Josep Maria/Vivas, Esther/Mateo, Juan Pablo/Doménech, Antoni/Jiménez, Iván/Monedero, Juan Carlos* (2011): *La*

rebelión de los indignados. Movimiento 15M: democracia real, ¡ya!, Madrid.

Vallespín, Fernando (2011): La fatiga democrática, in: *Claves de razón práctica* 215, S. 10-18.

Pia Eberhardt

Lobbyismus und europäische Postdemokratie Einblick in den EU-Staats-Zivilgesellschafts- Komplex im Kontext der Krise

„Ich bin nicht nur Lobbyist. Ich bin mehr. Jeden Tag, wenn ich eine Pressemitteilung oder einen Bericht schreibe, bin ich Journalist. Wenn ich nach Kontakten suche und Entwicklungen auf den Grund gehe, bin ich Forscher. Wenn ich mit Auftraggebern spreche, bin ich Verkäufer, Vermittler, manchmal Lehrer. Wenn ich mit Zulieferern spreche, bin ich Käufer, Verhandler und Event-Manager. Wenn ich Informationen sammle oder andere Interessenvertreter treffe, bin ich Fürsprecher, Politikexperte, Anwalt.“

Sebastian Kaemmer, Cambre Associates, aus seinem Beitrag zum Essay-Wettbewerb „Warum ich stolz bin, Lobbyist zu sein“, ausgerichtet von der Interessenvertretung der EU-Lobby-Organisationen, EPACA, 2011 (EPACA 2011, Übersetzung: Pia Eberhardt, PE)

Brüssel gilt nach Washington als Hauptstadt des Lobbyismus. Zwischen 15.000 und 30.000 LobbyistInnen tummeln sich auf den Fluren der EU-Institutionen (vgl. Corporate Europe Observatory 2011a: 3). Das sind zwischen 20 und 40 für jedEn EuropaabgeordnetEn.

Schätzungsweise 70 Prozent der Brüsseler LobbyistInnen vertreten Kapitalinteressen. Sie arbeiten in einem der etwa 500 Büros von transnationalen Konzernen, für einen der etwa 1.500 Unternehmensverbände oder für Anwaltskanzleien, PR-Firmen,

Denkfabriken (Think Tanks) und BeraterInnenfirmen. 20 Prozent der Lobbyzene vertritt die Interessen von Städten, Regionen und EU-Nationalstaaten. Nur 10 Prozent setzen sich für Menschen- und Arbeitsrechte, Umwelt- und Klimaschutz oder wirtschaftliche Entwicklung im globalen Süden ein. (vgl. ebd.: 7)

Und das mit sehr viel weniger Ressourcen als die Kapitalseite. Dem europäischen Chemieverband, CEFIC (European Chemical Industry Council), stand 2011 beispielsweise ein Budget von 44 Millionen Euro zur Verfügung (vgl. Europäische Union 2011a). CEFIC hat 150 MitarbeiterInnen und wird in seiner Arbeit unterstützt von Chemie-Konzernen wie BASF oder Bayer und von nationalen Chemieverbänden, die in Brüssel eigene Büros unterhalten. Zum Vergleich: Die europäische Sektion von Greenpeace, einer der größten Umweltverbände auf EU-Ebene, hatte im Jahr 2010 ein Budget von 1,6 Millionen Euro – und einen einzigen Mitarbeiter, der die EU-Chemiepolitik verfolgte (vgl. Europäische Union 2011b).

Die Strategien, derer sich LobbyistInnen bedienen, sind mannigfaltig. Sie verfassen Positionspapiere und Studien, versuchen, die öffentliche Meinung durch PR-Kampagnen zu beeinflussen, verfassen konkrete Gesetzesvorlagen, Abstimmungslisten und Änderungsanträge für Abgeordnete und KommissionsbeamtInnen, organisieren öffentliche Veranstaltungen sowie Treffen mit EntscheidungsträgerInnen hinter verschlossenen Türen, beteiligen sich an öffentlichen Konsultationen und sitzen in Beratungsgremien der EU-Institutionen.

Auch die Pflege von Netzwerken und Kontakten – über die Vermittlung wichtiger Informationen oder über Geschenke, Essenseinladungen und den ein oder anderen Yacht-Trip – gehören zum Lobbyismus. So soll der Schokoladen-Hersteller Ferrero EU-Abgeordnete zu Ostern und Weihnachten regelrecht mit süßen Lieferungen überschütten. Als einige von ihnen die Überraschungseier des Konzerns verbieten wollten, damit Kinder sich nicht an den darin versteckten Spielzeugfiguren verschluckten, setzte Ferrero angeblich auf eine weniger freundliche Strategie: nächtliche Drohanrufe. In der Brüsseler Lobbywelt ist also nicht immer alles Friede, Freude, Eierkuchen.

Verdeckte Formen der Einflussnahme

Techniken der verdeckten Einflussnahme gehören ebenfalls zum Brüsseler Lobbygeschäft. Darunter fallen so genannte Front Groups – Tarnorganisationen, die dem Lobbyismus von Konzernen ein neutrales, oft wissenschaftlich anmutendes oder auch bürgerInnen-nahes, Antlitz geben, um deren Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Ein Beispiel ist das Bromine Science and Environmental Forum (BSEF). Finanziert von der Bromindustrie und betrieben von der Lobby-Firma Burson Marsteller machte das BSEF in der Vergangenheit gegen Versuche mobil, gesundheits- und umweltschädliche, bromierte Brandhemmer – also Stoffe, die die Ausbreitung von Bränden verhindern sollen – vom Markt zu nehmen (vgl. Corporate Europe Observatory 2005).

Zunehmend an Bedeutung gewinnen Lobby-Kampagnen, die PolitikerInnen suggerieren, dass Interessen von einzelnen Industrien und Unternehmen breite Unterstützung in der Bevölkerung erfahren. Als Paradebeispiel gilt eine aufsehenerregende PR-Aktion des schwedischen Energie-Konzerns Vattenfall aus dem Jahr 2008. Vattenfall hatte die Grünfläche des Place Luxembourg direkt vor dem EU-Parlament mit 80.000 grell-orangen Plastikfiguren überschwemmt – repräsentativ für all die Menschen, die das Klima-Manifest des Unternehmens unterzeichnet hatten (vgl. Public Affairs 2.0 2008). Mit der Aktion forderte der Konzern u.a. mehr Geld für klimafreundliche Technologien. Vattenfall nutzte das in seiner Lobbykampagne für die umstrittene CCS-Technologie, mit der CO₂, das z.B. in Kohlekraftwerken entsteht, abgespalten und 'klimaneutral' im Boden gespeichert werden soll. Ob allen UnterzeichnerInnen klar war, welche 'klimafreundliche' Technologie sie mit ihrer Unterschrift unterstützten und wie umstritten diese ist, darf bezweifelt werden.¹

BürgerInnen-Engagement suggerierte auch ein Abendessen, zu dem Europa-Abgeordnete im Sommer 2010 eingeladen wurden. Und zwar vom Farmers Food Biotech Network, einer Gruppe von europäischen LandwirtInnen, die sich für mehr Gentechnik in der

1 Informationen zur Kritik der CCS-Technologie finden sich beispielsweise auf der Webseite des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND, http://www.bund.net/themen_und_projekte/klima_energie/co2_endlagerung/) sowie auf der Webseite von Greenpeace (www.greenpeace.de).

Landwirtschaft einsetzen. Sie verköstigten die Abgeordneten mit Genfood und forderten zugleich eine gentechnik-freundlichere Gesetzgebung in der EU. Auf der Veranstaltung unerwähnt blieb die Tatsache, dass sie nicht vom Farmers Food Biotech Network organisiert worden war, sondern von einer der Top PR-Firmen in Brüssel: Edelmann The Centre. Bezahlt wurde Edelmann wiederum von EuropaBio, der Stimme der europäischen Biotech-Industrie, über die Gentechnik-Marktführer wie Bayer und Monsanto ihre Lobbyaktivitäten in Brüssel koordinieren (vgl. Corporate Europe Observatory 2010).

Ebenfalls spezialisiert in der Durchführung von bürgerInnen-nahen Kampagnen ist die Firma Fleishman-Hillard. Sie wirbt derzeit für die europäische BürgerInnen-Initiative. Über dieses durch den Lissabon-Vertrag eingeführte direktdemokratische Instrument können Initiativen, die es schaffen, in 7 EU-Staaten eine Million Unterschriften für ihr Anliegen zu gewinnen, dieses auf die EU-Agenda setzen. Fleishman-Hillard betont in einem Papier die Bedeutung des Instruments: „Die europäische BürgerInnen-Initiative hat das Potential, die Lobby-Landschaft in Brüssel dramatisch zu verändern: Eine Million Unterschriften können von den EU-EntscheidungssträgerInnen einfach nicht ignoriert werden“ (Fleishman-Hillard 2011: 1, Übersetzung: PE). Das Papier nennt eine Reihe erfolgreicher Kampagnen, die bereits eine Million Unterschriften mobilisieren konnten, darunter die von Greenpeace für ein Moratorium für den Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen. Dann heißt es weiter: „Die Europäische BürgerInnen-Initiative ist nicht nur Nichtregierungsorganisationen vorbehalten. Konzerne können sie auch nutzen“ (ebd., Übersetzung: PE). Und Fleishman-Hillard weiß auch schon, welche Themen sich dafür eignen könnten: „Steckt Ihr Hauptanliegen in einer Sackgasse? [...] Eine Europäische BürgerInnen-Initiative könnte helfen, den toten Punkt zu überwinden und die Debatte aus Brüssel rauszuholen, neu zu formulieren und die Unterstützung der Allgemeinheit zu generieren“ (ebd.: 2, Übersetzung: PE). Praktischerweise bietet das Team der Lobby-Firma auch gleich seine „Unterstützung“ für eine derartige „pan-europäische grassroots Kampagne“ an – „um Ihre Interessen zu unterstützen“ (ebd., Übersetzung: PE).

Lobbyieren oder nicht lobbyieren? – die Rolle der Think Tanks

Denkfabriken (Think Tanks), spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, diskret zu lobbyieren – auch wenn sie sich nicht selbst als Lobbyorganisationen verstanden sehen wollen, sondern als neutrale Akteure, die Diskussionsräume öffnen. So zum Beispiel die Security & Defence Agenda (SDA), nach eigenen Angaben eine „neutrale Plattform für die Diskussion von Verteidigungs- und Sicherheitspolitik“ und der einzige Think Tank in Brüssel, der sich ausschließlich mit diesen Themen beschäftigt (Security & Defence Agenda 2011, Übersetzung: PE). Das geschieht in hochkarätig besetzten Veranstaltungen und in Publikationen zur europäischen Verteidigungspolitik, der NATO, 'neuen' Bedrohungen, zur Sicherung und Überwachung der Grenzen der EU usw. Die Hälfte des Umsatzes der SDA stammt aus der Industrie – darunter neun der elf größten Waffenkonzerne der Welt und eine Reihe von IT-Konzernen wie Microsoft. Auf Podien der SDA-Veranstaltungen können sie neben dem *who is who* der Politik Platz nehmen und in den Diskussionen, sowie über die SDA-Publikationen schrittweise den gesellschaftlichen Konsens zu Themen wie Militarisierung und Überwachung verschieben – indem sie z.B. Themen wie Urbanisierung und Klimawandel konsequent als Sicherheitsbedrohungen framen (vgl. Corporate Europe Observatory 2011b: 14f.).

Think Tanks verkaufen Sichtbarkeit im und Zugang ins politische System. Besonders deutlich wird das an den Sponsoring-Angeboten für einzelne Veranstaltungen. Wer das nötige Kleingeld hat, kann sich derzeit in eine vom Think Tank Forum Europe organisierte Konferenz zu Rohstoffen im Jahr 2012 einkaufen. Über das „exklusive Platin Paket“ z.B. für schlappe 6.500 Euro verspricht es drei möglichen Sponsoren eine „exklusive Sprecher-Position“, sprich, einen Platz auf dem Podium, eine ganzseitige Anzeige im Konferenzprogramm, 5 kostenlose TeilnehmerInnen-Plätze, einen Banner auf der Hauptbühne und und und (vgl. Forum Europe 2011: 4, Übersetzung: PE). Wer es nicht ganz so dicke hat, kann sich immer noch für das „Gold-“ oder das „Silberpaket“ entscheiden oder für 1.800 Euro die Erfrischungspausen bezahlen (ebd.: 4f.). Auch diverse Formen der Produktwerbung werden angeboten – vom Kugelschreiber, den die KonferenzteilnehmerInnen in ihrer Veranstaltungsmappe finden werden, bis zum Logo auf ihren Namensschildchen (vgl. ebd.: 5f.).

Zunehmende Professionalisierung

Die genannten Lobby-Techniken deuten bereits auf einen hohen Grad an Professionalisierung des Lobbyismus auf EU-Ebene hin. Frei nach dem Motto „Für Stümperhaftigkeit ist kein Platz... Boost your EU skills!“ bietet das European Training Institute seit 2005 ein breit gefächertes Weiterbildungsprogramm für LobbyistInnen an (European Training Institute 2011a, Übersetzung: PE). Vierteljährlich können sie für 2.000 Euro den zweitägigen Master-Kurs EU Lobbying belegen. Dort werden sie von gestandenen LobbyistInnen in Tricks und Kniffe der Koalitionsbildung und der Pressearbeit sowie in die komplexe Welt der Verwaltungs- und ExpertInnenausschüsse auf EU-Ebene eingewiesen. Auch die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) steht auf dem Programm, das Antworten auf Fragen verspricht wie: Sind NROs bereit, mit der Industrie zu kooperieren? Wie kann eine Kooperation aussehen? Und was ist der Mehrwert? (vgl. European Training Institute 2011b) Andere Weiterbildungsangebote fokussieren auf den Zugang zu EU-Geldern oder spezielle Politikfelder wie z.B. den Komitologie-Prozess zur Regulierung von Finanzdienstleistungen. Noch zielgerichteter sind die 90-minütigen Lunch-Seminare zu Themen wie „winning, dining & networking in Brussels“ oder zur Rolle von Folgenabschätzungen im EU-Politikprozess, durch die mögliche wirtschaftliche, soziale und ökologische Folgen eines Gesetzes frühzeitig geprüft werden, um es gegebenenfalls zu verbessern (vgl. European Training Institute 2011c).

Die zunehmende Professionalisierung spiegelt sich auch in einer Reihe von Publikationen wider, mit denen Unternehmen und Verbände ihren MitarbeiterInnen und Mitgliedern Wissen über wichtige Ansprechpersonen und Lobbytaktiken vermitteln. Nach der Europawahl 2009 veröffentlichte beispielsweise der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) eine Broschüre über dessen Zusammensetzung und die wichtigsten AnsprechpartnerInnen für die deutsche Industrie. „Acht Empfehlungen für die Interessenvertretung im Europäischen Parlament“ gab es kostenlos dazu, darunter „langfristige Beziehungen zu Schlüsselpersonen aufbauen“ und „Wahlkreis- und Mittelstandsbezug herstellen“ (Bundesverband der Deutschen Industrie 2009: 8f.). Denn: „Abgeordnete reagieren besonders sensibel, wenn Themen ihren eigenen Wahlkreis oder ihre Heimatregion betreffen [...] Falls eine regionale Firma von einem

bestimmten Gesetzentwurf besonders betroffen wäre, sollte dies im Gespräch ausdrücklich erwähnt werden.“ Neben persönlichen Gesprächen haben sich laut BDI auch „Frühstücke, Mittagessen oder Parlamentarische Abende bewährt, bei denen Inhalte und Positionen mit mehreren Abgeordneten verschiedener Fraktionen diskutiert werden“ (ebd.: 9).

Toxische Lobby gegen REACH

Die Lobby-Offensive gegen die EU-Chemikalien-Richtlinie REACH ist ein gutes Beispiel dafür, wie unterschiedliche Lobbystrategien erfolgreich ineinander greifen können (vgl. zu diesem Abschnitt Greenpeace 2006). Sie zielte auf den Vorschlag der EU-Kommission von 2001, der die Chemieindustrie zwingen sollte, die Sicherheit ihrer Produkte nachzuweisen und gefährliche Substanzen vom Markt zu nehmen. Sowohl der Rat der EU als auch das Europaparlament reagierten zunächst positiv auf den Vorschlag.

Doch dann machte die Chemieindustrie gegen die Pläne mobil. Durch den (Vize-)Vorsitz beim Europäischen Chemieverband CEFIC, im BDI und im europäischen ArbeitgeberInnenverband BusinessEurope spielte besonders BASF eine zentrale Rolle bei der Abstimmung der Kampagne. Der weltgrößte Chemiekonzern hatte auch den Vorsitz im Transatlantic Business Dialogue (TABD), einem Zusammenschluss von etwa 40 europäischen und amerikanischen Konzern-ChefInnen (darunter aktuell 2 Frauen). In der Folge machten auch US Unternehmen wie DuPont und Dow, der amerikanische Chemieverband ACC und die US-Administration gegen REACH mobil. In einem Brief an alle US-Botschaften warnte der damalige US-Außenminister Colin Powell vor der Belastung der US-Chemie-Industrie.

In Europa begann die Chemie-Industrie, ihre eigenen Leute in Entscheidungsgremien einzuschleusen. 2001 wurde Markus Malangerie von BASF Berater der bei REACH federführenden Kommissionsabteilung. Er arbeitete in der internen REACH-Arbeitsgruppe mit und trat nach außen als Kommissionsmitarbeiter auf. Doch er wurde weiter von BASF bezahlt. Das änderte sich auch nicht als Malangerie 2004 ins deutsche Wirtschaftsministerium wechselte – als die REACH-Debatte auf Ebene der EU-Mitgliedstaaten ankam.

Ein Jahr später veröffentlichte der BDI eine von der BeraterInnenfirma Arthur D. Little verfasste Studie, laut der REACH zum

Verlust von 2,35 Millionen Arbeitsplätzen führen würde. Auch wenn das Umweltbundesamt die Studie später als methodologisch unhaltbar kritisierte – die Zahl war in der Welt und die Debatte drehte sich von nun an nicht mehr um die Sicherheit von Chemikalien, sondern um Arbeitsplätze. In einem gemeinsamen Brief geißelten Gerhard Schröder, Tony Blair und Jacques Chirac die Pläne der Kommission.

Deren endgültiger REACH-Vorschlag war 2003 schon deutlich abgeschwächt. Doch damit war die Lobby-Offensive noch nicht vorbei. Im Europaparlament zielte die Chemieindustrie nun darauf, REACH zu einem solch bürokratischen Monstrum zu machen und die zuständige Agentur so zu überlasten, dass die Richtlinie nahezu unbrauchbar wäre. Einer der federführenden Abgeordneten, der CDU-Politiker Hartmut Nassauer, ließ sich von einem Experten des deutschen Verbands der chemischen Industrie (VCI) beraten, der später stolz berichtete, dass Nassauer seine Vorschläge übernommen habe (vgl. Greenpeace 2006: 15). Eine Studie zu den über 1.400 Änderungsanträgen, die im Parlament zu REACH eingebracht wurden, konnte 88% der Anträge der Christ- und SozialdemokratInnen (insgesamt über 850) auf Positionen der Chemie- und Papierindustrie zurückführen (vgl. Craig 2008: 8).

Das Resultat der Anti-REACH-Kampagne war eine abgeschwächte Richtlinie, die Tausende von Chemikalien ausnimmt und bis heute zum Verbot keiner einzigen Substanz geführt hat – obwohl sie seit 2007 in Kraft ist. Und REACH ist kein Einzelfall. Ob bei den Klimazielen der EU, der Senkung des CO₂-Ausstoßes von Autos, Finanzmarktregulierung oder der EU-Handelspolitik – im Brüsseler Regulierungsdschungel setzen sich Unternehmensinteressen in der Regel gegen Anliegen wie soziale oder ökologische Gerechtigkeit durch.

Selektive Einbindung des Kapitals in den EU-Apparat

Der Erfolg der großen Konzerne und Unternehmensverbände liegt jedoch nicht allein in den ausgeklügelten Aktivitäten der Lobbyverbände begründet. Denn Kapitalinteressen behaupten sich auf dem Brüsseler Lobbyparkett nicht einfach besser, sondern können eine Reihe von exklusiven Einflusskanälen nutzen, über die sie privilegiert in den EU-Entscheidungsprozess eingebunden sind.

Zum Beispiel über ExpertInnen-Gruppen. Davon gibt es über 1.000, die von der EU-Kommission zu Beginn eines Politikprozesses eingesetzt werden, um hinter verschlossenen Türen die groben Linien vorzugeben. Der Großteil von ihnen setzt sich aus VertreterInnen nationaler Ministerien zusammen. Doch diejenigen mit externen Mitgliedern werden häufig von Konzernen dominiert (vgl. Corporate Europe Observatory 2011a: 10). Nach Ausbruch der Finanzkrise saßen in solch einer achtköpfigen Gruppe z.B. fünf Personen aus dem privaten Finanzsektor und stellten sicher, dass Banken und Hedge Funds auch in Zukunft nicht streng reguliert werden (vgl. Corporate Europe Observatory et al. 2009). Transnationale Konzerne wie RWE und Vattenfall saßen in einer so genannten Technologie-Plattform für 'saubere' Energien. So konnten sie selbst EU-Forschungsgelder in ihre oben erwähnten umstrittenen CCS-Projekte lenken (vgl. Corporate Europe Observatory 2009).

Auch die europäische Handelspolitik wird in exklusiven Netzwerken von KommissionsbeamtenInnen, VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten und der Wirtschaft gestaltet. Die 2007 verabschiedete Marktzugangsstrategie der EU begründet ganz offiziell „eine starke Partnerschaft für die Öffnung der Märkte zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Unternehmen“ (Europäische Kommission 2007: 2). In Brüssel wurden dazu über ein Dutzend so genannter Marktzugangs-Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen VertreterInnen der Kommission, der EU-Mitgliedstaaten und der Wirtschaft Regulierungen in Drittstaaten identifizieren, die ihren Exporteuren ein Dorn im Auge sind. Dann werden Strategien entwickelt, um sie aus dem Weg zu räumen – über bilaterale und multilaterale Verhandlungen, Streitschlichtungsverfahren oder „politische Kontakte und Handelsdiplomatie“ (ebd.: 7).

In über 30 Zielmärkten der EU wurden zudem so genannte Marktzugangs-Teams eingerichtet, die „eine systematischere Koordinierung“ (ebd.: 8) zwischen den EU-Delegationen, nationalen Botschaften, Handelskammern und Unternehmen vor Ort ermöglichen sollen. Sie setzen Beschlüsse aus Brüssel um und agieren als „Frühwarnsystem“ (ebd.: 9) zur Identifizierung und Beeinflussung zukünftiger Gesetze. Auf der Agenda steht dabei von Gesundheitsstandards und Beschränkungen beim Zugang zu Rohstoffen über restriktive öffentliche Beschaffungsvorschriften bis zu Hemmnissen beim Dienstleistungsverkehr so ziemlich alles, was nicht in die ord-

nungspolitischen Vorstellungen der EU passt und daran angeglichen werden soll.

Es verwundert nicht, dass die Konzerne und Verbände mit Sitz in den Marktzugangs-Arbeitsgruppen begeistert sind über den „engen Kontakt mit den EU-Verhandlern“ und die „konstruktive Arbeitsbeziehung“ mit der Kommission, wie der europäische Verband des Einzel-, Groß- und Außenhandels, EuroCommerce (2009: 25f.), zufrieden feststellt. Er preist die Arbeitsgruppen als „riesiges Hörrohr, mit dem die Kommission den Wünschen der Industrie lauscht“ (Kamphöner 2010). Für eines seiner Mitglieder, die Metro-Gruppe, geht es darum, dass die Kommission lernt, wie ein Unternehmen zu denken und auch so zu sprechen (vgl. Wiedmann 2008: 7). Die Kommission wiederum will ihre Handlungsfähigkeit durch die stärkere Einbindung der Verbände ausweiten – gegenüber den Mitgliedstaaten und auf dem Weltmarkt. Denn: „Unsere Fähigkeit, effektiv unsere Ressourcen zu mobilisieren und zu bündeln wird darüber entscheiden, wie ehrgeizig wir unsere Ziele verfolgen können“ (Europäische Kommission 2006: 22; Übersetzung: PE).

Auch das Europaparlament garantiert Konzern-LobbyistInnen privilegierten Zugang. Zum Beispiel in sogenannten Inter-Groups. Hier sitzen Abgeordnete und LobbyistInnen zusammen, die sich für ein bestimmtes Thema interessieren. Zugang zu Medikamenten zum Beispiel. Oder Autos. Oder Energieversorgung. Um die geht es beispielsweise im Europäischen Energie Forum (EEF, European Energy Forum). Gesponsert wird es von seinen Konzern-Mitgliedern – Areva, Vattenfall, RWE & Co. Für einen jährlichen Beitrag von 7.000 Euro bekommen die LobbyistInnen dieser Konzerne direkten Zugang zu den wichtigen Figuren der EU-Energiepolitik – in konzern-finanzierten exklusiven Dinner-Debatten, Lunch-Gesprächen, Workshops für AssistentInnen und Ausflügen zu wichtigen Energiestandorten wie Atomkraftwerken (vgl. European Energy Forum 2011).

Munter schwingt die Drehtür

Die enge Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staatsapparaten und LobbyistInnen wird begünstigt durch eine politische Kultur der zunehmenden Symbiose zwischen politischen und wirtschaftlichen Schlüsselfiguren in Brüssel. Das unterstreichen der rege personelle Austausch zwischen der Lobbyindustrie und

EU-Institutionen sowie zahlreiche Nebenjobs der EurokratInnen, bei denen Interessenkonflikte auf der Hand liegen.

Der CDU-Politiker Klaus-Heiner Lehne ist z.B. Partner der Anwaltskanzlei Taylor Wessing (vgl. Lobbypedia 2011a). Und EU Veteran Elmar Brok steht auf der Gehaltsliste des Medien-Giganten Bertelsmann (vgl. Lobbypedia 2011b). Beide Unternehmen lobbyieren die EU-Institutionen, Lehne und Brok stellen innerhalb des Parlaments die Weichen in ihrem Interesse. Zahlreiche ihrer Ex-KollegInnen arbeiten inzwischen für BeraterInnenfirmen wie Cabinet DN, G Plus oder Kreab Gavin Anderson (vgl. Brussels Sunshine 2011). Die Finnin Piia-Noora Kauppi wechselte vom Parlament zur Federation of Finnish Financial Services, nachdem sie bereits als Abgeordnete in deren Sinne abgestimmt hatte (vgl. Worst EU Lobbying Awards 2008). In dieser Funktion ist sie heute auch Vorsitzende des European Banking Industry Committee. Und gleich 5 von 13 KommissarInnen, die 2010 aus der EU-Kommission ausschieden, haben nun lukrative BeraterInnen-Jobs in der Privatindustrie (vgl. ALTER EU 2011). Darunter befindet sich der ex-Industriekommissar Günter Verheugen, der die Royal Bank of Scotland und die Lobbyagentur Fleishman-Hillard berät und auch gleich seine eigene Lobbyfirma aufgemacht hat, die European Experience Company.

Gestern noch PolitikerIn, heute LobbyistIn. Mit Hilfe der munter schwingenden Drehtür zwischen den Spitzen der Politik und der Lobbyindustrie erkaufte sich letztere wertvolles Insiderwissen und den direkten Zugang ins politische System. Politisch wirft der Drehtür-Mechanismus die Frage auf, inwieweit EU-BeamteInnen bereits während ihrer EU-Laufbahn Entscheidungen im Interesse potentieller zukünftiger ArbeitgeberInnen fällen. Beides unterstrich vor kurzem Jack Abramoff in einem an Deutlichkeit nicht zu übertreffenden Zeitungskommentar. Bevor er drei Jahre wegen Betrugs und Steuerhinterziehung ins Gefängnis wanderte, galt Abramoff als einer der schillerndsten Lobbyisten der K-Street, der Hauptstraße des Lobbyismus in Washington. Der Mann weiß also, wovon er spricht, wenn er heute von „willigen Vasallen“ schreibt, die im US-Kongress de facto für die Lobbyindustrie arbeiten, weil sie dort auf einen Job hoffen, der mehr Geld und eine langfristige Perspektive fernab von der Gunst der WählerInnen bietet. Abramoff schreibt:

„Die meisten MitarbeiterInnen waren gegenüber ihrem/r Abgeordneten und dem Kongress extrem loyal. Doch sobald sie eine Chance

witterten, irgendwann für uns zu arbeiten, wechselten sie die Mannschaft [...]. Sie fingen an, sich so zu verhalten als würden sie bereits für uns arbeiten [...]. Manchmal haben sie die Wünsche der LobbyistInnen sogar übertroffen, um Beifall zu gewinnen. Von diesem Moment arbeiteten sie nicht mehr für die jeweiligen Kongress-Mitglieder. Sie arbeiteten für uns. Sie steckten uns alle Insider-Informationen, die unsere Kunden benötigten. Was auch immer unseren Kunden schaden könnte, wurde von ihnen im Keim erstickt [...]. Ich betone: Sie arbeiteten für uns“ (2011, Übersetzung: PE).

Für die Lobbyindustrie wiederum, so Abramoff, war nichts so wichtig wie die Expertise und der Zugang zum politischen System, den ehemalige MitarbeiterInnen bieten konnten: „Zugang und Expertise. So läuft die große Lobby-Maschinerie.“ Abramoff weiter:

„Ich hatte viele Liebespfeile in meinem Lobby-Köcher, um unsere Firma im Kongress beliebt zu machen: schicke Restaurants in Washington [...], die besten Plätze für jede Sportveranstaltung und jedes Konzert der Stadt, private Flugzeuge in ständiger Bereitschaft, um Kongress-Mitglieder und MitarbeiterInnen an exotische Orte zu bringen, Millionen an Wahlkampfspenden. Wir hatten alles. Doch bei all diesen korrumpierenden Geschenken – nichts war so wichtig wie die Drehtür“ (ebd.).

Eliten-Netzwerke im Kontext der Krise der EU

Die fleißig schwingende Drehtür ist einer von vielen Mechanismen, die die informellen, überwiegend männlich-weißen Netzwerke der herrschenden Klasse aufrechterhalten. Die Bedeutung dieser Netzwerke wurde im Kontext der Eurokrise noch einmal besonders deutlich. Zum Beispiel in der Führungsriege der ‘unabhängigen’ Europäischen Zentralbank (EZB). Ihr seit Herbst 2011 amtierender Chef Mario Draghi war einst stellvertretender Vorsitzender von Goldman Sachs, einem der größten Finanzdienstleister der Welt. Draghi ist außerdem Mitglied eines Elite-Zirkels der internationalen Banken-Gemeinschaft, der sogenannten Group of Thirty. Sie bringt eine Reihe von Zentralbankern, Vertreter von Banken wie JP Morgan Chase, Morgan Stanley und Goldman Sachs sowie WissenschaftlerInnen (darunter eine Frau) zusammen und beeinflusst nach eigenen Angaben „die aktuelle und zukünftige Struktur des globalen Finanzsystems durch die direkte Überbringung von Empfehlungen an die private und öffentliche politische Gemeinschaft“ (Group of Thirty 2011,

Übersetzung: PE). Der im Oktober 2011 aus dem Amt geschiedene ehemalige EZB-Präsident, Jean-Claude Trichet, wurde nach langjähriger Mitgliedschaft im Dezember 2011 ihr Vorsitzender (vgl. ebd.).

Auch ein Vergleich der Positionen von Netzwerken wie dem 1983 gegründeten Europäischen Runden Tisch der Industriellen (European Roundtable of Industrialists, ERT) und den Strategien zur Bearbeitung der Eurokrise, wie sie von Nationalstaaten wie Deutschland und Frankreich und den EU-Institutionen verfolgt werden, unterstreicht die Bedeutung von weiß-maskulinistischen Eliten-Netzwerken für das EU-Projekt (siehe für den folgenden Abschnitt *Corporate Europe Observatory* 2011c). Im ERT sind 45 Vorstandsvorsitzende (darunter eine Frau) transnationaler Konzerne organisiert, von BP über die Telekom bis zu Vodafone. Während die Lobby-Gruppe sich kaum in das Brüsseler Alltagsgeschäft einbringt, arbeitet sie seit ihrer Gründung an langfristigen Visionen für das europäische Projekt und an Strategien zu dessen Umsetzung. Der ERT gilt als treibende Kraft der Schaffung des gemeinsamen europäischen Marktes, des Vertrags von Maastricht, der Währungsunion und auch der neoliberalen Vorstellungen der Lissabon-Agenda.

Im Jahr 2000 beschrieb der damalige ERT-Vorsitzende, Daniel Janssen, die ERT-Vision des europäischen Einigungsprozesses als die einer „doppelten Revolution“ (ebd.: 9): Einerseits sollte die neoliberale Restrukturierung der Gesellschaften durch Privatisierung und Deregulierung voran getrieben werden. Andererseits sollten Entscheidungskompetenzen auf die EU-Institutionen übertragen werden, da diese sich eher am Weltmarkt orientieren.

Die Lissabon-Agenda von 2000, mit der die EU zum weltweit wettbewerbsfähigsten Raum aufsteigen sollte, wurde vom ERT daraufhin auch frenetisch gefeiert. Dank Lissabon wurden Arbeitsmärkte flexibilisiert, öffentliche Dienstleistungen privatisiert, der EU-Binnenmarkt weiter dereguliert und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zum Damoklesschwert erhoben, mit dem politikfeldübergreifend soziale Rechte und Umweltschutz angegriffen werden konnten (vgl. ebd.: 9f.).

Doch dem ERT ging das noch nicht weit genug. Ihm fehlten weitreichende Kompetenzen der EU-Institutionen, auf Arbeitsmärkte und Fiskalpolitik in den EU-Staaten zuzugreifen – und scharfe Sanktionsmechanismen falls sie die Losungen aus Brüssel nicht umsetzten. In einem ERT-Papier von 2002 heißt es „nationale Haus-

halte und die wesentlichen fiskal-politischen Instrumente müssen noch im Entwurfstadium von den EU-Institutionen kommentiert werden“ (ebd.: 10, Übersetzung: PE). Genau das ist der Kern der ‘Reformen’, die aktuell unter dem Schlagwort Europäische Wirtschaftsregierung und den dafür notwendigen Veränderungen der EU-Verträge von Berlin über Brüssel bis Paris als Krisenbewältigung diskutiert und implementiert werden.

Europäische Postdemokratie

Beim ERT dürften die Sektkorken knallen, wenn Regierungen aus nicht-gewählten TechnokratInnen in Italien und Griechenland eingesetzt werden, das Budgetrecht nationaler Parlamente ausgehebelt wird und stattdessen bestehende nicht-demokratisch legitimierte EU-Institutionen und Regimes gestärkt bzw. neu geschaffen werden, um den europaweit-synchronisierten Sozialabbau von demokratischen Prozessen abzuschirmen und bei Bedarf auch mit Zwang durchzusetzen. Diese erfolgreiche „doppelte Revolution“ im Sinne des ERT bedeutet nicht nur eine äußerst nachhaltige neoliberale Zurichtung europäischer Gesellschaften, sondern auch die Verfestigung der aktuellen wettbewerbszentrierten „strategischen Selektivität“ (Jessop 1990: 260) europäischer Staatlichkeit – mit all ihren rassistischen, patriarchalen² und – wie die Eurokrise und insbesondere die Rolle Deutschlands in ihrer Bearbeitung zeigt – nationalistischen Einschreibungen. Zudem bedeutet sie einen Machtzuwachs für technokratische, öffentlich kaum kontrollierbare und auf den Weltmarkt und inter-

2 Feministische Staatstheoretikerinnen wie Birgit Sauer (z.B. 2003) haben auf die geschlechtspezifische und rassistische Selektivität des Wettbewerbsstaates hingewiesen, der die Interessen starker, internationalisierter Eliten (mehrheitlich weiße Männer) in Ökonomie und Politik privilegiert und diejenigen von nicht-weltmarkt-orientierten Bevölkerungsgruppen (Frauen, MigrantInnen, etc.) des-artikuliert. Das geschieht sowohl über wirtschaftspolitische Maßnahmen (Privatisierung, rigide Sparpolitik, Abbau der Sozialsysteme) als auch über politisch-institutionelle Weichenstellungen (Aufwertung von undemokratischen, weltmarktorientierten Exekutiv-Organen wie Zentralbanken und Finanzministerien zuungunsten von demokratischeren und stärker auf Umverteilung und Sozialpolitik orientierten Staatsapparaten).

nationale Wettbewerbsfähigkeit fixierte Exekutiv-Organen wie die EU-Kommission sowie die mit ihnen verbandelten informellen Netzwerke privater Kapital-Akteure (siehe hierzu Oberndorfer in diesem Band).

Beide Dynamiken werden den ohnehin schon geringen Gestaltungsspielraum emanzipatorischer Kräfte und demokratischer Entscheidungsgremien auf nationaler wie auch europäischer Ebene massiv beschneiden, und zwar nachhaltig. In dieser Situation in den grün-sozialdemokratischen Ruf nach 'mehr Europa' – im Sinne einer europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik – einzustimmen und unter Verweis auf mögliche veränderte Kräfteverhältnisse in der fernen Zukunft darauf zu hoffen, dass diese Politik irgendwann vielleicht demokratischer, ökologischer und sozialer werden könnte als das, was heute auf dem Tisch liegt, ist nicht nur naiv, sondern auch gefährlich. Denn es unterschätzt bzw. verneint die Dominanz transnationaler Kapitalinteressen im europäischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplex. Und legitimiert den anti-sozialen und autoritären Charakter der aktuellen Transformation und ihre rechtliche Festschreibung, anstatt sie als solche zu brandmarken. Das Herrschaftsprojekt EU und insbesondere das Herrschaftsprojekt Euro werden damit hegemonial eingehegt.

Von 'ja aber' zu 'nein, es sei denn'

Es ist Zeit, eine linke Alternative zur grün-sozialdemokratischen 'ja aber' Position zur EU zu entwickeln – in Richtung einer 'nein, es sei denn' Position. Eine internationalistische und damit pro-europäische Position. Für ein Europa von unten, direkt-demokratisch, sozial, ökologisch und anti-national. Ihre FürsprecherInnen dürften nicht versäumen, aufzuzeigen, wo das bestehende EU-Projekt unvereinbar mit dieser Vision ist. Und sie sollten nicht in den Irrglauben verfallen, alles europäische sei per se nicht nationalistisch oder gar internationalistisch. Gerade das Projekt Euro und das Agieren Deutschlands in der Eurokrise zeigen, dass die europäische Ebene von Staatlichkeit eben auch eine Ebene von Staatlichkeit ist, die die Staaten Kerneuropas nutzen können, um die europäische Peripherie neo-imperial zuzurichten. Umgekehrt zeigt z.B. die Beteiligung der ultra-rechten L.A.O.S. Partei an der Strukturanpassungs-Regierung in Griechenland, dass nationalistische Kräfte dieses Terrain durchaus zu bespielen wissen.

Sowohl bei der Entwicklung einer linken Alternative als auch einer Kritik des bestehenden EU-Projekts wird der Blick über den Tellerrand und, vor allem, der Blick in die europäische Peripherie entscheidend sein. Von dort kommen schon wichtige Impulse – sowohl was die spanische Bewegung der *indignados* (hierzu Romero Cuevas in diesem Band) und die von ihr aufgeworfene Demokratiefrage betrifft als auch die Infragestellung des Projekts Euro durch einzelne griechische ÖkonomInnen und die beginnende Vernetzung griechischer, irischer, spanischer und portugiesischer Anti-Austeritäts-Gruppen.

Damit komme ich zum Beginn dieses Artikels zurück. Denn das Selbst- und Politikverständnis dieser Gruppen könnte sich kaum stärker unterscheiden von dem des Gewinners des eingangs zitierten Essay-Wettbewerbs mit dem Motto „Warum ich stolz bin, Lobbyist zu sein“. Er gewann ihn als Alleskönner. Als Lobbyist, der zeitgleich Journalist, Forscher, Verkäufer, Vermittler, Lehrer, Fürsprecher, Politikexperte und Anwalt ist. Die spanische Occupy-Bewegung beschreibt sich hingegen so:

„Wir sind normale Menschen. Wir sind wie du: Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um studieren zu gehen, zur Arbeit zu gehen oder einen Job zu finden, Menschen mit Familien und Freunden. Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, um denjenigen die uns umgeben eine bessere Zukunft zu bieten.“³

Im Manifest der Bewegung heißt es außerdem: „Die Demokratie gehört den Menschen [...], wobei die Regierung aus jedem Einzelnen von uns besteht“⁴. Von LobbyistInnen als Scharnier ins politische System, wie sie in den anderen Beiträgen des Essay-Wettbewerbs gefeiert werden, keine Rede. Klingt für mich eher nach „nein, es sei denn“ als nach „ja, aber“.

Literatur

Abramoff, Jack (2011): ‘Willing Vassals’ in Congress Do Lobbying Bidding; Jack Abramoff, in: Bloomberg Business Week, 29.11.2011, <http://www.businessweek.com/news/2011-11-29/-willing-vassals-in-congress-do-lobbyist-bidding-jack-abramoff.html> [05.12.2011].

3 Democracia real YA (2011): Manifest (Deutsch), in: <http://www.democraciarealya.es/manifesto-comun/von-democracia-real-ya-aleman/> [11.12.2011].

4 Ebd.

- ALTER EU* (2011): Revolving door provides privileged access. Why the European Commission needs a stricter code of conduct, Brüssel.
- Brussels Sunshine* (2011): Cash-for amendments scandal just the tip of the iceberg, in: <http://blog.brusselssunshine.eu/2011/03/cash-for-amendments-scandal-just-tip-of.html> [05.12.2011].
- Bundesverband der deutschen Industrie* (2009): Europäisches Parlament 2009-2014. Zusammensetzung, Ansprechpartner und Empfehlungen für Interessenvertreter, Berlin.
- Corporate Europe Observatory* (2005): House of Mirrors. Burson-Marsteller Brussels lobbying for the bromine industry, Amsterdam.
- (2009): Public funds used to lobby for fossil fuel in Copenhagen. European tax payers foot the bill for promoting global expansion of fossil fuel, Brüssel.
 - (2010): GM food tasting: Farmers or EuropaBio?, in: <http://www.corporateeurope.org/blog/gm-food-tasting-farmers-or-europabio> [22.11.2011].
 - (2011a): Brussels. The EU quarter, Brüssel.
 - (2011b): Lobbying Warfare. The arm's industry's role in building a military Europe, Brüssel.
 - (2011c): Corporate EUtopia – how new economic governance measures challenge democracy, Brüssel.
- Corporate Europe Observatory/Friends of the Earth Europe/Lobbycontrol/Spinwatch* (2009): Would you bank on them? Why we shouldn't trust the EU's financial 'wise men', Brüssel/Köln/London.
- Craig, Mary* (2008): Lobbying at the European Parliament – Two Legislative Cases: F-Gases and REACH, Brüssel.
- Eurocommerce* (2009): Eurocommerce Draft Action Plan. Briefing to the Steering Committee of 20/11/2009.
- EPACA* (2011): EPACA Contest 2011, in: <http://epaca.org/en/about-epaca/epaca-contest-2011/> [22.11.2011].
- Europäische Kommission* (2006): Commission Staff Working Document. Annex to the Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Global Europe: Competing in the world, Brüssel, 4.10.2006, SEC(2006) 1230.
- (2007): Das Globale Europa – Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure, Brüssel, 18.4.2007, KOM(2007) 183 endg.
- Europäische Union* (2011a): Transparency Register. European Chemical Industry Council, in: <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=64879142323-90> [22.11.2011].
- (2011b): Transparency Register. Greenpeace European Unit, in: <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=9832909575-41> [22.11.2011].

- European Energy Forum* (2011): Mission, in: <http://www.europeanenergyforum.eu/about-us/mission> [08.12.2011].
- European Training Institute* (2011a): European Training Institute, in: <http://www.e-t-i.be/> [08.12.2011].
- (2011b): EU Lobbying Masterclass, in: http://www.e-t-i.be/course_lobbying_skills.asp [05.12.2011].
- (2011c): 90', in: <http://www.e-t-i.be/conferences.asp> [05.12.2011].
- Fleishman-Hillard* (2011): Is your organisation ready for the European Citizen's Initiative? FH 'Tech Spotlight' N.7, Brüssel.
- Forum Europe* (2011): The 2nd Annual European Raw Materials Conference. Sponsorship & Exhibition Prospectus, Brüssel.
- Group of Thirty* (2011): Group of Thirty, in: <http://www.group30.org/index.shtml> [08.12.2011].
- Greenpeace* (2006): Toxic Lobby. How the Chemical Industry is Trying to Kill REACH, Brüssel.
- Jessop, Bob* (1990): State Theory. Putting Capitalist States in their Place, Pennsylvania.
- Kamphöner, Ralph* (Seniorberater für internationalen Handel bei Euro-Commerce) (2010): Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin, Brüssel, 07.04.2010.
- Lobbypedia* (2011a): Klaus-Heiner Lehne, in: http://www.lobbypedia.de/index.php/Klaus-Heiner_Lehne [06.12.2011].
- (2011b): Elmar Brok, in: http://www.lobbypedia.de/index.php/Elmar_Brok [05.12.2011].
- Public Affairs 2.0* (2008): Spring comes early to Place Luxembourg, or..., in: <http://publicaffairs2point0.eu/2008/10/28/spring-comes-early-to-place-luxembourg-or/>[24.11.2011].
- Sauer, Birgit (2003): Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 51, S. 621-637.
- Security & Defence Agenda* (2011): About us, in: <http://www.security-defenceagenda.org/Functionalnavigation/Aboutus/Whatwedo/tabid/1240/Default.aspx> [08.12.2011].
- Wiedmann, Michael* (2008): Market Acces Symposium „Opening Borders to Business“. Distribution services, presentation at the Market Acces Symposium „Opening Borders to Business“, Paris, 27.11.2008.
- Worst EU Lobbying Awards* (2008): Piia-Noora Kauppi, Europaabgeordnete, in: <http://archive.worstlobby.eu/2008/vote/info/7/worstconflictinterest> [06.12.2011].

Anna Krämer

Europa postkolonial Oder warum *Weißsein* konstitutiv für Europa ist

„(...) niemand kolonisiert unschuldig, und (...) niemand kolonisiert ungestraft; (...) eine Nation, die kolonisiert, (...) eine Zivilisation, die die Kolonisation – also die Gewalt – rechtfertigt, ist bereits eine kranke Zivilisation, eine moralisch beschädigte Zivilisation, die unaufhaltsam, von Konsequenz zu Konsequenz, von Verleugnung zu Verleugnung, ihren Hitler ruft“ (Césaire 2011 (1955): 18; Übers. AK).¹

Die Kriegsrüinen, die Konzentrations- und Vernichtungslager vor Augen, prognostiziert der antikoloniale Denker und Mitbegründer der *Négritude*, Aimé Césaire, in seiner „Rede über den Kolonialismus“ 1955 das Ende der europäischen Zivilisation. Sklaverei und Kolonialismus bildeten, so Césaire, den Brückenkopf im Übergang von Zivilisation zu Barbarei, die ihren ultimativen Ausdruck im Nationalsozialismus finde. Dieser sei somit nicht Ausdruck einer verrückten und entrückten Ideologie der Nazis, sondern Ausdruck der Widersprüchlichkeit der europäischen Moderne in Denken und Handeln.

Die von Césaire angestoßene Reflexion des Zusammenhanges² zwischen Aufklärung, den kolonialen Entstehungsbedingungen Europas, Sklaverei und Nationalsozialismus wurde bisher kaum beachtet (vgl. Broeck 2011: 240). Ich gehe mit der postkolonialen Theorie davon aus, dass die koloniale Expansion ebenso wie die Herstellung eines Wissens über die ‘Anderen’ die „konstitutive Außenseite der europäischen und dann westlichen Moderne“

1 Original: „(...) nul ne colonise innocemment, (...) nul non plus ne colonise impunément; (...) une nation qui colonise, (...) une civilisation qui justifie la colonisation – donc la force – est déjà une civilisation malade, une civilisation moralement atteinte, qui, irrésistiblement, de conséquence en conséquence, de reniement en reniement, appelle son Hitler, (...)“ (Césaire 2011 (1955): 18).

2 Achtung: Zusammenhang, nicht Vergleich!

(Hall 2002: 231) darstellen. Indem ich sowohl Kolonialismus und transatlantischen Sklavenhandel als auch die Philosophie der europäischen Aufklärung als *europäische Projekte* begreife, befrage ich diese in ihren Wechselwirkungen auf ihre Beiträge zur Herausbildung 'Europas' als ein imaginäres gemeinschaftliches Gebilde. Das Zeitalter der Aufklärung, welches gemeinhin für die Entstehung der Vorstellung der Gleichheit der Menschen vor dem Recht, vor dem Staat und nicht zuletzt vor Gott steht, muss als ein Schlüsselmoment der europäischen Moderne betrachtet werden (vgl. Mills 2002: 2). Gleichzeitig ist das 18. Jahrhundert die Hochphase des transatlantischen Sklavenhandels, der den verwissenschaftlichten Rassentheorien den Boden bereitete und so einen Rahmen für die wissenschaftliche und philosophische Legitimation von Sklaverei und Kolonialismus schuf (vgl. Eze 1997: 5; Curran 2009: XIX; Smidt 1999: 5).

Bei der Frage nach der Kolonialität aufklärerischen Denkens geht es mir nicht darum, die Ideen der Epoche als Ganzes abzulehnen und damit rechten, gegenaufklärerischen Diskursen in die Hände zu spielen. Dennoch gilt es zu unterscheiden: Es ist eine Sache theoretische Konzepte der Aufklärung aus heutiger Perspektive nutzbar zu machen und dabei den Begriff der Person und die dazugehörigen Rechte auf alle Menschen zu verallgemeinern. Etwas anderes ist es jedoch, zu behaupten, dies sei in den Originalaussagen der Aufklärungsphilosophen bereits der Fall gewesen, wovon nur schwerlich ausgegangen werden kann (vgl. Mills 2002: 19). Aber auch eine aktuelle Aneignung von früheren Schriften, die ein universelles Menschenbild voraussetzt, muss sich mit den Implikationen eines hegemonialen rassifizierten Weltbildes auseinandersetzen, um reale Strukturen der Ungleichheit nicht erneut zu ignorieren (vgl. ebd.: 33).

Ich werde nun zunächst darauf eingehen, warum postkoloniale Theorie auch für die kolonisierenden Gesellschaften relevant ist, um dann zu verdeutlichen, was es aus Perspektive postkolonialer Denkansätze bedeutet, den kolonialen Blick auf Europa zurückzuwerfen. Aufbauend auf diesem theoretischen Fundament, skizziere ich im dritten Abschnitt die in den Fremdkonstruktionen der Aufklärung enthaltenen europäischen Selbstentwürfe, mit dem Ziel, die konstitutive Rolle kolonialer Imaginationen der Welt für die Entstehung Europas zu verdeutlichen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Vielfachkrise Europas und der EU kulminiert die

Betrachtung Europas als koloniales Konstrukt schließlich in der Frage, ob aus dieser Perspektive von einer 'Krise' ausgegangen werden kann – und wenn nicht, wie dieses koloniale Europa destabilisiert werden könnte. Der Beitrag versteht sich als Debattenanstoß für eine postkoloniale, intersektionale Europaforschung.

1. Postkoloniales Europa

Europa, auch in seiner heutigen institutionellen Form der EU, muss als koloniales Gebilde begriffen werden. Die Einsicht, dass sowohl kolonisierte als auch kolonisierende Gesellschaften von kolonialen Herrschaftsstrukturen durchzogen sind, ist ein zentraler Verdienst postkolonialer Theorie. *Postkolonial* verweist dabei nicht auf eine lineare Chronologie (vgl. Hall 2002: 227). Vielmehr begreife ich Kolonialismus als Kräftefeld, welches durch Macht und Wissen regiert wird. Kolonialismus baute sowohl auf physischer Eroberung, Herrschaft und Ausbeutung als auch auf einem epistemologischen System der Konstruktion und Fixierung der 'Anderen' auf. Als Herrschaftssystem basierte er zum einen auf der materiellen Basis der gewaltsamen Eroberung und der Expansion der kapitalistischen Produktionsweise, für die der transatlantische Sklavenhandel konstitutiv war, und zum anderen auf der rassifzierten Normalisierung der *weißen* Herrschaft über alle als different Definierten (vgl. Quijano 2010: 33ff.). Die Produktion der 'Anderen' über hegemoniale Repräsentationsregime als different und minderwertig ist konstitutiver Bestandteil für die Herstellung eines „souveränen, überlegenen europäischen Selbst“ (Castro Varela/Dhawan 2005: 16). Die Anwendung des Begriffs „postkolonial“ auf kolonisierte und kolonisierende Gesellschaften weist darauf hin, dass Kolonialismus kein den westlichen Gesellschaften äußerlicher Prozess, sondern tief in ihnen verankert war (vgl. Hall 2002: 226). Postkoloniale Theorie verlangt somit die Neubetrachtung der kolonialen Beziehungen jenseits der binären Opposition „als Teil eines im Wesentlichen transnationalen und transkulturellen 'globalen' Prozesses“ (ebd.: 227). María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan (2011: 44) bezeichnen postkoloniale Theorie deshalb auch als „anti-disziplinäre Intervention“, die die wissenschaftlichen Disziplinen auf ihre Rolle im Rahmen kolonialer Herrschaftssysteme und für die Fixierung der 'Anderen' untersucht. Das „gesamte Repertoire an Bildern und visuellen Ef-

fekten, durch das 'Differenz' in einem beliebigen historischen Moment repräsentiert wird“, bildet laut Stuart Hall ein „Repräsentationsregime“ (Hall 2004: 115).

Im Laufe der Jahrhunderte etabliert sich Europa mit seinen Institutionen und Vorstellungen von Fortschritt und Entwicklung als wünschenswertestes Modell, wobei die Vertreter_innen dieses Modells nicht nur in Europa, sondern auch im Rest der Welt zu finden sind (vgl. Chakrabarty 2002: 304). Eine Analyse der Narrative, mit welchen Europa seine 'Anderen' und damit auch sich selbst erfindet, muss somit gleichzeitig fragen, durch welche Strategien das imaginierte 'Europa' mit 'der Moderne' gleichgesetzt wurde, wie es die globale Machtposition, die es bis heute innehat, erreichte und sich damit als einzig mögliches Subjekt der Geschichte etablierte (vgl. ebd.: 283, 308).

Als einer der ersten stellte der senegalesische und panafrikanische Historiker Cheikh Anta Diop die These auf, dass mit den wachsenden ökonomischen Interessen Europas an den anderen Kontinenten die historischen Verbindungen aufgelöst und die europäische Entwicklung als eigenständige dargestellt wurde. Das daraus resultierende Entwicklungsmodell, mit den dazugehörigen Institutionen, wurde in der Folge (gewaltsam) auf den Rest der Welt verallgemeinert (vgl. Diop 1965 (1954): 43). Gerade über die Verschleierung und Zerstörung der Geschichten und Kulturen der 'Anderen' sowie über deren Abtrennung von der Gegenwart wurde europäische Geschichte zur Geschichte überhaupt (vgl. Chakrabarty 2002: 283; Quijano 2010: 31). Die eurozentrische Ausrichtung des Denkens gründet zentral auf der Vorstellung europäischer Entwicklung als „einer Erfahrung sui generis“ (Conrad/Randeria 2002: 13 f.), die gänzlich aus sich selbst heraus zu erklären sei.³

2. Umkehr des kolonialen Blicks

Standen im Feld der postkolonialen Theorie zunächst die kolonialen Konstruktionen der 'Anderen' im Fokus der Analyse – wie in Edward Saids „Orientalism“ (2003 (1978)) –, wenden sich neuere postkoloniale Analysen – mit Konzepten wie Fernando Coronils

3 Siehe dazu auch die Ausführungen zum Konzept des „Eurozentrismus“ bei u.a. Samir Amin, Immanuel Wallerstein und Anníbal Quijano.

„Okzidentalismus“ (2002) – seit einigen Jahrzehnten verstärkt den Konstruktionen des Selbst zu, die den Repräsentationen der ‘Anderen’ innewohnen. Mit dem Ziel, den relationalen Charakter der Repräsentation, den ihm zugrundeliegenden asymmetrischen Machtcharakter und die verschleierte historischen Verbindungen sichtbar zu machen, entwickelt Coronil das Konzept des „Okzidentalismus“. Unter den Begriff Okzidentalismus fasst er:

„(...) all jene Praktiken, der Repräsentation, die an der Produktion von Konzeptionen der Welt beteiligt sind, welche (1) die Komponenten der Welt in abgegrenzte Einheiten unterteilen; (2) ihre relationalen Geschichten von einander trennen; (3) Differenz in Hierarchie verwandeln; (4) diese Repräsentationen naturalisieren; und so (5) an der Reproduktion existierender asymmetrischer Machtbeziehungen, und sei es auch noch so unbewußt, beteiligt sind.“ (Coronil 2002: 186)

Wie Coronil möchte ich die europäischen Konstruktionen von ‘Andersheit’ in Beziehung zu den darin immer enthaltenen Selbstentwürfen setzen, um den Prozess, in dem sich das hyperreale ‘Europa’ mit seinen idealtypischen Institutionen als Modell etabliert, nachvollziehbar zu machen (vgl. ebd. 184).

Die Untersuchung von historischen Repräsentationsregimen birgt allerdings immer das Risiko, durch die homogenisierende Wiedergabe von Diskursen, den konstruierten Dichotomien der Macht, wie z. B. ‘Europa’ – ‘Afrika’, das Wort zu reden. Es muss demnach ein Anspruch sein, bei der Annäherung an europäische Afrikarepräsentationen Kontroversen und Ambivalenzen der Diskurse in die Analyse mit aufzunehmen (vgl. Curran 2009: XXVIIff.). Andererseits ist es an der Stelle notwendig die dominanten Diskurse herauszuarbeiten, die durch die Abgrenzung zu den jeweils ‘Anderen’ die Herausbildung eines europäischen ‘Selbst’ ermöglichten. Obwohl die multiplen Praxen der Repräsentation dezentriert und nicht einheitlich sind, teilen sie gemeinsame Bilderwelten mit dem „Effekt, daß sie ein geistiges Bild oder eine geistige Landkarte von der Welt produzieren, die bemerkenswert konsistent (ist)“ (Coronil 2002: 179). Schon zu Zeiten des transatlantischen Sklavenhandels und verstärkt mit der Herausbildung der europäischen Nationalismen folgten die Darstellungen der ‘Anderen’ interessensabhängigen diskursiven Pfaden, wobei sich bestimmte Motive, Bilder, Topoi etc. über die Jahrhunderte hinweg halten konnten (vgl. Halpern 2009: 3). Dies lässt sich zum einen damit erklären, dass sich die Repräsentationsweisen immer aus den historischen Repertoires der

Darstellung speisen und so ein Repräsentationsregime ausbilden, in welchem die heterogenen Repräsentationspraktiken und -figuren eine Einheit bilden (vgl. Hall 2004: 115). Zum anderen ist es die zentrale Position des Stereotyps und dessen ambivalenter Charakter, der die historischen Konjunkturen ermöglicht (vgl. Bhabha 1983: 18).⁴

3. Europäische Selbstentwürfe im Spiegelbild der 'Anderen'

Indem ich die Herausbildung des europäischen überlegenen 'Selbst' in Abgrenzung zu seinen 'Anderen' – und hier insbesondere zu Afrikadarstellungen der europäischen Aufklärung – fragmentarisch skizziere, möchte ich die europäischen Projekte der Aufklärung und des Kolonialismus in ihrem gegenseitigen Verhältnis bestimmen und ihre Bedeutung für den europäischen Integrationsprozess verdeutlichen.

Der Fokus auf 'Afrika' ergibt sich daraus, dass die Abgrenzungen des *erleuchteten Europas* vom vermeintlich *dunklen Kontinent* nicht nur besonders deutlich ausfielen, sondern auch die zentralen Widersprüchlichkeiten in der Rezeption der Epoche ausdrücken (vgl. Curran 2009: XIX; Eze 1997: 5).⁵ Obwohl spätestens seit den 1970er Jahren von Kritiker_innen erwähnt, wenden sich die Geisteswissenschaften erst in den darauffolgenden Jahrzehnten der Frage zu, in welcher Beziehung die fundamentalen Konzepte der Epoche, wie Vernunft, Rationalismus, universelle Gleichheit und Kosmopolitanismus, zur konzeptionellen Verortung von Afrikaner_innen stehen (vgl. Curran 2009: XX). Die vielfältigen Beschreibungen 'Afrikas' sind nicht homogen und dennoch eint sie ihr fiktionaler Charakter. 'Afrika' ist entweder edel oder monströs – gerade dadurch ist es kein realer Ort, sondern Spiegel für Verlangen und Ängste, für Abgrenzungen und Idealvorstellungen von Europäer_innen (vgl. Miller 1985: 5).

4 Zur Theoretisierung kolonialer Diskurse und der Rolle des Stereotyps siehe Bhabha 1983, sowie Hall 2004.

5 Zur These, dass die Imagination afrikanischer 'Differenz' im 18. Jahrhundert der Konstruktion und Absicherung 'der europäischen Zivilisation' diene, siehe u.a.: Curran 2011; Eze 1997; Miller 1985; Mills 1997; Gates 1986, 1987.

3.1 Europa formiert sich zu einem Wissensraum

Es mag manche überraschen, Kolonialismus mit Aufklärung zusammen zu denken, gilt doch das 18. Jahrhundert nicht als ein Zeitalter der Entdeckungen und Eroberungen.⁶ Und obwohl es die Hochphase des transatlantischen Sklavenhandels darstellt, ist es auch der Zeitpunkt an dem Sklaverei und Kolonialismus durch die ersten abolitionistischen Bewegungen in Kritik geraten. Gleichzeitig ist es allerdings das Zeitalter der theoretischen Auseinandersetzung mit Reiseberichten und -literatur, durch die das 'Wissen' der Reisenden vergangener Jahrhunderte systematisiert und ausgewertet wird (vgl. Eze 1997: 5; Fendler/Greulich 2006: 113; Lüssenbrink 2006b: 10). Die Produktion eines systematisierten 'Wissens' über die 'Anderen' stellt einen europäischen Blick auf die außereuropäische Welt her, die von nun an durch bestimmte Vorstellungen geprägt wurde.

Des Weiteren zeichnet sich die Aufklärung durch einen regen akademisch-philosophischen Austausch zwischen den europäischen Sprachräumen und Regierungseinheiten aus. Bereits Voltaire stellte fest, dass sich mit den *Lumières* eine Art europäische Gelehrtenrepublik herausbildete, die zwar unterschiedliche Regierungssysteme aufweise, sich aber dennoch durch die eine Religion, sowie durch die selben Prinzipien des öffentlichen Rechts und der Politik, die in den anderen Teilen der Welt unbekannt seien, von diesen abhebe (Voltaire 1768 (1751): 237). Die Verwobenheit europäischer Diskurse im Zeitalter der Aufklärung zeigt sich auch anhand der Intertextualität zentraler Werke über die anderen Kontinente und anhand deren schneller Übersetzung in die europäischen Kernsprachen (vgl. Eze 1997: 6; Halpern 2009: 7ff.; Mangeon 2010: 21).⁷ Waren die Beziehungen zwischen Metropolen und Kolonien

6 Die koloniale Eroberung Indiens soll hier nicht unterschlagen werden; im Vergleich allerdings zur Eroberung der Amerikas im 16./17. Jh. und der Phase des Hochimperialismus in der zweiten Hälfte des 19. Jh. liegt eine geringere Anzahl von kolonialen Neubesetzungen vor.

7 John Green's „A New General Collection of Voyages and Travels“ (1745-47) etwa wurde nahezu simultan zu seiner Verschriftlichung von Abbé Prévost ins Französische übersetzt und sowohl in der *Encyclopédie* von Alemnbert und Diderot als auch in Buffons „Histoire naturelle“ erwähnt.

bis zu diesem Zeitpunkt auf die Kolonialnationen beschränkt und oftmals in monopolistischen Handelsverträgen festgeschrieben, so wurde von nun an dieses neu gewonnene ‘Wissen’ europaweit verbreitet und diskutiert (Lüsebrink 2006b: 11). Diese „promiskuitive theoretische als auch stilistische Abhängigkeit“ (Eze 1997: 6; Übers. AK) zwischen den verschiedenen Autoren ergibt sich zu großen Teilen aus der Angewiesenheit auf die wenigen Reiseberichte von ‘Entdeckern’ wie James Cook und Francis Drake oder von Missionaren wie Jean-Baptiste Labat, verweist aber schlichtweg auch auf die gegenseitigen Bezugnahmen. So entleiht Kant seine biologische Perspektive bei Buffon (Kant 1968 (1775): 429), stützt sich aber auf Hume, um bestimmte Meinungen – besser gesagt: Vorurteile – über Schwarze⁸ Menschen zu beweisen (Ders. 1968 (1764): 253). Des Weiteren finden sich bei ihm ebenso Verweise auf den Aufklärungskritiker Rousseau, wie auf den Naturhistoriker Carl von Linné. Auf jenen beruft sich auch Buffon, der weitere ‘Beweise’ bei Charlevoix entnimmt, auf den sich auch der Eintrag „Nègre“ in der *Encyclopédie* von Alembert und Diderot stützt (Buffon 1971(1749ff.): 282f.; vgl. Eze 1997: 6f.). Neben der *Encyclopédie* nehmen weitere im 18. Jahrhundert entstehende Enzyklopädien eine zentrale Rolle für die Herausbildung eines gemeinsamen europäischen Wissensraumes ein.⁹ In diesen Wissenssammlungen kondensiert das ‘europäische Wissen’ der Zeit. Die gesammelten Daten der Forschungs- und Entdeckungsreisen wurden klassifiziert und darüber eine vermeintliche Bestätigung der Idee europäischer Überlegenheit gefunden (vgl. Eze 1997: 5).

8 Anmerkung zur Schreibweise: Die Einteilung in ‘Hautfarben’ stellt ein grundlegendes Raster rassistischer Einteilung dar. Die Haut der Menschen weist unterschiedliche Farbtönungen auf, aber diese lassen sich nicht in irgendwelche homogenen Gruppen zusammenfassen. Als soziale Realität ist es aber wichtig, diese Gruppen zu benennen, um Diskriminierung/Privilegierung nicht *farbenblind* zu ignorieren. Einfache Anführungszeichen bei ‘Hautfarbe’ – ‘weiß’ – ‘Schwarz’ – verweisen auf den sozialen Konstruktionscharakter, Kursivsetzung verdeutlicht die soziale Position und Schwarz wird „in Anlehnung an emanzipative Selbstbenennungen von Schwarzen Deutschen auch im adjektivischen Gebrauch groß geschrieben“ (Arndt 2011: 332). Zur Kritik von „Hautfarbe“ siehe Arndt 2011: 332 ff.

9 Dazu zählen u.a. die britische *Cyclopaedia* von Chambers, die *Encyclopædia Britannica* oder das Brockhaus *Conversations-Lexikon*.

3.2 'Rasse': eine Strukturkategorie für Europa

In den Rezeptionen der Aufklärungsphilosophie werden die rassifizierten Weltansichten zumeist entweder vollkommen ignoriert, oder aber es wird argumentiert, dass die Ausführungen zu 'Rasse' lediglich marginal seien und keinerlei Konsequenzen für das Gesamtwerk der Philosophen hätten (vgl. Mills 2002: 14). Emmanuel Chukwudi Eze führt die Vergesslichkeit der Disziplin auf den Wunsch zurück, Philosophen wie Kant als 'reine' Philosophen zu erinnern, die kultur-, geschlechts- und farbenblind philosophische Themen in der humanistisch-liberalen Tradition der Philosophie der westlichen Moderne bearbeiteten (Eze 1995: 200).¹⁰ Dabei geht es bei der Reflexion rassistischer Ansätze nicht darum, die Aufklärungsphilosophen des Rassismus' zu überführen, sondern vielmehr darum, die Schriften auf ihre Bedeutung für die Artikulation europäischer kultureller, aber auch 'rassistischer' Überlegenheit zu befragen (vgl. Eze 1997: 5; Farr 2005: 52).

Die Anwendung des Begriffs der 'Rasse' auf Menschen und die damit verbundene Hierarchisierung ist eine „originäre Leistung der Aufklärung“ (Smidt 1999: 51), die zudem konstitutiv für 'Europa' als imaginäre Einheit ist. Mit der Durchsetzung der bürgerlichen Vorstellung von einer geordneten Welt, die sich gegenüber religiösen Schöpfungsmythen emanzipierte, sanken Schwarze Menschen, ab dem 18. Jahrhundert zumeist mit dem N-Wort benannt, in der Hierarchie der Menschen nach unten und wurden oftmals in die Nähe der Tierwelt gerückt (vgl. Martin 2001: 12 f.). Basierend auf theoretischen Abhandlungen zum Ordnungsprinzip der Natur, welche sich rückbeziehend auf Aristoteles' lückenlose Formenkette im Theorem der Seinskette oder *Great Chain of Being* verstetigten,¹¹ ordneten Naturforscher wie Linné und Buffon die gesammelten Daten zu Fauna und Flora in Klassifikationssysteme ein, an deren Spitze der weiße Mensch oder vielmehr der weiße Mann stand (vgl. Eze 1997:

10 Resultat ist die Aussparung der Erfahrungen und Widerstände unterdrückter Gesellschaftsgruppen, wie es feministische Kritiker_innen schon seit Jahrzehnten aufzeigen und wie dies aus kritischer Weißseins- und *critical-race*-Perspektive festgestellt wird (vgl. Farr 2005: 42; Mills 2002: 5). Zu feministischer Auseinandersetzung siehe z.B. Pateman 1988; Schott 1997. Zu Antisemitismus und Aufklärung siehe z.B. Adorno/Horkheimer 2003 (1944).

11 Zentrale Vertreter dieses Theorems sind Locke, Spinoza, Leibniz.

5). Buffon, wie später auch Kant, ging als Monogenist¹² davon aus, dass die „Varietäten“ der Menschen von einer weißen Stammgattung „degeneriert“ seien. Als frühem Vertreter der Klimatheorie sind für ihn die Menschen der gemäßigten Zonen Europas „les hommes les plus beaux, les plus blancs et les mieux faits de toute la terre“¹³ (Buffon 1971 (1749 ff.): 262). Die Konstruktion von ‘Hautfarbe’ und ‘Rasse’ wird zum Marker für den Entwicklungsgrad (vgl. Jacobs/Weicker 2011: 201). Gegenüber den Narrativen von zivilisierten weißen Europäer_innen stellt Buffon Schwarze Afrikaner_innen als hässlich und unzivilisiert dar. „Weniger schwarz“ bedeutet für Buffon zivilisierter (1971 (1749ff.): 276).

Kant selbst führt schließlich den Begriff der „Race“ in seiner Anwendung auf Menschen im Deutschen ein und versieht ihn mit einer vererbungsbiologischen Basis (vgl. Smidt 1999: 17).¹⁴ Den Mythos vom weißen Urpaar stützt er zusätzlich durch eine Ableitung desselben aus dem christlichen Schöpfungsmythos (Kant 1968 (1786): 110). ‘Weiß’ etabliert sich als Norm, wovon alle anderen, so Kant, *nur* „Abartungen“ sind.

Die Normalisierung ‘weißer’ Haut findet einen weiteren Ausdruck in der beständigen Suche nach den Gründen für die angebliche ‘Schwärze’ der Haut, während ‘Weißsein’ unhinterfragt bleibt.¹⁵ Im Zuge des Booms des transatlantischen Sklavenhandels kommt es zudem zu einer Naturalisierung der Versklavung Schwarzer Menschen durch weiße. Schwarze Menschen werden als potenzielle Waren ob-

12 Die Monogenese geht von einem gemeinsamen Ursprung der Menschen aus. Dem entgegengesetzt ist die Polygenese – Vorstellung der Entstehung der Menschen aus verschiedenen Stammpaaren. Diese zunächst von Kritikern des christlichen Schöpfungsmythos vertretene These – z.B. von Voltaire – wurde später zur Grundlage des wissenschaftlichen Rassismus des 19. und 20. Jahrhunderts.

13 „die schönsten, die weißesten, die wohlgestaltetesten Menschen der ganzen Erde.“ (Übers. AK)

14 Meist ignoriert, widmet er zahlreiche Schriften der Bestimmung und Beschreibung menschlicher ‘Rassen’ und den ‘Nationalcharakteren’ (Kant 1968 (1764), 1968 (1775), 1968 (1785)), sowie der Anthropologie und der physischen Geographie (Ders. 1968 (1798), 1968 (1802), 1923a, b). Er selbst führt Anthropologie und Geographie an deutschsprachigen Universitäten ein und lehrt sie über 30 Jahre.

15 Vgl. etwa Voltaire 1963 (1756): 306; Buffon 1971 (1749ff.): 317; Kant 1968 (1785), 1968 (1802): 312 etc.

jektiviert und ökonomisiert, was sich auch in der Durchsetzung des N-Wortes und dessen fast synonymen Nutzung zum Wort „Sklave“ ausdrückt.¹⁶ Der Zuschreibung der Unterwerfung unter die Knechtschaft als Charakterzug Schwarzer Menschen steht die Befreiung der zivilisierten weißen Europäer durch Aufklärung entgegen.

Die Verbindung des Rassenkonzeptes mit der Entwicklungsstufe einer Gesellschaft erhält schließlich bei Hegel ein geschichtstheoretisches Fundament. Hegel begründet die „Rassenverschiedenheit“ auf Grundlage der geographisch-geologischen Beschaffenheit der Böden, aus denen er die Entwicklungsmöglichkeiten der Bewohner_innen der jeweiligen Erdteile ableitet, die sich in den „Rassen“ materialisieren (Hegel 1970 (1830): 57ff.). Auf diese Weise „formiert sich ‘Rasse’ in einem paneuropäischen Projekt zu einer Strukturkategorie von transnationaler europäischer Herrschaft“ (Arndt 2011: 337).

3.3 Europa in der Weltgeschichte

Die herausgehobene Stellung Europas erhält eine weitere Absicherung durch die Verortung des Kontinentes in globalen Entwicklungsmodellen. Ein Instrument zur Bestimmung des Entwicklungsgrades stellte das Konzept des ‘Nationalcharakters’ dar, der je nach Autor, ähnlich wie die ‘Rassenunterschiede’, klimatisch, geographisch oder moralisch begründet wurde. Zentrale Kategorien sind auch hier die extremen und die gemäßigten Klimazonen. David Hume macht neben moralischen, d.h. gesellschaftlichen Gründen, Klima und Umwelteinflüsse als physische Gründe für die ‘Nationalcharaktere’ verantwortlich. Diese seien zwar durch Vernunft zu überwinden, was der Mehrheit der Menschen allerdings noch nicht gelungen sei. Basierend auf der Feststellung von der Endlichkeit der Welt, wie er sie kannte, vertrat er einen Ansatz von historischer Entwicklung, der, ähnlich wie bei einem lebenden Organismus, mit der Kindheit begann und schließlich über Jugend und Reife zum Alter übergang (Hume 1997 (1748/1754): 30). Gleichsam stellt er fest, dass nicht jede Nation in ihrer Kindheit die gleichen Anlagen habe und sich somit nicht alle gleich entwickeln könnten. Aus der Vermutung, dass alle Bewohner_innen der polaren und der tropischen Gebiete den anderen Menschen

16 Siehe dazu u.a. Eintrag „Nègre“ in der *Encyclopédie*.

unterlegen seien, wird der Verdacht, dass Schwarze Menschen und generell alle *anderen* 'Arten' von Menschen gegenüber den weißen rückständig seien (Hume 1997 (1748/1754): 32f.).

Die Minderwertigkeit Schwarzer Menschen, wie Hume sie in seinen Ausführungen zu den 'Nationalcharakteren' behauptet, erhält schließlich durch Kant eine transzendentalphilosophische Basis (Eze 2001: 105). In seinem ästhetischen und anthropologischen Aufsatz „Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Guten“ (1764) geht er bei der Beschreibung der Nationalcharaktere über den Empirismus bei Buffon und Linné hinaus. Begründet auf dem Transzendentalismus, den wir in seiner „Kritik der reinen Vernunft“ wiederfinden, erklärt er, welche moralischen Gefühle der Mensch allgemein habe und wie diese zwischen Männern und Frauen und den 'Rassen' variierten (vgl. Eze 2001: 104 f.; vgl. Mills 2002: 16). Indem Kant das Gefühl des Erhabenen mit dem Gefühl des Schönen und der Würde der menschlichen Natur verbindet (Kant 1968 (1764): 217), gleichzeitig aber den „(N-Wort) von Afrika“ keine Gefühlsregung zugesteht, die über „das Läppische“¹⁷ hinausgeht (Kant 1968 (1764): 253), schließt er Letztere „von den Prinzipien und Praktiken“ aus, „die er philosophisch als allen Menschen immanent definiert“ (Eze 2001: 104; Übers. AK). Also ist Mensch doch nicht gleich Mensch.¹⁸

Das Postulat der Gleichheit der (vernunftbegabten, mündigen) Menschen schreibt sich schließlich in die Grenzlinien der imaginären Landkarten ein, in welchen die Menschlichkeit nicht-europäischer Menschen und Kulturen anhand der vermeintlichen

17 Kant definiert „das Läppische“ als Ausartung des Schönen, dem es gänzlich am Edlen mangle (Kant 1968 (1764): 214).

18 An gleicher Stelle finden sich auch Ausführungen zu vermeintlichen Unterschieden der Gefühlswelten von 'Mann' und 'Frau' (Kant 1968 (1764): 228ff.). Frauen seien eher dem Schönen und Männer dem Erhabenen zugeneigt. Was zunächst wie ein gängiges Geschlechterkliches klingt, bekommt bei Kant eine tiefere Bedeutung, indem er denn auch schließt, dass Frauen einen schönen, Männer aber einen tiefen Verstand hätten, weshalb erstere nicht „vernünfteln“, sondern empfinden sollten (ebd. 230). Deshalb sollten Frauen sich nicht mit komplizierten Dingen, wie z.B. Geometrie auseinandersetzen, in denen sie sowieso niemals mit den Männern gleichziehen könnten und zudem über das Grübeln ihre eigene Überlegenheit weiblicher Schönheit und Leichtigkeit gegenüber den Männern verlören (vgl. ebd. 229f.).

An- oder Abwesenheit von Vernunft zur Disposition gestellt wird (vgl. Gates 1986: 8). Die geschichtsphilosophische Interpretation von Europa als Modell der Entwicklung kulminiert in Hegels geschichtsphilosophischem Weltbild (vgl. Farr 2005: 44). Geschichte meint hier nicht die Faktengeschichte des Geschehenen, sondern die Geschichte der Entwicklung der Vernunft (vgl. Okondo Okolo 2010: 29), welche von Kant durch die Freiheit des Willens der Menschen charakterisiert ist, der bei Hegel seinen Ausdruck im Fortgang des Weltgeistes findet. Die Bestimmung der menschlichen Gattung bestehe demnach im Fortschreiten in Richtung der vollkommenen Überwindung der Natur durch die menschliche Vernunft (vgl. Kant 1968 (1786): 115). Dies scheint aber nicht allen möglich. Die geographische Abgeschlossenheit und geologische Beschaffenheit des afrikanischen Kontinentes wird bei Hegel zur Begründung seiner Abwesenheit von der Bühne der Welt. „Was wir eigentlich unter Afrika verstehen, das ist das Geschichtslose und Unaufgeschlossene, das noch ganz im natürlichen Geiste befangen ist“ (Hegel 1970 (1832ff.): 129).

In Hegels welthistorischem Entwicklungsmodell bewegt sich die Geschichte von Osten – Südostasien – nach Westen – Europa, wobei sich die alte Welt nach ihrem Untergang in den Amerikas neugestalten wird (Hegel 1970 (1830): 58, 1970 (1832ff.): 130). Treibende Kraft der Geschichte sind lediglich die Europäer (vgl. etwa Kant 1923b: 879; Hegel 1970 (1830): 61, 1970 (1832ff.): 107).

Die Aufklärung schafft damit einen „höchst wirkungsvollen geistigen Rahmen“ für die koloniale Neugestaltung der Welt im 19. Jahrhundert, obwohl die kolonialen Eroberungen von denselben Philosophen oftmals kritisiert und abgelehnt wurden (Smidt 1999: 5).¹⁹ Die Kehrseite der Narrative der Ein- und Abgrenzung ist die

19 Zur Kritik muss noch gesagt werden, dass es sie gab und auch bereits eurozentrische Sichtweisen durch Autoren wie Herder, Beattie, Genz, Voltaire etc. kritisiert wurden, diese aber nur selten der prinzipiellen Annahme der Minderwertigkeit nicht-europäischer Menschen und der höheren Entwicklungsstufe Europas widersprachen; Es gab sie in Einzelfällen aber auch. Stellvertretend für Schwarze Autor_innen der Zeit möchte ich hier insbesondere auf den Schwarzen deutschghanaischen Philosophen und Wolff-Schüler Anton Wilhelm Amo verweisen, der zwischen 1736 und 1739 an den philosophischen Fakultäten der Universitäten Halle, Wittenberg und Jena lehrte und sich schon in seiner Dissertation 1729 mit der Rechtsstellung der

Verallgemeinerung europäischer Idealvorstellungen, die in der Verallgemeinerung der europäischen Menschheit als Menschheit überhaupt gipfelt. Der Ausschluss ganzer Kontinente von der Vernunft bedingt somit die Infragestellung des Personenstatus – teilweise auch der Menschlichkeit – der dort Lebenden. Gleichzeitig findet sich darin die Grundlage für die Rechtfertigung kolonialer Expansion. Tsenay Serequeberhan (1997: 142f.) nennt dies die „koloniale Globalisierung Europas“ (Übers. AK), die als Ausgangsmoment der Moderne immer auch mit der Entfaltung des globalen Kapitalismus zusammen gedacht werden muss.

4. Koloniales Europa in die Krise bringen ?!

Ohne die Konjunkturen und Brüche durch die imperiale Hochphase im späten 19. Jahrhundert, die Weltkriege im 20. Jahrhundert sowie die antikolonialen Kämpfe zu ignorieren, wende ich mich nun der Frage zu, welche Schlüsse aus diesen Beobachtungen zur Kolonialität europäischer Selbstimagination in heutiger Zeit gezogen werden können.

Inwiefern die Idee europäischer Überlegenheit sich im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts fortsetzte, ist fast schon zu offensichtlich: Seinen stärksten Ausdruck findet das europäische Überlegenheitsdenken in den verschiedenen Spielarten der Rechtfertigungsnarrative, die sich im Rahmen der so genannten *mission civilisatrice* oder aber der *Bürde des weißen Mannes* bewegen. Sie legitimieren letztlich die vielfältigen rassistischen Diskriminierungen bis hin zur Negation des Rechts auf Leben der Kolonisierten. Der dem zugrundeliegende Fortschrittsgedanke überlebte den Kolonialismus mit den hegemonialen europäisch-westlichen Entwicklungsidealen.

Die europäische Zivilisation der Aufklärung wurde, wie bei Césaire beschrieben, durch Nationalsozialismus und Shoah in ihren Grundfesten erschüttert – im Zusammenhang mit der Shoah auch als Zivilisationsbruch bezeichnet – konnte sich aber mit dem Sieg über Nationalsozialismus und europäische Faschismen re-etablieren. Das koloniale Europa dagegen blieb trotz der Verluste der Kolonien als imaginäre Einheit mit seinen Epistemologien und Überlegenheitsnarrativen stabil. Eine Krise dieses kolonialen

Schwarzen in Deutschland auseinandersetzte. Die Schrift ist leider nicht erhalten.

Europas blieb aufgrund des Versäumnisses einer Reflexion seiner Kolonialität, auch im Rahmen der Postaufklärung des 20. Jahrhunderts, aus. Auch die Kritische Theorie als „wichtigster kritischer Nachlassverwalter der Aufklärung nach der Shoah“ nahm Césaires implizite Einladung zu einem „dialogischen Aufarbeitungsprozess“ und der Einbeziehung des kolonialistischen Zusammenhanges der Moderne, nicht in die Debatte um das Subjekt der Aufklärung auf (Broeck 2011: 240).²⁰ Die rassifizierte, kolonialen Geographien der Aufklärung stützen und ermöglichen auf globaler Ebene bis heute die asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen, die rassifizierte Arbeitsteilung, das repressive europäische Migrationsregime etc. Auch die „imperiale Lebensweise“ (Brand/Wissen 2011) europäisch-westlicher Gesellschaften basiert auf der kolonialen Beziehung. Die Aufnahme der Kolonialität von Vergangenheit und Gegenwart als Analysekategorie in Studien Europas bietet einer kritischen Gesellschaftsforschung somit neue Perspektiven. Kolonialismus und Rassismus müssen als „eigenständiges normatives System“ (Mills 2002: 3) begriffen werden, welches konstitutiv für die Herausbildung der europäischen Moderne und damit auch des modernen Europas ist.

Um das koloniale Europa in die Krise zu bringen, ist es notwendig die globalen Abhängigkeiten, Verflechtungen und Interdependenzen zum „Ausgangspunkt eines transnationalen Geschichtsbildes“ (Conrad/Randeria 2002: 17) zu machen, wie Shalini Randeria es mit ihrem Konzept der *entangled histories* fordert. Serequeberhan (1991: 14) argumentiert zudem, gestützt auf Theophilus Okere, dass bereits die Möglichkeit des Denkens afrikanischer Philosophie als legitimer Diskurs eine Schwächung, wenn nicht sogar das Ende des absolutistischen Universalitätsanspruchs eurozentrischen Denkens bedeute.

20 Zur Marginalisierung des Kolonialismus insbesondere in der deutschen Geschichte und möglichen Erkenntnisgewinnen durch die stärkere Berücksichtigung der europäischen Kolonialismen auch für zeitgenössische historische Betrachtungen Europas, siehe Randeria/Conrad 2002: 39ff.; hier verweisen die Autor_innen auch darauf, dass als einzige Hannah Arendt ebenfalls bereits 1955 die Praxen des deutschen Kolonialismus als Quelle für Erklärungen des Nationalsozialismus' heranzieht.

Literatur

- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max* (2003 (1944)): Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung, in: Dies. (2003 (1944)): Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a.M., S. 177-217.
- Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja* (Hg.) (2011): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster.
- Arndt, Susan* (2011): Hautfarbe, in: Dies./Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.) (2011), S. 332-342.
- Bhabha, Homi* (1983): The Other Question... Homi K. Bhabha Reconsiders the Stereotype and Solonial Discourse, in: Screen 24 (6), S. 18-36.
- Bocquillon, Michèle/Diop, David/Gallouët, Catherine/Lahouati, Gérard* (Hg.) (2009): L'Afrique du siècle des Lumières: savoirs et représentations, Oxford.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus* (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia (Hg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 79-94.
- Broeck, Sabine* (2011): Aufklärung, in: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.) (2011), S. 232-241.
- Buffon* (1971 (1749ff.)): De l'homme, Neudruck einer Ausgabe von 1833, Paris.
- Castro Varela, Maria do Mar/Dhawan, Nikita* (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld.
- (2011): Feministische Postkoloniale Theorie: Gender und (De-)Kolonialisierungsprozesse, in: JungdemokratInnen/Junge Linke (Hg.): Die Sterne zum tanzen bringen. Eine radikaldemokratische Kritik der EU, Frankfurt a.M., S. 44-53.
- Césaire, Aimé* (2011 [1955]): Discours sur le colonialisme, Paris.
- Chakrabarty, Dipesh* (2002): Europa provinzialisieren. Postkolonialität und die Kritik der Geschichte, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hg.) (2002), S. 283-312.
- Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini* (Hg.) (2002): Jenseits des Eurozentrismus: Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a.M./New York.
- Coronil, Fernando* (2002): Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hg.) (2002), S. 177-218.
- Curran, Andrew* (2009): Pourquoi étudier la représentation de l'Afrique dans la pensée du XVIIIe siècle?, in: Bocquillon, Michèle et al. (Hg.) (2009), S. XIX-XXIX.

- (2011): *The Anatomy of Blackness. Science and Slavery in the Age of Enlightenment*, Baltimore.
- Diop, Cheikh Anta* (1965 (1954)): *Nations, nègres et culture*, 2. Aufl., Paris.
- Eze, Emmanuel Chukwudi* (1995): *The Color of Reason: The Idea of 'Race' in Kant's Anthropology*, in: Faull, Kathrine (Hg.) (1995): *Anthropology and the German Enlightenment: Perspectives on Humanity*, London/Toronto, S. 200-241.
- (Hg.) (1997): *Race and the Enlightenment. A Reader*, Malden/Oxford.
- (2001): *Achieving our Humanity. The Idea of the Postracial Future*, London/New York.
- Farr, Arnold* (2005): *Wie Weißsein sichtbar wird. Aufklärungs-rassismus und die Struktur eines rassifizierten Bewusstseins*, in: Arndt, Susan/Eggers, Maureen Maisha/Kilomba, Grada/Piesche, Peggy (Hg.) (2005): *Mythen, Masken und Subjekte: Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*, Münster, S. 40-55.
- Fendler, Ute/Greilich, Susanne* (2006): *Afrika in deutschen und französischen Enzyklopädien des 18. Jahrhunderts*, in: Lüsebrink, Hans-Jürgen (Hg.) (2006), S. 113-137.
- Gates, Henry L.* (Hg.) (1986): *Race, Writing, and Difference*, Chicago/London.
- (1987): *Figures in Black: Words, Signs, and the „Racial“ Self*, New York.
- Hall, Stuart* (2002): *Wann gab es „das Postkoloniale“? Denken an der Grenze*, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hg.) (2002), S. 219-246.
- (2004): *Das Spektakel des 'Anderen'*, in: Ders.: *Ideologie Identität Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4*. Hamburg, S. 108-166.
- Halpern, Jean-Claude* (2009): *Approches de l'Afrique au XVIIIe siècle: un savoir éclaté*, in: Bocquillon, Michèle et al. (Hg.) (2009), S. 3-13.
- Hegel, Georg W.F.* (1970 (1830)): *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* (1830). Dritter Teil. *Die Philosophie des Geistes*, in: *Werke in 20 Bänden*, Bd. 10, Frankfurt a.M.
- (1970 (1832ff.)): *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, in: *Werke in 20 Bänden*, Bd. 12, Frankfurt a.M.
- Hume, David* (1997 (1748/1754)): *Of National Characters*, in: Eze, Emmanuel Chukwudi (Hg.) (1997), S. 30-33.
- Jacobs, Ingrid/Weicker, Anna* (2011): *Afrika*, in: Arndt, Susan/Ofuately-Alazard, Nadja (Hg.) (2011), S. 200-214.
- Kant, Immanuel* (1968 (1764)): *Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen*, in: AA, Bd. 2, Berlin, S. 205-256.
- (1968 (1775)): *Von den verschiedenen Rassen der Menschen*, in: AA, Bd.2, Berlin, S. 427-443.
- (1968 (1785)): *Bestimmung des Begriffs einer Menschenrasse*, in: AA, Bd. 8, Berlin, S. 89-106.

- (1968 (1786)): Mutmaßlicher Anfang der Menschheitsgeschichte, in: AA, Bd. 8, Berlin, S. 107-123.
- (1968 (1798)): Anthropologie in pragmatischer Hinsicht, in: AA, Bd. 7, Berlin, S. 117-334.
- (1968 (1802)): Physische Geographie, von Friedrich Theodor Rink nach Kants Vorlesungen erstellt, in: AA, Bd. 9, Berlin, S. 151-436.
- (1923a): Reflexionen zu Anthropologie, in: AA, Bd. 15(1), von Erich Adickes nach Kants Handschriften erstellt, Berlin, S. 55-654.
- (1923b): Entwürfe zu dem Colleg über Anthropologie aus den 70er und 80er Jahren, in: AA Bd.15(2), von Erich Adickses nach Kants Handschriften erstellt, Berlin, S. 655-899.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen* (Hg.) (2006a): Das Europa der Aufklärung und die außereuropäische koloniale Welt, Göttingen.
- (2006b): Von der Faszination zur Wissenssystematisierung. Die koloniale Welt im Diskurs der europäischen Aufklärung, in: Lüsebrink, Hans-Jürgen (Hg.) (2006a), S. 9-18.
- Mangeon, Anthony* (2010): La pensée noire et l'occident. De la bibliothèque coloniale à Barack Obama, Cabris.
- Martin, Peter* (2001): Schwarze Teufel, edle Mohren. Afrikaner in Geschichte und Bewusstsein der Deutschen, Hamburg.
- Miller, Christopher L.* (1985): Blank Darkness. Africanist Discourse in French, Chicago/London.
- Mills, Charles W.* (2002): Kant's Untermenschen, in: www.unc.edu/~gsmunc/Colloquium2002/mills.pdf [09.08.2011].
- Okolo Okonda, Benoît* (2010): Hegel et l'Afrique. Thèses, critiques et dépassements, Paris.
- Pateman, Carole* 1988: The Sexual Contract, Cambridge.
- Quijano, Anibal* (2010): Die Paradoxien der eurozentrierten kolonialen Moderne, in: Prokla, Jg. 40 (1), H. 158, S. 29-47.
- Said, Edward* (2003 (1978)): Orientalism, Neudr., London.
- Schott, Robin May* (Hg.) (1997): Feminist Interpretations of Immanuel Kant, Park.
- Serequeberhan, Tsenay* (1991): African Philosophy: The Point in Question, in: Ders. (Hg.): African Philosophy. The Essential Readings, New York, S. 3-28.
- (1997): The Critique of Eurocentrism and the Practice of African Philosophy, in: Eze, Emmanuel Chukwudi (Hg.): Postcolonial African Philosophy. A Critical Reader, Cambridge (Mass.), S. 141-161.
- Smidt, Wolbert* (1999): Afrika im Schatten der Aufklärung. Das Afrika-Bild bei Immanuel Kant und Johann Gottfried Herder, Bonn.
- Voltaire* (1768 (1751)): Siècle de Louis XIV, Bd.1, Paris.
- (1963[1756]): Essai sur les moeurs et l'esprit des nations, Bd.2, Paris.

Sebastian Wolff

Erkundung des Terrains Zur räumlichen Dimension der Krise Europas

Mit dem Ausbruch der aktuellen Krise hat der alte Konflikt um die Frage, wieviel Vergemeinschaftung Europa eigentlich braucht, eine neue Dynamik erfahren, die selbst ein Auseinanderbrechen der Union in den Bereich des Möglichen hat rücken lassen. So wird beispielsweise in den Debatten um das Für und Wider einer europäischen Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik im Rahmen einer 'European Economic Governance' eindrücklich deutlich, dass gegenwärtig keinerlei Einigkeit darüber besteht, auf welcher Ebene der Krise adäquat zu begegnen ist und wie das Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Ebene zukünftig gestaltet sein sollte. Die politische Krise der Europäischen Union scheint sich immer mehr auch in einer Krise ihrer räumlichen Verfasstheit zu manifestieren.

Was auf den ersten Blick als Konflikt unterschiedlicher räumlicher Ebenen erscheint, soll in diesem Text aus einer historisch-materialistischen Perspektive als sozialer Konflikt, bzw. als „räumliche Dimension sozialer Konflikte“ (Wissen 2008b:9) analysiert werden. Im Anschluss an Debatten in der *radical geography* um *re-scaling* und *politics of scale* werde ich dazu zunächst eine Perspektive auf den Raum aufnehmen, die diesen als Ergebnis gesellschaftlicher Praxis versteht. Diese raumtheoretischen Überlegungen werde ich in einem zweiten Schritt mit Auseinandersetzungen in der materialistischen Staatstheorie um die Transformation von Staatlichkeit in Vermittlungen bringen, um sodann mittels eines Streifzugs durch die historische Entwicklung der EU aufzuzeigen, wie sich die gewandelte Konstellation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse im Postfordismus in eine neue, *multiskalare Form europäischer Staatlichkeit* übersetzt hat, in der Souveränität nicht länger mit dem eindimensionalen Verweis auf die nationale noch auf die europäische Ebene begriffen werden kann.

Auf Grundlage dieser Vorarbeiten soll sich abschließend der im Titel des vorliegenden Sammelbandes aufgeworfenen Frage

angenommen werden: Steht Europa vor der Verfestigung und dem Ausbau autoritär-etatistischer Formen gesellschaftlicher Organisation oder besteht Grund zur Hoffnung auf einen 'Europäischen Frühling'? Sicherlich lässt sich diese Frage nicht theoretisch beantworten; sie wird in den gesellschaftlichen Kämpfen der kommenden Jahre geklärt werden. Um aber das Terrain und mögliche Strategien für emanzipatorische Interventionen in diesen Kämpfen näher bestimmen zu können, muss sich auch mit den räumlichen Transformationsprozessen des Kapitalismus auseinandergesetzt werden, bleiben diese doch nicht ohne Auswirkungen auf Staatlichkeit und die Möglichkeit der Regulation widerstreitender gesellschaftlicher Interessen. Es wird sich dann zeigen, dass die politische Krise der EU nicht nur, wie eingangs erwähnt, auch eine Krise ihrer räumlichen Verfasstheit ist, sondern dass es der konkurrenzförmige und prekäre Charakter der multiskalaren Raumstruktur Europas selbst ist, der die politische und soziale Krise beständig antreibt.

1) Staat, Raum, Territorialisierung

In politikwissenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Transformation von Staatlichkeit ist den räumlichen Aspekten der Transformationsprozesse in den vergangenen Jahren zunehmende Aufmerksamkeit entgegen gebracht worden. Auf Seiten des Mainstreams sind es insbesondere Debatten um Multi-Level-Governance¹ (MLG), mit denen der neuartige Verflechtungscharakter staatlicher Politik erfasst werden soll. Laut Arthur Benz, einem der Protagonisten der MLG-Debatte im deutschsprachigen Raum, zielt dieser Ansatz auf „die Tatsache, dass in einem institutionell differenzierten politischen System Akteure unterschiedlicher Ebenen aufeinander angewiesen sind und ihre Entscheidungen koordinieren müssen“ (Benz 2007: 297). Auch im Rahmen materialistischer Staatstheorie wird mit dem Begriff der „Internationalisierung des Staates“ versucht, der räumlichen Redimensionierung des Staates Rechnung zu tragen. Die historische Zäsur in der Entwicklung des Kapitalismus, wie sie der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus markiert, wird damit nicht mehr

1 Für eine raumtheoretisch informierte Kritik materialistischer Staatstheorie am Multi-Level-Governance-Ansatz siehe Wissen 2008a: 107ff.; Brand 2008: 171f.

nur als Wandel der funktionalen Parameter staatlicher Regulation im Sinne der Aufgabe keynesianischer Wohlfahrtsstaatlichkeit zugunsten neuer, wettbewerbsstaatlicher Formen der Regulation (vgl. Hirsch 1998) thematisiert. Betont wird auch, dass „sich wichtige Politikformulierungs- und -durchsetzungsprozesse auf die Ebene internationaler Organisationen verlagern“ (Hirsch 2005: 147) bzw. dass es „zu einer stärkeren räumlichen Diversifizierung staatlicher Ebenen und Funktionen“ (Hirsch und Kannankulam 2009: 200) gekommen sei². Doch obwohl die sich wandelnde räumliche Konfiguration von Staatlichkeit zum Thema gemacht wird, muss der Kritik zugestimmt werden, dass eine explizite Auseinandersetzung mit der Kategorie ‘Raum’ „aus staatstheoretischer Perspektive noch am Anfang [steht]“ (Wissen 2008a: 106). Erste viel versprechende Schritte in diese Richtung sind jedoch bereits unternommen worden, wobei sich aus materialistischer Sicht die Auseinandersetzung mit dem in der angloamerikanischen *radical geography* entwickelten scale-Konzept als besonders fruchtbar erwiesen hat.

In Ergänzung der marxischen Kritik am Warenfetisch setzten sich ab den 1960er Jahren Anthropolog_innen und Geograph_innen mit der Fetischisierung des Raums auseinander³. Ihre grundlegende Einsicht bestand darin, dass Raum weder objektiv gegeben noch neutral, sondern Ergebnis gesellschaftlicher Interaktion unter bestimmten Voraussetzungen sei. Anstatt von einem Raum ‘an sich’ auszugehen, müsse daher auf die Verräumlichung sozialer Verhältnisse, d.h. auf die aktive Produktion sozialer Räume fokussiert werden (vgl. Lefebvre 1974). Die sich in der Folge entspannenden Debatten betrachten ‘Raum’ unter einem doppelten Aspekt. Autor_innen wie David Harvey thematisieren Raum vorwiegend als physisch-materielle Bedingung der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. als *built environment* (Harvey 1982). Einen anderen Zugang wählen die Vertreter_innen der scale-Debatte, die nach der räumlichen Maßstäblichkeit sozialer Interaktionsbeziehungen und

2 Tatsächlich ist die Debatte um die Internationalisierung des Staates natürlich wesentlich komplexer und umfasst weit mehr Dimensionen als nur die Verlagerung politischer Kompetenz auf suprastaatliche Ebenen. Für einen Überblick siehe (Jessop 1997; Hirsch und Kannankulam 2009).

3 Für eine kurze Übersicht wichtiger Arbeiten siehe (Harvey 2007: 36).

gesellschaftlicher Verhältnisse fragen⁴. Gesellschaftliche Prozesse vollziehen sich diesem Verständnis nach nicht in *einem* sozialen Raum, sondern in einer multiskalaren Welt, die sich durch „das Vorhandensein von vielfältigen und sich gegenseitig überlappenden räumlich-gesellschaftlichen Dimensionen“ (Mahon und Keil 2008: 35) auszeichnet. In den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen können sich Akteur_innen auf eine Vielzahl unterschiedlicher räumlicher Maßstabebenen (*scales*) beziehen, die von der globalen und supranationalen über die nationale, regionale, lokale und Stadtteilebene ein breites Spektrum für den Einsatz politischer und sozialer Strategien bieten. Auch ist es möglich neue *scales* zu schaffen, alte zu blockieren und Strategien zu entwickeln, die auf die Verknüpfung oder auch das gegenseitige Auspielen unterschiedlicher *scales* durch Bewegungen des *scale jumping* und *forum shifting* zielen. Weder das Vorhandensein räumlicher Maßstabebenen noch der Bezug gesellschaftlicher Akteur_innen auf diese sind also einfach gegeben, vielmehr geht es „darum zu zeigen, wie, von wem und zu welchem Zweck räumliche Maßstabebenen durch soziale Praxis produziert und/oder strategisch eingesetzt werden“ (Belina 2008: 113). Indem so die „skalaren Praxen“ (ebd.) bzw. die skalaren Strategien gesellschaftlicher Akteur_innen in den Vordergrund der Analyse rücken, liegt das Hauptaugenmerk der Scale-Debatte auf der strategischen Dimension von Raum. Damit läuft der Scale-Ansatz jedoch Gefahr, „die strukturierende Wirkung von Scales als räumlich-institutionelle oder -diskursive Formen auf soziales Handeln zu vernachlässigen“ (Wissen 2008b: 20). Angezeigt ist mit dieser Problematik meines Erachtens die Notwendigkeit der Integration staatstheoretischer Überlegungen in die Analyse der Produktion und Transformation des Raums.

Raum ist von einer eigentümlichen Gleichzeitigkeit geprägt, die darin besteht, dass er sowohl Resultat als auch Medium und Voraussetzung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist. Die Produktionsprozesse des Raums lassen sich mithin nur verstehen, wenn sie in ihrer Pfadabhängigkeit (vgl. Brenner und Theodore 2002) von bestehenden räumlichen Konfigurationen untersucht werden. *Scaling*-Prozesse sind bedingt durch eine zutiefst macht- und herrschaftsförmige Raumstruktur, die selbst wiederum Ergebnis

4 Für eine Einführung in die Scale-Debatte siehe vor allem (Wissen, Röttger und Heeg 2008).

vorangegangener Kämpfe um die Konstitution des Raums ist. Diese setzt die divergierenden skalaren Strategien in ein hierarchisches Verhältnis und bildet so ein Terrain, auf dem gesellschaftlichen Akteur_innen höchst ungleiche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Intervention zukommen.

Wie wird es nun aber möglich, dass sich skalare Strategien in „räumlich-institutionelle oder -diskursive Formen“ übersetzen und dergestalt strukturierend auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einwirken? Es ist dies der Punkt, an dem der „Zusammenhang von Strategie und Regulation“ (Brand 2008) und damit die Bedeutung des Staates bzw. staatlicher Regulationsfunktionen aufgenommen werden muss. In der historisch-materialistischen Staatstheorie wurde hinlänglich dargelegt, dass sich die Reproduktion des Kapitalismus nicht als automatischer, sich über das reine Wirken des Wertgesetzes vollziehender Prozess verstehen lässt, sondern aufgrund seiner immanenten Widersprüchlichkeit vom Gelingen staatlicher Regulation abhängt (für viele vgl. Esser, Görg und Hirsch 1994; Jessop 1992, 2007). Die konstitutive Voraussetzung hierfür wird in der „relativen Autonomie“ des Staates ausgemacht. Staatliche Regulation – d.h. die Austarierung der gesellschaftlichen Widersprüche – ist nicht das Ergebnis zentral (durch die Bourgeoisie) entworfener Befriedigungspolitiken: „Ganz im Gegenteil: Das Spiel dieser Widersprüche innerhalb der Materialität des Staates ermöglicht die Organisationsrolle des Staates, so paradox das auch scheinen mag“ (Poulantzas 2002: 165). Der Staat wird also nicht als „monolithischer Block ohne Spaltung“, sondern als „relativ autonomes, strategisches Konfliktfeld“ (Bretthauer 2006: 92) entworfen. Was auf den ersten Blick wie eine Vorwegnahme governancetheoretischer Überlegungen daher kommen mag, erweist sich jedoch als differenzierte, herrschaftskritische Konzeption des Staates: Zum einen steht das Konfliktfeld Staat nicht allen Akteur_innen in gleicher Weise offen, denn in die Materialität der Staatsapparate eingelassen finden sich spezifische „strukturelle Selektivitäten“ – „d.h. das Filtern politischer Interessen und das Ergreifen von gegen oppositionelle Kräfte gerichtete Gegenmaßnahmen“ (ebd.: 93) – die wiederum Resultat vorangegangener Materialisierungsprozesse sind. Zum anderen ist die herrschende Klasse immer bemüht, durch die Formulierung hegemonialer und Staatsprojekte (vgl. Buckel/Georgi/Kannankulam/Wissel in diesem Band) die Widersprüche zwischen den einzelnen Apparaten einzuhegen. So ist der Staat dem berühmten Diktum

Poulantzas' folgend zwar die „materielle Verdichtung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses“, trotzdem verfügt er aber über eine „Einheitlichkeit bzw. Einheit, die sich [...] in seiner globalen und massiven Politik zugunsten der hegemonialen Klasse oder Fraktion“ ausdrückt (Poulantzas 2002: 168).

Lange Zeit wurde in der materialistischen Staatstheorie der Nationalstaat als zentrale Arena der gesellschaftlichen Kämpfe und ihrer Regulation angesehen. Muss bereits bei der Betrachtung des Fordismus kritisch nachgehakt werden, ob die einseitige Betonung der nationalstaatlichen Ebene nicht möglicherweise zu kurz greift, so wird diese räumliche Engführung vor dem Hintergrund der im Nach-Fordismus postulierten Differenzierung und Flexibilisierung nicht nur der Ökonomie, sondern auch der politischen räumlichen Ordnung, endgültig unhaltbar (vgl. Winter 2003). Diese Entwicklungen führten zu einer Neubetrachtung des Raums innerhalb der materialistischen Beschäftigung mit dem Staat: Staatliche Regulation wurde nicht länger als sich in einem gegebenen Raum vollziehender Prozess verstanden, vielmehr wurden Raumbildungsprozesse selbst als Funktion staatlicher Regulation problematisiert. Von einer passiven Hintergrundstruktur staatlicher Regulation wurde Raum zum *explanandum* staatstheoretischer Reflexion.

Bereits in den 1970er Jahren hatte Henri Lefebvre betont, dass die Aufrechterhaltung kapitalistischer Vergesellschaftung die „Produktion des Raums“ (ebd. 1974) zu seiner Voraussetzung habe. Insbesondere Autoren wie Neil Brenner und Bob Jessop haben diese raumtheoretische Annahme in einen systematischen Zusammenhang mit materialistischer Staatstheorie gebracht. Instrukтив ist der von Jessop im Anschluss an Begrifflichkeiten Harveys vorgebrachte Hinweis, „dass die Reproduktion und Regulation des Kapitalismus einen ‘social fix’ mit einbezieht, der die Unvollständigkeit einer rein kapitalistischen Produktionsweise zum Teil kompensiert und ihr eine spezifische Dynamik durch die Artikulation ihrer ökonomischen und außer-ökonomischen Elemente verleiht. [...] Ein notwendiger Aspekt dieses ‘social fix’ ist die Etablierung eines ‘spatio-temporal-fix’,“ (ebd. 2007: 251). Die innere Widersprüchlichkeit des Kapitalismus kann nach Jessop also nur dann zu einer gewissen Stabilität gebracht werden, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse auch eine räumliche Fixierung erfahren. Eine der zentralen Funktionen staatlicher Regulation ist daher die territoriale Festschreibung, d.h. die Territorialisierung sozialer Verhältnisse.

Die Wandlungsprozesse vom Fordismus zum Postfordismus können und müssen dementsprechend auch als „socio-spatial transformation“ (Brenner/Theodore 2002: 353) bzw. staatstheoretisch als „transformation of state spatiality“ (Brenner 2004: 447) analysiert werden. Dabei muss die Territorialität des Staates als stets umkämpftes Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen verstanden werden. Die Konzeption des Staates als „materielle Verdichtung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas 2002) muss auch auf die räumliche Ausformung des Staates bezogen werden. Und ebenso wie Poulantzas die „strukturelle Selektivität“ der Staatsapparate hervorhebt, so muss auch deren „räumliche Selektivität“ betont werden; d.h. „historically specific forms of spatial selectivity in which distinct spaces, locations and scales within each national territory are privileged, whereas others are neglected, marginalized or excluded“ (Brenner 2004: 454). In anderen Worten gilt es also, (*Re-*)*Scaling*-Prozesse als räumliches Moment der Kämpfe um Hegemonie zu begreifen. Das strategische Arsenal gesellschaftlicher Akteur_innen umfasst in diesen Kämpfen immer auch „skalare Praxen“, die im Versuch der Universalisierung der eigenen Interessenlage und der Schaffung eines gesellschaftlichen Kompromisses ebenso wie im repressiven Ausschluss des Gegners in Anschlag gebracht werden können.

2) Re-Scaling Europe

In der aktuellen Krise, in der das Aufbrechen alter hegemonialer Gewissheiten den gesellschaftlichen Kämpfen eine neue Dynamik verleiht, stellt sich im europäischen Kontext die Frage, welches „state spatial project“ (Brenner) sich aus den überkommenen Strukturen herausbilden wird. Hierzu lassen sich bisher nur erste Tendenzen angeben. In den Hegemonie-Kämpfen hat sich bisher noch keine „state spatial strategy“ (ebd.) durchsetzen können, die weitere Raumkonfiguration der EU ist ungewiss. Was jedoch bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt geleistet werden kann, ist eine Bestimmung der „inherited regulatory landscapes“ (Brenner/Theodore 2002: 351) Europas, sprich des Terrains, auf dem sich die aktuellen gesellschaftlichen Kämpfe und damit auch die *politics of scale* ereignen⁵.

5 Denn merke: Der Widerständige „hat im Terrain seinen besten Alliierten und ist daher bestrebt, dieses genau kennenzulernen. Als Alli-

2.1) Fordismus: Spatial Keynesianism

In seinen Anfängen stand das Projekt der westeuropäischen Integration im Zeichen sicherheitspolitischer Überlegungen. Während ein politisch und wirtschaftlich stabiles Westeuropa von US-amerikanischen Strategen als effektivste Front gegen die sowjetische Blockbildung angesehen wurde, hoffte Frankreich durch eine Einbindung und Kontrolle des westdeutschen Teilstaates die Gefahr entschärfen zu können, die von der potentiellen Hegemonialmacht Deutschland ausging (Tömmel 2008: 15; Statz 1989: 14; Altvater und Mahnkopf 2007: 55). Hatten sich die ersten zwischenstaatlichen Kooperationen in ökonomischen wie politischen Bereichen nur unter Druck der Vereinigten Staaten ereignen können, erkannten die Staaten Europas in den 1950er Jahren in der US-amerikanischen Vormachtstellung auf dem Weltmarkt die Gefahr, in der Internationalisierung des Welthandels abgehängt zu werden. Der Integrationsprozess diente den europäischen Eliten daher fortan auch als „gezielte Strategie der Effektivierung der Produktionsstrukturen und damit der Stärkung der nationalen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt insgesamt“ (Statz 1989:15). Durch die Schaffung eines von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen befreiten gemeinsamen Marktes und die mit diesem einhergehende internationale Arbeitsteilung sollten „größere Produktionseinheiten, größere Kapitalballungen, größere Rationalität in der Auswahl von Produktionsstätten und der Transportmittel“ (Mandel 1968: 41) ermöglicht und so die fordistische Erfolgsformel ‘Massenproduktion plus Massenkonsumtion gleich Prosperität’ auf erhöhter Stufe realisiert werden.

Die Rede von einer die US-Hegemonie herausfordernden Gegenstrategie auf europäischer Ebene⁶ darf indes nicht den Blick dafür verstellen, dass es in den 1950er und 60er Jahren die keynesianisch-fordistischen Nationalstaaten bzw. die nationalen Gesellschaftsformationen waren, die die zentralen Einheiten der Europäischen

ierter muß das Terrain intelligent in seinen Unebenheiten, Höhenunterschieden und Unregelmäßigkeiten, in seinen normal zugänglichen und geheimen Orten, verlassenem Gegenden, Buschwerken usw. bei der Aktion eingesetzt werden“ (Marighela 1970).

6 Die hier vorgenommene klare Trennung zwischen ‘Innen’ und ‘Außen’ verliert an Trennschärfe, konfrontiert man sie mit Poulantzas Konzept der ‘Internationalisierung’ (Poulantzas 2001).

Integration bildeten⁷. In diesem Sinne sind zwei zentrale Merkmale des fordistischen Modus der europäischen Integration festzuhalten: (1) Die Orientierung in Richtung Europa bildete (noch) kein Gegenprojekt zum „Keynesianischen Wohlfahrts-Nationalstaat“ (Jessop), sondern wurde als erfolversprechende räumliche Strategie zu deren Absicherung in der sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz ausgemacht. Auch wenn entscheidende Kräfte innerhalb der europäischen Nationalstaaten also begannen, auf den europäischen scale zielende Raumstrategien zu verfolgen, so galt es dennoch als ausgemacht, dass die Fixierung und Regulation der gesellschaftlichen Verhältnisse nach wie vor auf dem nationalen scale zu erfolgen hatten. (2) Nicht nur die staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitiken waren im Fordismus von funktionalen Parametern geprägt, die auf Ausgleich und Homogenisierung zielten; sie wirkten auch handlungsanleitend auf die staatliche Organisation des Raums. Mit Neil Brenner lässt sich diese begrifflich als „spatial keynesianism“ auf den Punkt bringen: „Spatial Keynesianism is best understood as a broad constellation of national state strategies designed to promote capitalist industrial growth by alleviating uneven geographical development within each national economy“ (Brenner 2004: 462). Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Rolle der europäischen Instanzen in der politischen Architektur des Fordismus auf die Ergänzung nationaler Strategien beschränkte, die angesichts der Dominanz der USA auf dem Weltmarkt zunehmend ins Leere zu laufen drohten. Mit Patrick Ziltener lässt sich so von „Komplementarität und Absicherung“ der nationalen Entwicklungswege durch die europäische Ebene sprechen – „die EG also als eine die nationale Staatlichkeit komplementierende Ebene zu verstehen“ (Ziltener 1999: 124).

7 Patrick Ziltener legt in seinem Buch *Strukturwandel der europäischen Integration* materialreich dar, dass die europäischen Instanzen „in den 50er/60er Jahren keine inneren Rechts-, Sicherheits-, und Herrschaftsfunktionen [inne hatten]; diese wurden grundsätzlich von den Nationalstaaten wahrgenommen. [...] Das zentrale Tätigkeitsfeld der europäischen Instanzen der 50er/60er Jahre war die Organisation des Abbaus der Binnenzölle und die Durchsetzung einheitlicher Aussenzölle, also die Errichtung der Zollunion“ (Ziltener 1999: 105).

2.2) *Krise des Fordismus: Strukturbruch der Integrationsweise*

Die in den 1970er Jahren ausbrechende Weltwirtschaftskrise erschütterte die Logik fordistischer Vergesellschaftung in ihren Grundfesten (Hirsch und Roth 1986). Herausgefordert sah sich damit auch die bisherige räumliche Organisation Europas, die seit den 1950er Jahren einer zunehmenden Vergemeinschaftung und Integration der europäischen Nationalstaaten folgte. Denn ähnlich der Reaktionen während der Weltwirtschaftskrise der 1920er/30er Jahre, bestanden auch vier Jahrzehnte später die unmittelbaren Reflexe der staatlichen Regierungen im Rückzug auf die nationale Schicksalsgemeinschaft und in der Entwicklung nationaler Krisenlösungsstrategien. Die Forcierung makroökonomischer und nachfrageorientierter Politiken im nationalstaatlichen Rahmen, die einher gingen mit der Einrichtung bzw. Verstärkung binnenprotektionistischer Maßnahmen und nichttarifärer Handelshemmnisse sowie der Einschränkung des freien Kapitalverkehrs, führten zu einem Rückbau bisher erfolgter Vergemeinschaftung (vgl. Ziltener 1999: 126, vgl. Tömmel 2008: 23). Im Laufe des Jahres 1974 wurde jedoch schließlich offenbar, dass die Renationalisierung der Wirtschaftspolitik es nicht vermocht hatte gegenüber dem Krisenverlauf ernsthafte Kontrapunkte zu setzen, ja sich die wirtschaftliche Lage für viele Staaten sogar weiter verschlechtert hatte. Diese Erkenntnis mündete im Laufe des Jahres 1975 in der Formulierung erster EG-Antikrisenmaßnahmen, die jedoch kaum Unterstützung der Nationalstaaten finden sollten. Der Versuch der Entwicklung einer Krisenpolitik, die wie in den Jahren zuvor auf eine fordistisch geprägte Homogenisierung der Regeln und Politiken gerichtet war, war somit gescheitert, die alten Formen der Regulierung wurden zunehmend obsolet.

Das Aufbrechen des bis dato hegemonialen fordistischen Konsenses verlieh ideologischen Standpunkten Auftrieb, die bisher ein weitgehend marginalisiertes Dasein gefristet hatten. Bereits während der – letztendlich gescheiterten – Verhandlungen um eine Wirtschafts- und Währungsunion Ende der 1960er Jahre waren Forderungen nach einem System des gemeinschaftlichen Finanzausgleichs laut geworden, das den Entwicklungs- und Strukturunterschieden zwischen den einzelnen EG-Ländern Rechnung tragen sollte. Im Zuge der Wirtschaftskrise traten diese zwischenstaatlichen Divergenzen nun wesentlich pointierter zutage, die einfache

Übertragung fordistischer Akkumulations- wie Regulationsmuster auf die europäische Ebene als Strategie der Krisenbearbeitung scheiterte so an divergierenden nationalen Interessen. Gleichzeitig erschien es jedoch als evident, dass die europäischen Ökonomien vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung den Schulterchluss suchen mussten, wollten sie in der Weltmarktkonkurrenz, in der neben den USA nun zunehmend auch Japan das Feld betrat, weiterhin bestehen können. Da die Widersprüche nicht mehr im Rahmen der alten fordistischen Ordnung zur Vermittlung gebracht werden konnten, bedurfte es neuer Bewegungsformen, neuer Formen der staatlichen Regulierung. Für die inter- und transnational orientierten Kapitalfraktionen, die bisher weitgehend im Schatten der nationalen Bourgeoisien gestanden hatten, eröffnete sich so die Möglichkeit, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Oberhand zu gewinnen und nach den (europäischen) Sternen zu greifen. Damit war der Anstoß für einen neuerlichen Integrationsschub gegeben, eine dritte Phase der Integration, in der „eine gänzlich andere Integrationslogik zur Entfaltung kommt“ (Tömmel 2008: 52) und sich die Raumstruktur der Europäischen Gemeinschaft immer weniger mit der oben verwendeten Figur der Komplementarität zwischen nationalstaatlicher und europäischer Ebene erfassen lässt.

2.3.) *Die multiskalare Staatlichkeit Europas*

Der Kapitalismus hat seit den 1970er Jahren tief greifende Umstrukturierungen erfahren, die zu qualitativ neuen, relativ klar umrissenen Modi der Akkumulation und Regulation geführt haben. Herausragendes Merkmal dieser Entwicklung ist die weit vorangetriebene Inter- und Transnationalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese beschränkt sich längst nicht mehr nur auf die Sphäre der Produktion, sondern umfasst auch die sozialen Auseinandersetzungen und Regulierungssysteme. Weit davon entfernt, lediglich zu einer Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf suprastaatliche Ebenen und Institutionen geführt zu haben, umfasst der Prozess der sogenannten 'Globalisierung' *die multidimensionale Reorganisation raum-zeitlicher Horizonte, die Redimensionierung räumlicher Maßstäblichkeit sozialer und politischer Interaktion in Richtung einer multiskalaren Raumkonstellation* (Wissen u.a. 2008; Hirsch und Wissel 2010: 302; Felder 2001:

174ff.). Dabei gilt es den Prozessen der Transnationalisierung von Staatlichkeit auf zwei unterschiedlichen Ebenen nachzugehen. Zum einen muss der institutionellen Ausprägung der politischen Form auf sub- und suprastaatlichen scales Beachtung geschenkt und die hier entstehende neue Form von Staatlichkeit als *'transnationaler Staat'* gefasst werden. Dieser ist in Fortführung der von Poulantzas angestellten Überlegungen zur Internationalisierung⁸ zu unterscheiden vom *'transnationalisierten Staat'*, mittels dessen sich interner Wandel und veränderte Bedeutung der nationalstaatlichen Ebene auf den Begriff bringen lassen⁹. Dieses Unterfangen darf sich jedoch nicht mit der Zusammenschau unterschiedlicher scales als voneinander getrennte räumlicher Maßstabsebenen begnügen, es müssen überdies „die einzelnen räumlichen Bezugsebenen und institutionellen Verdichtungen nicht nur in ihrem Zusammenhang, sondern auch in ihrer gegenseitigen Durchdringungen begriffen werden“ (Hirsch und Wissel 2010: 302). In der folgenden Darstellung werde ich mich auf die Entstehung eines transnationalen europäischen Staates (Vergemeinschaftung) konzentrieren, ohne näher auf die interiorisierten Transformationen der europäischen Nationalstaaten (Europäisierung) einzugehen.

Der mit dem Vertrag von Maastricht 1992 festgeschriebene Übergang der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union beinhaltete eine grundlegende Überholung ihrer institutionellen Struktur. Die entscheidende Neuerung lag in der Errichtung der sogenannten drei Säulen der Europäischen Union. Während die erste Säule, die Europäische Gemeinschaft, die supranational organisierten Politikfelder enthielt, fanden sich in der zweiten (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und dritten Säule (Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit) Bereiche, die zwar einer verstärkten europäischen Kooperation unterstellt wurden, nach wie vor aber in intergouvernementaler Verantwortung verblieben. Der Widerstreit zwischen föderalistischen Positionen, welche die Europäische Gemeinschaft als Staatenbund verstanden wissen wollten und supranationalen Bestrebungen hin zu einem europäischen Bundesstaat wurde so in eine wesentlich komplexere

8 Vgl. Fn. 5

9 Diese Differenzierung geht auf einen jüngst von Alex Demirović unterbreiteten Vorschlag zurück, zwischen *'transnationalem Staat'* und *'internationalisiertem Staat'* zu unterscheiden (ebd. 2010: 71).

institutionelle Struktur¹⁰ überführt (vgl. Felder 2001: 184). Die mit Maastricht in Gang gesetzte Dynamik der Ausdifferenzierung der institutionellen Struktur hat sich über die Gipfel von Amsterdam 1997 und Nizza 2000 fortgesetzt und bis heute nicht erschöpft. Eine erneute Restrukturierung erfuhr die Union zuletzt durch den im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon, der den gescheiterten Verfassungsvertrag der Europäischen Union ersetzte. Trotz teilweise tief greifender Veränderungen der institutionellen Struktur hat sich am grundsätzlichen Verflechtungscharakter der EU auch mit dem 'Reformvertrag' nichts geändert.

Die Staatlichkeit der Europäischen Union lässt sich also nicht mit dem einfachen Verweis auf die Entstehung supranationaler institutioneller Formen begründen. Demgegenüber ist die EU vielmehr ein Paradebeispiel für eine neue Form *multiskalarer Staatlichkeit*, in der sich die Institutionalisierung der politischen Form nicht mehr im klar abgesteckten territorialen Rahmen eines (europäischen) Nationalstaates vollzieht, sondern sich auf einen multidimensionalen Raum ausdehnt, der sich von der lokalen über die regionale und nationale bis hin zur europäischen Ebene erstreckt. Während sich die fordistische Raumstruktur der Europäischen Gemeinschaft mit Ziltener noch als Komplementarität zwischen europäischer und nationaler Ebene fassen lässt, handelt es sich bei jener des Postfordismus um eine vollkommen neue Architektur des politischen Raums; um ein kooperativ-kompetitives Zusammenspiel unterschiedlicher räumlicher Ebenen sowie eine Pluralisierung der an den politischen Prozessen beteiligten Akteur_innen.

10 Neben der Entstehung eines wechselseitigen Verhältnisses zwischen nationaler und europäischer Ebene bildet die Regionalpolitik der EU einen weiteren Aspekt in der Veränderung der europäischen Raumstruktur. Mittels der europäischen Regional- und Strukturfonds soll die ökonomische Modernisierung peripherer und gering entwickelter Regionen forciert, ihre „spezifischen Standortqualitäten“ (Heeg 2008:259) gefördert und in einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum miteinander in Konkurrenz gesetzt werden. Vergleichbare Entwicklungen auf städtischer Ebene hat Neil Brenner in seinen Arbeiten zu „Urban Governance“ hervorgehoben (Brenner 2004; Brenner und Theodore 2002).

Es kann an dieser Stelle keine detaillierte Analyse der Kräfteverhältnisse geleistet werden¹¹. Um jedoch die Raumstruktur der EU als gesellschaftlichen Produktionsprozess zu analysieren, sollen zumindest die zentralen Konfliktlinien der gesellschaftlichen Kämpfe skizziert werden, die ihre materielle Verdichtung in der beschriebenen multiskalaren Form der EU erfahren haben.

Der Integrationsschub, den die Europäische Gemeinschaft ab der Mitte der 1980er Jahre erlebte, ist untrennbar mit dem Amtsantritt Jaques Delors' als Präsident der EG-Kommission im Jahre 1985 verbunden. Unter dem Vorsitz Delors gelang es der Kommission, zwei große Maßnahmenbündel zu formulieren, über die eine Erneuerung der EG erreicht werden sollte: Das Projekt einer politischen Union sowie das für die weitere Entwicklung der EG bzw. EU letztlich zentrale Projekt der ökonomischen Integration. Im Sinne der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in der Triade-Konkurrenz stellten sich Liberalisierung und Deregulierung für Delors als Notwendigkeiten dar, mit denen allerdings, im Gegensatz zu neoliberalen Entwürfen, die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik mit hohen sozialen Standards einhergehen müsse. Dem deregulierten Binnenmarkt gelte es durch einen *espace organisé* ein Gegengewicht zu setzen (vgl. Ziltener 1999:180ff.; Tömmel 2008: 28ff.). Im delors'schen Projekt eines gemeinsamen Europäischen Sozialmodells drückt sich so letztlich die Strategie einer weitgehenden Fortsetzung der fordistischen Regulationsweise auf einer höheren räumlichen Ebene aus.

Eine konträre Stoßrichtung verfolgte demgegenüber das neoliberale Projekt. In ihrer Beschränkung auf die Förderung der Freisetzung von Marktkräften durch Schritte der negativen Integration beabsichtigten dessen Anhänger_innen, „Marktprozesse politischer Einflussnahme aller Ebenen möglichst weitgehend zu entziehen“ (Aust/Leitner/Lessenich 2002: 285). Da eine solche Strategie auf der

11 Eine solche Analyse hat Bastian van Apeldoorn aus einer neo-gramscianischen Perspektive in seiner Studie *Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration* geleistet (2002). Neil Brenner & Nik Theodore sehen den Wandel der EU im Anschluss an Lipietz begründet in „conflictual interacion of conservativ/preservationist and modernizing or restructuring-oriented political forces“ (ebd. 2002).

nationalen Ebene, in deren Apparateensemble noch immer stark die Interessen der Arbeiter_innen eingeschrieben waren, bisher nicht hatte greifen können, sollten die nationalen Arrangements der Regulation über den Umweg der europäischen Ebene aufgebrochen werden. Mit der Einführung des Europäischen Währungssystems Ende der 1970er Jahre und der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) im Jahr 1987 gelang es den neoliberalen Akteur_innen, erste monetaristische Pflöcke in das noch immer stark keynesianisch geprägt europäische Feld einzuschlagen. Mit der Formulierung des Projekts eines gemeinsamen Binnenmarktes (Projekt 'Europa 1992') vermochten sie es, die Integrationsweise weiter in Richtung einer wettbewerbsstaatlichen Ausrichtung zu verschieben (vgl. Bieling 2001). Der Einstieg in die erste Stufe der Realisierung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zum 1. Juli 1990 bildete schließlich die konsequente Fortsetzung einer neuen Politik des Euromonetarismus, die mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht im Jahre 1992 und seinem Inkrafttreten 1993 schließlich ihre institutionelle Absicherung erfuhr. Markt und Wettbewerb sind seitdem die grundlegenden Fixpunkte, an denen die europäischen Akteur_innen ihr Handeln ausrichten. Das politische Koordinatensystem der EU bildet ein „neuer Konstitutionalismus“, eine Form der politischen Regulation, die bestrebt ist, „die Eigentumsrechte und Freiheiten der Investoren zu sichern und den Staat und die Arbeit unter die Disziplin des Marktes zu unterwerfen“ (Gill 2000: 44).

Diese Veränderung der Funktionsweise staatlicher Regulation ist den gesellschaftlichen Raumbildungsprozessen nicht äußerlich geblieben. Im Gegenteil: Betrachtet man Territorialisierung bzw. die räumliche Fixierung gesellschaftlicher Verhältnisse als zentralen Aspekt staatlicher Regulation, dann muss danach gefragt werden, wie sich der Übergang von fordistischen zu postfordistischen Modi der Regulation auf die Organisation des Raums auswirkt. Sowohl das delors'sche Projekt eines gemeinsamen Europäischen Sozialmodells als auch das neoliberale Projekt waren mit spezifischen skalaren Strategien verbunden; beide erkannten nach dem Scheitern der auf die nationale Ebene bezogenen fordistischen Regulationsweise die europäische Ebene als wichtiges Terrain in den Kämpfen um Hegemonie. Wie der Raum der Europäischen Union aber organisiert werden sollte, d.h. wie die einzelnen räumlichen Maßstabebenen zueinander in Beziehung gesetzt werden sollten, darüber bestand

weitgehender Dissens. Während das delors'sche Projekt an der Idee der durch zentrale (nun allerdings nicht mehr nationale sondern europäische) Kommandohöhen verordnete Harmonisierung des europäischen Territoriums festhielt, sollte den europäischen Instanzen den neoliberalen Vorstellungen zufolge die Rolle von Organisatoren in einem *heterogenen Feld*, bestehend aus staatlichen Akteur_innen unterschiedlicher Ebenen (lokal/regional, national, europäisch), zunehmend aber auch sozialen bzw. zivilgesellschaftlichen Akteur_innen, zukommen (vgl. Tömmel 1995: 58). Räumliche Ungleichheit wurde hier nicht länger als Problem definiert, dem es durch Harmonisierung entgegenzuwirken gilt, sondern als produktives Moment und Voraussetzung für Wettbewerb (und damit für gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt).

Das von der Delors-Kommission verfolgte Projekt kann mit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht als gescheitert betrachtet werden. Die seitdem vorherrschende wettbewerbsstaatliche Regulationsweise hat nicht zuletzt durch die konkurrenzförmige Einrichtung des europäischen Territoriums eine wichtige Grundlage für seine eigene Absicherung geschaffen. Denn die neoliberale Regulation der De-Regulierung hat bisher keinen neuen '*spatial fix*' entstehen lassen; der Charakter der postfordistischen Raumstruktur zeichnet sich vielmehr durch eine flüssige, permanenten Veränderungen unterliegende räumliche Organisation der Herrschafts- und Machtverhältnisse aus. Den gesellschaftlichen Akteur_innen wird es damit möglich, flexibel auf unterschiedliche skalare Strategien zu rekurrieren. Doch auch wenn das Ergreifen skalarer Praxen theoretisch allen gesellschaftlichen Akteur_innen offen steht, verfügen die herrschenden Klassen in ungleich größerem Umfang als die Beherrschten über die notwendigen Ressourcen (Infrastruktur, Geld, Wissen etc.). Mittels *scale jumping* und *forum shifting* haben sie es in der Vergangenheit immer wieder vermocht, sich geschmeidig durch den verflüssigten Raum zu bewegen und dergestalt etwaig auftretende gesellschaftliche Widerstände zu umspielen, ohne sich auf mühsame und kostspielige Zugeständnisse und Kompromissbildungsprozesse einlassen zu müssen. Die Topografie der multiskalaren Staatlichkeit der EU ist so maßgeblich geschliffen von den Kräften des herrschenden Blocks unter Führung der transnationalen Kapitalfraktionen, während die Subalternen immer vehementer aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heraus gedrängt und mit mannigfaltigen

Zwangsmitteln überzogen werden. Da die neuen politischen Räume dementsprechend nicht annähernd über ein dem Nationalstaat vergleichbares Maß an relativer Autonomie und materieller Dichte verfügen, übersetzt sich der beständig wandelnde Bezug der gesellschaftlichen Kräfte auf diese in ebenso beständige Veränderungen ihrer Ausprägung. Die postfordistische Raumstruktur ist damit letztlich durch jene für die postfordistische Produktionsweise so typische und für die herrschenden Klassen (zumindest kurzfristig) so vorteilhafte Flexibilität und Wettbewerblichkeit gekennzeichnet, die nicht nur stabile Lebensläufe und Klassenbeziehungen beständig untergraben, sondern die gesellschaftlichen Akteur_innen auch in den *politics of scale* stets aufs neue in den Ring schicken. Die Regulation der De-Regulierung hat so bisher nicht nur keine Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gebracht, sie hat diese vielmehr erfolgreich zu verhindern gewusst. Was wir momentan beobachten, ist dementsprechend möglicherweise weniger ein „Suchprozess nach einer neuen hegemonialen Konstellation“ (Brand 2007: 162) als vielmehr die sich schärfende Kontur eines neuen Herrschaftsmodus.

3) Ein „europäischer Frühling“?

Die neuen Formen der Territorialisierung von Staatlichkeit erweisen sich damit aber als hoch problematisch für die Möglichkeit der Regulation und Reproduktion kapitalistischer Vergesellschaftung. Indem die Prozesse der Inter- und Transnationalisierung die alten fordistischen Arrangements der Regulation weitgehend aushebelten, wurde auch jenen Strategien der „sozialen Befriedung“ des Nachkriegskapitalismus der Boden entzogen, die die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung in großen Teilen des gesellschaftlichen Bewusstseins vergessen machten. Gleichzeitig stehen eine Demokratisierung der EU sowie eine Ausrichtung auch auf sozialpolitische Belange bis heute weitgehend aus. Mehr als fünfzig Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge ist Europa noch immer ein Elitenprojekt, das seinen undemokratischen, herrschaftsförmigen und repressiven Charakter beständig verschärft hat. In der Folge haben im Verlauf der letzten Jahre auch in den europäischen Mitgliedstaaten die sozialen Spannungen und mit ihnen Protest und Widerstand an Schärfe gewonnen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Griechenland

und Spanien sind so möglicher Weise nur ein erster Ausblick auf die Zukunft Europas.

Die Reaktion einer staatlichen Politik, die ob ihrer Fixierung auf Konkurrenz und Flexibilität – auch und gerade im Verhältnisse der unterschiedlichen scales unter- und zwischeneinander – die gesellschaftlichen Fliehkräfte immer während bestärkt und so der Dissoziation kaum stabilisierende Effekte entgegenzusetzen vermag, besteht in der Forcierung autoritär-etatistischer Formen von Staatlichkeit (vgl. Kannankulam 2008). Die strukturelle Selektivität der Staatsapparate erfährt eine weitere Umformatierung, die die Durchlässigkeit für die Interessen der transnationalen Kapitalfraktionen beständig erhöht, während jene der Subalternen in immer feinporigeren Filtern gefangen und aussortiert werden. In politisches Blei gegossen wird so eine Strategie der Entsagung liberal-demokratischer Verfahren, die sich zwar kurzfristig positiv auf die Machtposition der herrschenden Klassen auswirken mag, auf lange Sicht jedoch ein hochexplosives Potenzial birgt. Denn die immer unmittelbarere Übersetzung von ökonomischen Interessen in die staatlichen *policies* und *politics* neigt dazu, die relative Autonomie des Staates und somit die politische Form, jene fundamentalen Herrschaftsbedingungen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften, zu untergraben.

Inwiefern angesichts dieser Entwicklung Grund für linke Euphorie besteht, ist zumindest fraglich. Die Krise ist nicht das Vorstadium der Revolution, mit ihr ist lediglich das gesellschaftliche Kampffeld in Bewegung geraten. Die Möglichkeiten linker, anti-kapitalistischer Interventionen sind damit ebenso gestiegen, wie die Gefahr einer Verschärfung autoritärer und reaktionärer Tendenzen (vgl. Robinson 2011). Will sich die Linke in den anstehenden Kämpfen nicht nur in der Gemütlichkeit gesellschaftlicher Marginalisierung einrichten, sondern das Kräfteverhältnis tatsächlich zu ihren Gunsten verschieben, so muss sie sich auch über die Ausdifferenzierung, die der politische Raum in den vergangenen drei Dekaden erlebt hat, bewusst werden und ihre Strategien an der neuen, multiskalaren Raumstruktur ausrichten. Angesichts des massiven Gewichts, das der europäischen Ebene mittlerweile in der Regulation der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kommt, müsste diese wesentlich deutlicher als Kampfarena in den Fokus gerückt werden. Nicht mit dem letztendlichen Ziel der Demokratisierung der bestehenden Misere durch Stärkung der Subalternen Interessen

in Europa, sondern mit der Perspektive auf ein Zusammenleben jenseits kapitalistischer Herrschafts- und Machtverhältnisse. Trotz der beeindruckenden und inspirierenden Proteste in Griechenland und Spanien gibt der aktuelle Zustand der Linken jedoch wenig Hoffnung auf eine emanzipatorische Entwicklung der Gesellschaft. Die Reproduktion-Regulation des Kapitalismus wird so zwar zunehmend prekär, die Aussichten auf die befreite Gesellschaft haben sich aber nicht wirklich verbessert.

Literatur

- Altwater, Elmar, und Birgit Mahnkopf* (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Aust, Andreas u. Sigrid Leitner, Stephan Lessenich* (2002): Konjunktur und Krise des Europäischen Sozialmodells. Ein Beitrag zur politischen Präexplantationsdiagnostik. In: Politische Vierteljahresschrift 43/2, Juni 2002, S. 272-301
- Apeldoorn, Bastian van* (2002): Transnational Capitalism and the Struggle over European Integration. London: Routledge.
- Belina, Bernd* (2008): Skalare Praxis. In: Wissen, M. et al. (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Benz, Arthur* (2007): Multilevel Governance. In: ebd. Et al. (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bieling, Hans-Jürgen* (2001): Staat, Zivilgesellschaft und New Governance in der Europäischen Union. In: Kurswechsel 3/2001: 26-35.
- Brand, Ulrich* (2007): Die Internationalisierung des Staates als Rekonstitution von Hegemonie. Zur staatstheoretischen Erweiterung Gramscis. In: Buckel, S./Fischer-Lescano, A. (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos.
- (2008): Multiskalare Hegemonie. Zum Verhältnis von Führung, Herrschaft und Staat. In: Wissen, M. et al. (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brenner, Neil* (2004): Urban governance and the production of new state spaces in wester Europe, 1960-2000. In: Review of International Political Economy 11: 447-488.
- Brenner, Neil/Nik Theodore* (2002): Cities and the Geographies of 'Actually Existing Neoliberalism'. In: Antipode 34: 349-379.

- Bretthauer, Lars* (2006): Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas. In: Ders. et al. (Hg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg: VSA.
- Demirović, Alex* (2010): Materialistische Staatstheorie und die Transnationalisierung des kapitalistischen Staates. In: Ders.: Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Baden-Baden: Nomos.
- Esser, Josef/Christoph Görg/Joachim Hirsch* (1994): Politik, Institutionen, Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg: VSA.
- Felder, Michael* (2001): Die Transformation von Staatlichkeit. Europäisierung und Bürokratisierung in der Organisationsgesellschaft. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gill, Stephen* (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling/Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Harvey, David* (1982): *The Limits to Capital*. Oxford.
- (2007): Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur Geographischen Imagination. In: Belina, B./Michel, B. (Hg.): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Heeg, Susanne* (2008): Die Europäische Union – eine fragile Staatlichkeit? Politisch-territoriale Organisation der EU und die Diskussion um Scale. In: Wissen, M. et al. (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hirsch, Joachim* (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin: ID.
- (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim/John Kannankulam* (2009): Die Räume des Kapitals. Die politische Form des Kapitalismus in der 'Internationalisierung des Staates'. In: Hartmann, E. et al. (Hg.): Globalisierung, Macht und Hegemonie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hirsch, Joachim/Roland Roth* (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim/Jens Wissel* (2010): Transnationalisierung der Klassenverhältnisse. In: Thien, Hans-Günter (Hg.): Klassen im Postfordismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jessop, Bob* (1997): Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? In: Becker/Sablowski/Schumm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Berlin, Hamburg: Argument-Verlag.
- (2007): Kritischer Realismus, Marxismus und Regulation. Zu den Grundlagen der Regulationstheorie. In: Röttger, B./Rego Diaz, V.

- (Hg.): Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Hamburg: Argument-Verlag.
- (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat. In: Demirović, A. et al (Hg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kannankulam, John* (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Hamburg: VSA.
- Lefebvre, Henri* (1974): The Production of Space. Oxford: Blackwell.
- Mahon, Rianne/Roger Keil* (2008): Space, Place, Scale. Zur politischen Ökonomie räumlich-gesellschaftlicher Redimensionierung. In: Wissen, M. et al. (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Mandel, Ernst* (1968): Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Marighella, Carlos* (1970): Minihandbuch der Stadtguerilla. In: Sozialistische Politik 2.Jg., Nr. 6/7 1970, S. 143-166.
- Poulantzas, Nicos* (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat. In: Hirsch/Jessop/Poulantzas (Hg.): Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung. Hamburg: VSA.
- (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.
- Robinson, William* (2011): The Crisis of Global Capitalism and the Specter of 21st Century Fascism. In: <http://www.zcommunications.org/the-crisis-of-global-capitalism-and-the-specter-of-21st-century-fascism-by-william-i-robinson>, zugegriffen am 05.01.2012
- Statz, Albert* (1989): Die Entwicklung der westeuropäischen Integration – ein Problemaufriß. In: Deppe, F. et al (Hg.): 1992 – Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Tömmel, Ingeborg* (2008): Das politische System der EU. München: Oldenbourg.
- (1995): Die Europäische Integration: ökonomische Regulierung und Politikgestaltung zwischen Staat und Markt. In: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft (FEG) (Hg.): Europäische Integration und politische Regulierung – Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Marburg: FEG
- Winter, Jens* (2003): Regulation und Hegemonie in nach-fordistischen Zeiten. Notizen zur raumtheoretischen Herausforderung. In: Brand, U./Raza, W. (Hg.): Fit für den Fordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Wissen, Markus (2008a): Internationalisierung, Naturverhältnisse und politics of scale. Zu den räumlichen Dimensionen der Transformation des Staates. In: *Wissel, J./Wöhl, S.* (Hg.): *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

– (2008b): Zur räumlichen Dimensionierung sozialer Prozesse. Die Scale-Debatte in der angloamerikanischen Radical Geography – eine Einleitung.“ In: *Wissen, M. et al.* (Hg.): *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Wissen, Markus/Bernd Röttger/Susanne Heeg (2008): *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Ziltener, Patrick (1999): *Strukturwandel der europäischen Integration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Autor_innenverzeichnis

Sonja Buckel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Rechtstheorie, Europaforschung. Aktuelle Veröffentlichungen: Subjektivierung & Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2007; 'Staatsprojekt Europa', in: Politische Vierteljahrsschrift, Heft 4/2011, 636-662.

José Manuel Romero Cuevas, wissenschaftlicher Mitarbeiter für Philosophie an der Universidad de Alcalá (Madrid). Arbeitsschwerpunkte: Erkenntnistheorie, Hermeneutik, Kritische Theorie. Aktuelle Veröffentlichungen: *Hacia una hermenéutica dialéctica*. W. Benjamin, Th. W. Adorno y F. Jameson, Madrid, 2012 (zweite Auflage); *Crítica e historicidad*, Barcelona, 2010.

Pia Eberhardt, Mitarbeiterin der Organisation Corporate Europe Observatory (CEO, www.corporateeurope.org). Arbeitsschwerpunkt: Lobbyismus in der europäischen Handelspolitik. Aktuelle Veröffentlichung: EU-Kommission und Kapital in der Handelspolitik gegenüber Indien, in: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 85, März 2011, 31-45.

Fabian Georgi, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main und an der Philipps-Universität Marburg. Promovend am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Staatstheorie, politische Ökonomie, Migrationspolitik. Aktuelle Veröffentlichung: For the Benefit of Some: The International Organization for Migration (IOM) and its global migration management, in: Geiger/Pécoud (Hg.) *The Politics of International Migration Management*, Palgrave Macmillan, 2010, 45-72.

Nikolai Huke, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Europäische Integration und Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Europäische Integration, Gewerkschaften, Migrationspolitik, kritische Internationale Politische Ökonomie. Promotionsthema: Autoritäre Austeritätspolitik als Herausforderung für Gewerkschaften und soziale Bewegungen: Spanien in der Eurokrise.

John Kannankulam, Juniorprofessor für politische Ökonomie und Europäische Integration an der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Materialistische Staats- und Europaforschung,

Politische Ökonomie der BRD & UK. Aktuelle Veröffentlichungen: Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Arbeitspapier Nr. 30 der FEI, gem. mit Fabian Georgi, Marburg 2012; Reading Poulantzas. Hrsg. mit Alexander Gallas, Lars Bretthauer, Ingo Stützle, London 2011.

Bern Kasperek, Diplom-Mathematiker und Kulturanthropologe, schreibt an seiner Dissertation zum Grenz- und Migrationsregime im Süd-Osten der EU. Er ist aktiv im Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. Aktuelle Veröffentlichung: Sabine Hess und Bernd Kasperek: Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin/Hamburg 2010.

Anna Krämer, Promovierende der Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte: Post- und antikoloniale Theorien, materialistische Staatstheorien und Staatlichkeiten in Afrika.

Dana Lüddemann, Politikwissenschaftlerin an der Goethe-Universität Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte: Governmentality Studies, Subjektivierung, Entwicklungspolitik, Postkolonialismus. Aktuelle Veröffentlichung: JD/JL (Hg.): Die Sterne zum Tanzen bringen. Eine radikaldemokratische Kritik der EU, Frankfurt/Main 2011; Redaktion mit F. Boll, K. Macholdt, A. Wagner.

Lukas Oberndorfer, Wissenschaftler in Wien, Redaktionsmitglied des juridikum (zeitschrift für kritik|recht|gesellschaft); Forschungsschwerpunkte: Kritische Theorie & Empirie der europäischen Integration, des Europarechts und der industriellen Beziehungen auf transnationaler Ebene. Aktuelle Veröffentlichungen: Post-neoliberale Integrationsweise der EU – Perspektivenwechsel an der Schnittstelle Politik|Ökonomie|Recht, in Blaha/Weidenholzer (Hg.), Freiheit – Beiträge für eine demokratische Gesellschaft (2010).

Maximilian Pichl, Student der Rechtswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main, Redaktionsmitglied der Forum Recht, Arbeitsschwerpunkte: Kritische Rechtstheorie, Postkoloniales Recht, Popular Legal Culture, Migrations- und Flüchtlingsrecht, Europarecht, Europäische Integration, Staatstheorie, „Eine Mauer für Europa“, in Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2011.

Saida Ressel, vorauss. Juni 2012 Abschluss als Diplom-Politologin an der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: kritische

Internationale Politische Ökonomie, Intersektionalität, Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse, Care-Migration, Gewerkschaften und Frauenbewegungen in Spanien.

Vassilis S. Tsianos, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie, Forschungs Koordinator des europäischen 7. Forschungsrahmenprogramms „Mig@Net: transnationale digitale Netzwerke, Gender & Migration“. Arbeitsschwerpunkte: Migrationsforschung, Antirassismus, Prekarisierung.

Jens Wissel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Internationale Politische Ökonomie, Staatstheorie, Europaforschung. Aktuelle Veröffentlichungen: Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Baden-Baden, Nomos-Verlag (2007). The Transformation of Contemporary Capitalism and the Concept of a ‘transnational capitalist class (gemeinsam mit Joachim Hirsch), in: Studies in Political Economy 88, Fall, 7-33 (2011).

Sebastian Wolff, Dipl.-Pol. Zurzeit Mitarbeiter im DFG-Forschungsprojekt „Staatsprojekt Europa“ am Institut für Sozialforschung, Arbeitsschwerpunkte: Staatstheorie, Geopolitik, Migrationsforschung.

AkG – Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.



Michael Bruch
Wolfram Schaffar
Peter Scheiffele
(Hrsg.)
Organisation und Kritik

Eva Hartmann/Caren Kunze/
Ulrich Brand (Hrsg.)
**Globalisierung, Macht
und Hegemonie**
Perspektiven einer
kritischen Internationalen
Politischen Ökonomie
2009 – 272 Seiten – € 24,90
ISBN 978-3-89691-757-7

Alex Demirović (Hrsg.)
Kritik und Materialität
2008 – 168 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-748-5

Michael Bruch / Wolfram Schaffar /
Peter Scheiffele (Hrsg.)
Organisation und Kritik
2011 – 282 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-869-7

Jens Wissel/
Stefanie Wöhl (Hrsg.)
**Staatstheorie vor neuen
Herausforderungen**
Analyse und Kritik
2008 – 167 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-747-8

Alex Demirović/Christina Kaindl/
Alfred Krovoza (Hrsg.)
**Das Subjekt – zwischen
Krise und Emanzipation**
in Zusammenarbeit mit der
Loccumer Initiative
2010 – 176 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-771-3

**WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**



e-mail: info@dampfboot-verlag.de
<http://www.dampfboot-verlag.de>



Alex Demirović / Heike Walk (Hrsg.)
Demokratie und Governance
 Kritische Perspektiven auf neue Formen
 politischer Herrschaft
 2011 – 305 Seiten – € 29,90
 ISBN 978-3-89691-872-7



Beat Ringer
Maßt euch an!
 Auf dem Weg zu einem
 offenen Sozialismus
 mit einem Vorwort von
 Alex Demirović
 2011 – 218 Seiten – € 24,90
 ISBN 978-3-89691-875-8

Evi Genetti
**Europäische Staaten
 im Wettbewerb**
 Zur Transformation von
 Geschlechterordnungen
 im Kontext der EU
 2010 – 242 Seiten – € 27,90
 ISBN 978-3-89691-862-8



Nicola Liebert
**Steuergerechtigkeit
 in der Globalisierung**
 Wie die steuerpolitische
 Umverteilung von unten
 nach oben gestoppt
 werden kann
 2011 – 331 Seiten – € 29,90
 ISBN 978-3-89691-885-7

Brigitte Stolz-Willig /
 Jannis Christoforidis (Hrsg.)
Hauptsache billig?
 Prekarisierung der Arbeit
 in den sozialen Berufen
 2011 – 245 Seiten – € 24,90
 ISBN 978-3-89691-890-1



PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Einzelheft € 14,00

ISSN 0342-8176

Eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton: eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich € 38,00 (plus Porto) statt € 56,00. AbonnentInnen können bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbestellen. Das Abo kann jeweils bis acht Wochen vor Jahresende schriftlich beim Verlag gekündigt werden.

PROKLA 166
Deutschland – Krisengewinner?

PROKLA 165
Gesellschaftstheorie im Anschluss an Marx

PROKLA 164
Kritik der Wirtschaftswissenschaften

PROKLA 163
Sparen und Herrschen

PROKLA 162
Nie wieder Krieg?

PROKLA 161
China im globalen Kapitalismus

PROKLA 160
Kulturkämpfe

PROKLA 159
Marx!

PROKLA 158
Postkoloniale Studien als Kritische Sozialwissenschaft

PROKLA 157
Der blutige Ernst: Krise und Politik

PROKLA 156
Ökologie in der Krise?

PROKLA 154
Mit Steuern steuern

PROKLA 153
Die USA nach Bush

PROKLA 152
Politik mit der inneren (Un)Sicherheit

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



e-mail: info@dampfboot-verlag.de
<http://www.dampfboot-verlag.de>

Der europäische Integrationsprozess wird durch eine massive ›Vielfachkrise‹ erschüttert: die Euro-Krise und Staatskrisen, nicht nur in Griechenland, die Krise des politischen Integrationsprozesses, der Legitimationsverlust der EU sowie das völlige Fehlen eines neuen populären europäischen Projektes: Vor dem Hintergrund des arabischen Frühlings und weltweiter anti-neoliberaler Proteste eskalieren in der europäischen Peripherie die sozialen Kämpfe gegen eine Abwälzung der Krisenfolgen nach unten und für eine weitgehende Demokratisierung der Gesellschaft. Der Beitrag der sozialwissenschaftlichen ›Europaforschung‹ zum kritischen Verständnis dieser Entwicklungen ist marginal. Auch herrschaftskritische Ansätze haben die Bedeutung der EU lange unterschätzt. Der vorliegende Band der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) reagiert auf diese Leerstellen, greift die Diskussionen der kritischen Europaforschung auf und entwickelt sie weiter. Im Rahmen einer intersektionalen Kapitalismusanalyse untersuchen die Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven Hintergründe und Dynamik der Krise und diskutieren emanzipatorische Strategien für ein anderes Europa.



ISBN 978-3-89691-898-7